

es auch weiter nicht tun, aber in Wien gehört noch mehr Druck dahinter, die Fördertürme stehen in der Steiermark und nicht in der Ringstraße. Glück auf! (Allgemeiner Beifall).

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Peltzmann das Wort.

Landesrat Peltzmann: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige der Herren Abgeordneten haben in ihren Ausführungen bereits den Unterabschnitt 716 Feuerwehrwesen gestreift. Ich möchte nun kein langes Feuerwehrreferat halten, sondern dem Hohen Haus danken, daß Sie bereits vor ca. 20 Jahren den Beschluß gefaßt haben, die Erträge aus der Feuerschutzsteuer zur Gänze dem Feuerwehrwesen zur Verfügung zu stellen. Das gibt es nur noch in zwei anderen Bundesländern, und durch diesen Beschluß ist es möglich, daß wir die uns aus der Feuerschutzsteuer zufließenden Beträge für diesen Zweck verwenden. Ich möchte nun nur ganz kurz in groben Umrissen sagen, wie wir diese Mittel 1969 aufgeteilt haben und welchen Zwecken sie zugeführt wurden. Wie Sie aus dem Voranschlag 1970 ersehen, dürfte es sich auch 1970 fast um die gleiche Summe handeln wie 1969. Es werden aus der Feuerschutzsteuer über 12 Millionen Schilling erwartet. Nach Abzug der Kosten für das Feuerwehrinspektorat werden rund 10,2 Millionen Schilling für die Bezuschussung und für Subventionen an die verschiedenen Körperschaften zur Verfügung stehen. Das wäre ein schöner Betrag, wenn wir diese 10 Millionen rein an Subventionen unseren Freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung stellen könnten. 2 Millionen führen wir dem Ao. für die Errichtung der neuen Feuerweherschule in Lebring zu. 650.000 S haben wir 1969 der Landesstelle für Brandverhütung zugeführt, 380.000 S dem Landesfeuerwehrverband. 1.300.000 S stellten wir dem Funkausschuß zur Weiterrealisierung unseres Feuerwehrfunknetzes zur Verfügung, und ich komme noch ganz kurz darauf, warum hier diese Post extra ausgewiesen wurde. Für die Ausrüstung und Ausbildung unserer Jungfeuerwehrlaute stellten wir 200.000 S zur Verfügung, für die Wasser-Feuerwehr 100.000 S, für den Ankauf von Katastrophengeräten 250.000 S, so daß rund 6 Millionen Schilling für die Zuteilung an unsere Freiwilligen Feuerwehren verblieben. Von den 6 Millionen Schilling wurden noch 12 % abgezogen, das ist der Betrag, den jährlich die Berufsfeuerwehr Graz bekommt. Schon im Finanz-Ausschuß, aber auch, wenn man draußen über das Feuerwehrwesen diskutiert, klingt immer wieder eine gewisse Sorge durch, ist das rentabel, in den Gemeinden sogenannte Kleinstfeuerwehren zu halten. Wäre es nicht vernünftiger, Schwerpunkt-, Stützpunktfeuerwehren, oder, wie man es auch im Finanz-Ausschuß gehört hat, die eine oder andere Berufsfeuerwehr aufzustellen? Meine sehr geehrten Damen und Herren! All diese Dinge haben wir uns sehr, sehr gut überlegt. Das Letztere scheidet von vorn herein aus. Ich habe hier ein Schreiben des zuständigen Stadtrates der Stadtgemeinde Graz. Die Stadtgemeinde Graz hat rund 180 Berufsfeuerwehrlaute und einen Zuschußbedarf von 18,301.400 S. Sie sehen, das schei-

det schon aus der finanziellen Sicht vollkommen aus. Wir könnten mit dem Betrag der gesamten Feuerschutzsteuer nicht einmal eine Berufsfeuerwehr in der Größe der Grazer Berufsfeuerwehr erhalten.

Nun zu den Stützpunktfeuerwehren. Wir rüsten sie mit den nötigen Geräten aus. Besonders in den Zeiten der breitgestreuten Katastrophen, wie das in den Jahren 1965 und 1966 der Fall war, haben wir jeden einzelnen Freiwilligen gebraucht, um diesen Katastrophen Herr zu werden und da sind es immer wieder gerade diese Kleinstfeuerwehren, die in der Lage sind, den nötigen Mannschaftsstand zu stellen. Leoben als zweitgrößte Stadt der Steiermark hatte, es hat sich zugunsten der Feuerwehr geändert, im Jahre 1965 einen Aktivstand von 28 Mann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht eine einzige Brücke hätten wir mit diesen 28 Mann retten können. Es hat sich das gebessert. Die Stadtfeuerwehr Leoben hat heute einen Stand von über 70 Mann erreicht. Aber zu dem Zeitpunkt, wo die Katastrophe da war, haben wir nicht mehr gehabt. Da waren wir froh, daß wir auf die Umgebungsfeuerwehren zurückgreifen konnten und daß wir die F & B-Bereitschaften diesen bedrohten Punkten zur Verfügung stellen konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man hört immer wieder, alles recht und schön, aber was sieht man von der Feuerwehr, die schlagen ein Fassl Bier an, und die alten Witze, daß der Bauer dem Kalb einen Feuerwehrhelm aufgesetzt hat, sind ja alle bekannt. Die Zeiten sind längst vorbei, sie haben nie bestanden. Das ist so ähnlich wie mit den Maurerwitzen, die auch jeder realen Grundlage entbehren. Genau das gleiche. In Wirklichkeit sind es Steirer, Männer unserer Heimat, die freiwillig, ohne jeglichen Zwang, von sich heraus, von ihrer Aufgabe beseelt, ihre Freizeit opfern und dem Lande, der Gemeinde, dem Bezirk bei größeren Katastrophen zur Verfügung stehen, ohne daß sie fragen, was kniege ich dafür? Sie bekommen nichts. Aber ich möchte auch zu einer anderen Meinung Stellung nehmen. Man hört oft bei unseren Feuerwehren draußen, die Betriebsfeuerwehren haben es viel schöner, die kriegen das alles bezahlt, und die übrige Zeit gehen sie spazieren. Für die Steiermark, meine Damen und Herren, trifft das nicht zu. Auch unsere Betriebsfeuerwehren sind Freiwillige Feuerwehren, und keinem wird es zum Beispiel bei Böhler einfallen, daß man vom Lohnbüro oder vom Personalbüro sagt, der XY muß zur Feuerwehr. Sie werben in ihrem Betrieb genauso, wie draußen die Feuerwehren in den Gemeinden werben um die freiwillige Mitarbeit dieser Männer. Wir behandeln auch diese 55 Betriebsfeuerwehren genauso wie die Freiwilligen Feuerwehren. Ich habe den Betriebsfeuerwehren vor drei Jahren den Vorschlag gemacht: Schließt euch zusammen, dann seid ihr für uns ein Bezirk. Wir haben nicht 17 Feuerwehrbezirke, sondern 18. Dieser Vorschlag wurde aufgenommen, ich glaube, er hat sich ausgezeichnet bewährt. Wir sind nicht in der Lage, Berufsfeuerwehren aufzustellen. Wir werden über die Ausrüstung eine gewisse Schwerpunktbildung herbeiführen. Das hat die Feu-

erwehrt schon gemacht durch die Aufstellung der F & B-Bereitschaften. Wir sind aber weiter gegangen. Wir haben für Straßenunfälle und Katastrophenfälle die sogenannten Olalarmstützpunkte errichtet und entsprechend ausgerüstet. Ich danke hier der Straßenverwaltung, daß auch sie uns aus ihren Mitteln Geld zur Verfügung gestellt hat, damit wir diese Stützpunkte sehr rasch installieren konnten. Es vergeht ja kaum eine Woche, da wir aus der Presse nicht entnehmen müssen, dort ist ein Tanker leck geworden, dort ist eine Olleitung undicht geworden; also Olalarm! Wir sind mit den Olalarmstützpunkten so weit, daß wir sagen können, wir können die Aktion 1970 als abgeschlossen betrachten. Zur Zeit bestehen solche Stützpunkte in Judenburg, Knittelfeld, Leoben-Göss, Kindberg, Bruck a. d. Mur, Frohnleiten, Gleisdorf, Neumarkt, Liezen, Hartberg, Voitsberg und Radkersburg. Im Jahre 1970 ist geplant, solche Stützpunkte in Fürstenfeld, Feldbach, Deutschlandsberg und an der neuen Feuerweherschule zu errichten. Damit haben wir das Land mit einem Netz von Stützpunkten versehen, in denen Geräte zur Verfügung stehen, Geräte, die es erlauben, daß der Feuerwehrmann unter Bedachtnahme auf die größte Sicherheit für sein eigenes Leben sich einsetzen kann, z. B. Pumpen, die mit Wasserkraft betrieben werden, Schaumlöschergeräte und Bindemittel, die dafür sorgen sollen, daß das Öl aufgenommen wird und nicht in das Erdreich eindringen kann. Diese Aktion, wie bereits gesagt, wurde auch von der Straßenverwaltung mitunterstützt und wir werden sie im Jahre 1970 als abgeschlossen betrachten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Feuerweherschule wurde nicht nur der Spatenstich vollzogen, sondern von dem Tag an wird dort auch bereits gearbeitet. Es wurde dort bereits eine ganz große Arbeitsleistung vollzogen und ich rechne, daß der Rohbau bis spätestens Juli 1970 fertiggestellt sein wird. Wir haben aus der Feuerschutzsteuer in den letzten Jahren 3 Millionen Schilling angespart und 2 Millionen Schilling vom Land zugeschossen erhalten und 1970 weitere 2 Millionen plus 8 Millionen Schilling, so daß die Ausführung des Rohbaues aus der finanziellen Sicht als gesichert betrachtet werden kann. Ich danke nochmals all den Herren, die hier der Feuerwehr gute Worte zgedacht haben und ich glaube, daß ich in Ihrem Namen jedem einzelnen Feuerwehrmann draußen danken kann für seine Leistung und wir die Männer bitten müssen, daß sie auch weiterhin ihren Idealismus, ihre Freizeit und ihre Kraft dem Feuerwehrwesen zur Verfügung stellen.

Nun meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir in diesem Kapitel auch die Gewerbeförderung besprochen. Sie wurde von Ihnen reichlich diskutiert. Ich möchte eines sogleich richtigstellen: Einer der Herrn Abgeordneten hat behauptet, daß in der Gewerbeförderung keine Aufstockung für 1970 vorgenommen wurde, ich kann diesem Herrn nur sagen, die Aufstockung beträgt fast 45 %.

Nun, was haben wir mit diesen Mitteln vor? Ich möchte in ganz kurzen Sätzen umreißen, was wir für 1970 zu tun gedenken. Ich möchte hier bei Herrn Abgeordneten Lackner anfangen. Lieber Kollege

Lackner, ich habe von der Umschulung gesprochen, habe aber nie davon gesprochen, daß diese Umschulung ins Eichfeld kommt, das ist ein Wunschgedanke. Ich werde auch heute nicht sagen, wo dieses Umschulungszentrum errichtet werden wird, weil sich darüber erst die Regierung beraten muß, wo besteht die beste Möglichkeit und wo ist es sinnvoll, eine solche Umschulungszentrale, wenn ich mich so ausdrücken darf, zu errichten. Daß wir sie machen, können Sie mir glauben, die Vorarbeiten gehen nicht von heute auf morgen, sondern wir arbeiten an diesem Projekt bereits 1½ Jahre lang und zum Abschluß unserer eigenen Gedanken haben wir Univ.-Prof. Dr. Tautscher von der Universität Graz gebeten, sich unsere Unterlagen durchzusehen und seine Stellungnahme dazu abgeben. Diese Stellungnahme liegt nunmehr auf dem Tisch. Was wollen wir mit dieser Aktion? Wir wollen eine Fortbildungsstätte, wenn wir sie so nennen wollen, oder eine „gewerbliche Lehranstalt zur Ausbildung von Facharbeitern“, wie der offizielle Titel heißt, errichten. Wir wollen hier drei Zwecke verfolgen und mit diesem Dreipunkteprogramm folgendes erreichen:

1. die Umschulung von Hilfs- und angelernten Arbeitern zu vollwertigen Facharbeitern. Das ist nach dem 1. Jänner 1970 möglich, weil das Berufsausbildungsgesetz vorsieht, daß jeder — ganz gleich, aus welchen Kursen er sich die Fähigkeiten aneignet —, zur Facharbeiterprüfung zugelassen werden muß. Hier, meine Herrn Kollegen, wird es vielleicht möglich sein, den einen oder anderen Bergmann — Herr Kollege Lackner — in einen anderen echten Fachberuf überzuführen und umzuschulen, und Herr Kollege Lackner, man hört es überall, dort, wo es bereits teilweise geschehen ist, sind diese Männer hervorragend geeignet, sich zu echten Fachleuten heranbilden zu lassen. Sie bringen den nötigen Geist und Ehrgeiz mit, sich wirklich umzustellen und zu lernen.
2. wollen wir dem Betriebsinhaber, dem Unternehmer, die Möglichkeit geben, sich in Kursen und Schulungen der Entwicklung, der Technologie anzupassen. Dazu brauche ich wohl keine Beispiele nennen.
3. wollen wir den sogenannten „weichenden Bauernsöhnen“, dies ist unser Arbeitsausdruck, die Möglichkeit geben, ebenfalls sich zu Facharbeitern heranzubilden. Wie schauen denn in Wirklichkeit die Dinge aus? Wenn z. B. auf einem Bauernhof mehrere Buben sind, bringen die Eltern sehr wohl selten das nötige Verständnis auf, um den einen oder anderen lernen zu lassen. Wird dann der Bursche 20 Jahre und älter, dann kommt die Zeit, wo er sich selbst eingliedern soll in den Arbeitsprozeß der Wirtschaft. Hier glaube ich, soll man doch diesen Menschen die Möglichkeit geben, sich nicht als Hilfsarbeiter zu verdingen, sondern auch als Älterer eine Ausbildung durchzumachen und dafür soll auch diese Lehranstalt dienen.

Wir haben bereits alle Unterlagen, von den einzelnen Lehrplänen angefangen bis zur Einrichtung, doch ich werde keinen Ort nennen, Herr Kollege Lackner, wo dieses Umschulungszentrum,

um bei diesem Ausdrucke zu bleiben, errichtet werden soll.

Aber Hand in Hand damit haben wir vor, in nächster Zeit eine Auffanggesellschaft für auslaufende Betriebe zu gründen. Auch hier haben wir mit den Vorarbeiten im Frühjahr 1969 begonnen, wir sind im Sommer 1969 an die Herren Professoren Dr. Bidlingmaier und Doktor Wünsch und Herrn Doz. Dr. Birringer herangetreten, haben ihnen unsere Überlegungen und Vorarbeiten überreicht und sie gebeten, sie möchten aus ihrer Sicht ihre Stellungnahmen zu den einzelnen Sparten abgeben. Auch dieses Gutachten liegt zur Gänze vor und es ist sehr, sehr positiv. Was wollen wir? Wir wollen den jungen, zukünftigen Unternehmern — also den Arbeitnehmern von heute — die Möglichkeit geben, selbst ein Unternehmen zu gründen oder auslaufende Unternehmungen zu übernehmen.

Sie wissen — das hat ja heute der Abgeordnete Pözl schon sehr klar ausgesagt — daß es zur Zeit sehr leicht ist, wenn Sie kein Geld brauchen, daß Sie eines bekommen. Aber wehe, Sie brauchen wirklich eins, dann werden die Dinge schwieriger. Besonders ein junger Mensch ist nicht in der Lage, vom Anfang an mit Besicherung usw. aufzuwarten, und das soll auch unter anderem eine der Aufgaben dieser Auffanggesellschaft werden. Die Idee dieser Auffanggesellschaft kommt nicht von mir, sondern vor Jahren hat der Herr Landeshauptmann Krainer schon gesagt, mach dir einmal über diese Dinge Gedanken, sie müßten meiner Ansicht nach geschaffen werden. Wir sind soweit. Alle Unterlagen liegen auf dem Tisch und wir werden versuchen, schon in der nächsten Zeit, im Sommer 1970 — bis dahin haben wir keine Zeit, da tun wir ein bisserl Wahlkampf machen, das wissen Sie genauso wie wir — (Landesrat Bammer: „Sie tun nichts arbeiten, nur Wahlkampf machen!“) — die Sache zum Tragen zu bringen. Ihr habt schon vor zwei Jahren angefangen, ihr tut euch jetzt schwer, weiterzumachen. Bei uns ist das anders, wir gehen frisch in diese Dinge hinein. (Landesrat Bammer: „Geben wir die Regierungsinformationen heraus?“) Als Drittes verhandeln wir seit einiger Zeit mit der Industriellenvereinigung mit dem Gedanken, eine „Verbindungsstelle produzierende Industrie und produzierendes Handwerk“ zu errichten. Bei uns herrscht leider Gottes noch in weiten Kreisen der Industrie die Ansicht, daß ein Industriebetrieb alles, was nur irgendwie möglich ist, in Eigenverantwortlichkeit zu erzeugen hat. Das heißt, vom Schaufelstiel bis zur Schaufel wollen wir alles haben. Es hat sich längst in anderen Industriestaaten gezeigt, daß das nicht der richtige Weg ist. Wir brauchen nur an VW zu denken. Der ehemalige Generaldirektor Nordhoff sagte einmal: „Ich möchte alles andere sein, nur kein Zulieferer für VW!“ Er zeigt damit die Härte, mit der in solchen Dingen verhandelt wird. Aber immerhin, das VW-Werk in Wolfsburg bedient sich über 600 Zulieferungsbetrieben. Das wäre meiner Ansicht nach — und das ist der Grund, warum wir diese Aktion starten — auch in unserem Land, in der Steiermark zu beginnen, indem man unsere Handwerker aufklärt,

welche Möglichkeiten da drinnen sind, aber ihnen auch in der Schulung beibringt, daß die ganze geistige Einstellung zu diesem Problem gegeben sein muß; nicht daß ich sage, jetzt habe ich eine freie Kapazität, jetzt mache ich Zulieferung, und morgen habe ich keine freie Kapazität, dann kann mich der wieder gern haben. Diese Dinge gehen nicht. Aber umgekehrt muß man auch die Industrie auf die Schwierigkeiten des Zulieferungsbetriebes hinweisen. Heute haben wir Hochkonjunktur, da brauchen wir Zulieferer, und morgen fällt die Konjunkturspitze etwas ab — wen ziehe ich als erstes ab — natürlich die Zulieferungsbetriebe. Das ist nicht drinnen. Aber hier müssen wir gemeinsam, die produzierende Industrie und das produzierende Handwerk, versuchen, einen Weg zu finden, um die Aktion Zulieferungsbetriebe auch in der Steiermark zu installieren. All das braucht gewisse finanzielle Mittel. Und diese Mittel haben wir, glaube ich, im Voranschlag 1970 eingebaut. Es haben sich aber auch andere Institutionen verpflichtet, hier mitzuwirken und auch finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Natürlich verlangen wir auch vom Betriebsinhaber bei all diesen Aktionen seinen Obolus, um hier seine finanzielle Basis weiter ausbauen zu können. Damit aber der einzelne Unternehmer einer solchen Aktion etwas zur Verfügung stellen kann, braucht er den Gewinn. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Eigenart der Österreicher. Sie dürfen über alles reden. Sie wissen, die neue Sexwelle, man ist bei diesen Dingen gar nicht mehr so kleinlich. Aber wenn einer sagt, er will verdienen, dann ist er unanständig. Ich weiß nicht warum? Das verstehe ich nicht. Es ist ja unsere Aufgabe, daß wir verdienen, ganz gleich, wo wir tätig sind. Und wenn Sie heute eine Lohnforderung stellen, so doch auch nur deswegen, weil sie mehr verdienen wollen. Das ist auch Ihr Recht. Wir wollen doch alle verdienen. (Abg. Loidl: „Aber zahlen wollen Sie nicht!“) Wer will schon? Herr Abgeordneter Loidl, wollen Sie freiwillig zahlen? Werfen wir uns doch nichts vor, wenn wir beide nicht wollen. Solange man in Österreich Gewinn gleich mit Profit festlegt, solange werden wir kein gesundes Wirtschaftsdenken bekommen. Und das ist die Aufgabe. Daß natürlich der Gewinn einen Zusammenhang hat mit den Gesteigungskosten und dem Verkaufserlös, ist klar. Horst Knapp hat ein nettes Büchlein herausgegeben, er wurde in diesem Landtag einmal zitiert. Man müßte ihn vorher lesen. Das ist ganz interessant. Er bringt das wirklich leicht verständlich. Daß sich dann der Gewinn und der Gesteigungspreis als Verkaufspreis niederschlagen, das ist nur dort unanständig, wo es uns nicht paßt. Aber, Herr Abgeordneter Loidl, ich habe wieder eine Zeitung da, „Der Selbständige“ (Abg. Zinkanell: „Ihren Vortrag haben wir verstanden!“) Sie sind ja ein großer Herr bei Ihrer Bauernvereinigung. Ihre Genossen sagen zwar, das gibt es bei uns nicht, aber das graben Sie ja immer vor der Wahl aus. Die Zeitung „Der Selbständige“ werden Sie doch kennen, die Zeitung gibt doch der Freie Wirtschaftsbund heraus. Wenn der Kollege Bammer gestern gesagt hat, Ihr kommt in die große Schublade, die kommen in die kleine, ist es ja gleich, in was für eine Schublade, wir sind draußen, bevor Sie sich umdrehen. Was

schreibt dieser „Selbständige“. Ich will das nicht vorlesen. Ich sage Ihnen die Nummer: Wien, im Dezember 1969, 24. Jahrgang, Freixemplar, Sondernummer. Es wäre zu lange, wenn ich all die guten Ratschläge, die er nicht uns geben müßte, er müßte sie ja Ihnen geben, vorlesen würde. Aber ich werden Ihnen den Schluß vorlesen: „Wir werden uns immer gegen eine leichtfertige Journalistik wehren, die einfach dem Detailhandel und den Gewerbetreibenden alle Schuld für Preissteigerungen aufhalsen will.“ So sind die Dinge. (Abg. Zinkanell: „Das ist ja nicht gegen uns, sondern gegen euch gerichtet, gegen den Wirtschaftsbund!“ Abg. Brandl: „Wir kennen die Methoden!“) Sie haben die Zeitung leider nicht (Abg. Zinkanell: „O doch!“), aber ich überreiche sie Ihnen anschließend, damit Sie sie ganz lesen können, dann können Sie einen Vortrag darüber halten. (Abg. Pözl: „Das ist ja die Zeitung des Wirtschaftsfachmannes Aichholzer von der Eisenbahn!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Überall gibt es Auswüchse — machen wir uns doch nicht heiliger, als wir sind — und kein Stand kann von sich aus erklären, bei ihm sind nur die Anständigen daheim. Meine Eltern haben nie zu uns Buben gesagt, du kommst in die Hölle. Den Begriff hat es nicht gegeben, ich weiß nicht warum. Der eine operiert mit dem Krampus, der andere mit den Kapitalisten und der andere mit der Gewerkschaft. Es kommt das gleiche heraus. (Landesrat Gruber: „Das ist aber ein gesunder Eintopf, den Sie uns da servieren!“ — Abg. Pözl: „Schuld ist nur die Gewerkschaft!“) Es hieß immer, du kommst vor den Richter und in unserem Denken kam der Richter gleich nach dem Herrgott. Was muß das für ein großer Mann sein, daß er über uns richten wird, wenn wir etwas angestellt haben. Der Richter weiß alles, hat es immer geheißt. Als ich älter wurde, habe ich in der Zeitung gelesen, daß man Richter auch eingesperrt hat. Keinem Menschen würde es einfallen zu sagen, die Richter sind unanständig oder schlechte Menschen. Aber wenn ein Fleischnacker einmal das hineintut, was nicht herauskommen soll, da sind wir bereit zu sagen, alle Fleischnacker sind schlecht. (Zwischenrufe von der SPO: „Nein, nein!“ — Abg. Zinkanell: „Das haben aber Sie gesagt!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite! Sie dürfen nicht glauben, daß es bei den Arbeitern lauter Engel gibt. Da wird es auch den einen oder anderen Tachinier geben und es wird keinem einfallen zu sagen, die Arbeiterschaft in Österreich ist schlecht und hat keine Arbeitsmoral. (Abg. Brandl: „Aber die Lohnforderungen sind schuld?“ — Abg. Scheer: „Wenn eine Regierung einmal schlecht ist, müssen nicht alle schlecht sein!“) Ich könnte sagen, wenn man meint, eine Partei ist schlecht, so brauchen doch nicht alle Parteien schlecht zu sein.

Von dieser Sicht muß man die Dinge sehen und ich sage, es wird natürlich Auswüchse geben und diese sind zu unterbinden, doch können, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Preise nicht auf die Dauer mit Preisregelungsgesetzen geregelt werden, sondern hier gilt das harte Gebot: Anbot und Nachfrage. Ich verstehe es, daß subventionierte Lebensmittel natürlich preisgebunden sein müssen,

denn hier zahlt der Steuerzahler nicht dem Produzenten, sondern dem Konsumenten den Beitrag dazu. (Abg. Zinkanell: „Auch bei der Überproduktion, Herr Landesrat?“) Ja entschuldigen Sie, das müssen Sie ja als angeblicher Landwirtschaftsvertreter besser wissen als ich.

So liegen doch die Dinge. Es kommen auf der anderen Seite — das wird in Ihrer Zeitung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht — von außen Einflüsse. Es hat auch schon Preissteigerungen vom Auslande her gegeben, vor der Aufwertung. Es gibt hier eine gewisse Grenze und wenn diese erreicht ist, hilft alles nichts, als das auf den Preis aufzuschlagen. Ich möchte Ihnen noch etwas sagen: Das erste, was ich in die Hände bekam, war Ihre Ausschreibung von Lapp & Finze an die Detailhändler. Lapp & Finze teilt mit, sie müsse ihre Preise um 12 % erhöhen, weil der Vorlieferant, das ist hier in erster Linie die VOEST, den Mengenrabatt gestrichen hat. Diskutieren wir doch über diese Dinge kühl und nüchtern. Konsument ist jeder, angefangen vom kleinsten Baby bis zum ältesten Greis. Jeder ist daran interessiert, daß er für seine eigene Leistung das Höchst- und Bestmögliche bekommt.

Nun, Herr Bürgermeister Götz — der ja leider im Landtag nur Gastspiele gibt — vielleicht, Herr Abgeordneter Scheer, könnten Sie meine Rede mit-schreiben und ihm übergeben — (Abg. Pözl: „Aber langsam, er kann nicht so schnell schreiben!“ — Abg. Scheer: „Bürgermeister Götz hat zur Zeit Stadt-senatssitzung, genau wie Kollege Stöffler!“) Der Herr Bürgermeister sprach im Hohen Haus über eine Genossenschaftsresolution, wonach der Wirtschaftsbund zu feige war — das hat er zwar nicht gesagt, das haben wir durchgehört — beizutreten. Lieber Herr Kollege Scheer, eine Resolution, die nur dadurch gekennzeichnet ist, daß sich die kleinste Fraktion ein bißchen aufspielen will und sie keine Vorkenntnisse in dieser Frage aufweist, kann natürlich leicht eingebracht werden. Nun zur Einführung des Befähigungsnachweises für die Genossenschaften: Ich glaube, ich habe in den letzten Jahren bewiesen, daß ich auch in dieser Frage — und in unserer Partei darf man das Gott sei Dank — meinen Standpunkt klar ausgedrückt habe. (Abg. Scheer: „Das ist zwar kein Argument, aber ich habe es mitgeschrieben!“) Entschuldigen Sie, ist es Ihnen leid, daß dies bei Ihnen nicht der Fall ist? Da kann ich nichts dafür! (Heiterkeit — Abg. Zinkanell: Die Betonung war so eigenartig!) Den Befähigungsnachweis müssen Sie ja haben, das wollte ich gerade sagen. Jemand, der eine gewerbliche Tätigkeit antritt, muß einen Befähigungsnachweis haben; oder eine Dispens, es gibt sehr viele im Jahre. Es gibt Dispensen auf ein, zwei, drei Jahre oder dauernd.

Zum Lokalbedarf: Dazu muß ich sagen, Genossenschaftsgasthäuser wurden bis jetzt noch nicht eröffnet, denn sie bieten keine Verdienstmöglichkeit. Wozu soll man das dann überhaupt einführen? Lokalbedarf gibt es nur für konzessionierte Gewerbe.

Und nun zur Steuer: (Abg. Scheer: „Und jetzt kommt das wichtigste!“) Nun, Sie wissen, daß wir lange schon um eine Reform des Österreichischen Steuerrechtes ringen, Sie wissen auch, daß wir in den Ausschüssen seit Jahren über dieses Problem

echt diskutieren und wir heute in der Lage sind, eine solche Vorlage vorzulegen. Daß man sich in Absprache mit den Sozialpartnern geeinigt hat, die Umsatzsteuerreform nicht zum jetzigen Zeitpunkt, sondern mit 1. Jänner 1972 wahrscheinlich zu realisieren, dürfte Ihnen auch bekannt sein. (Abg. Scheer: „Das ist schon eine jahrelange Forderung von uns!“) Wir sind aber so weit. Sie können natürlich ja oder nein sagen oder fordern, in Wirklichkeit ist dies egal, denn Sie brauchen im Landtag nie etwas zu verantworten. (Abg. Scheer: „Das stimmt doch nicht!“) Ja, was denn sonst! Wenn Sie heute dem Herrn Leitner Vorwürfe machen . . . (Abg. Scheer: „Wir tragen in verschiedenen Landesregierungen die Verantwortung! Sie können uns nicht abschabern, das sind keine Argumente!“) Dort wird man ja auch nicht solche Resolutionen einbringen. Das ist Ihnen vorbehalten. Dort, wo Sie die Verantwortung tragen, wissen Sie ja auch, was Sie verantworten können. (Abg. Scheer: „Sie können uns nicht so von oben herab abtun!“ — Präs. Afritsch: „Fleisch vom gleichen Fleisch!“) Nun muß ich Ihnen noch etwas sagen: Es gibt ja nicht nur landwirtschaftliche, es gibt ja auch unzählige gewerbliche Genossenschaften. Wir können das ganze nur aus einer Sicht oder gar nicht sehen. Wir wissen, daß dieses Problem kein politisches, sondern ein fachliches Problem ist. Ich glaube, daß wir uns auf fachlicher Ebene auch finden werden und dieses Problem dann so lösen, wie es dem Zweck und der Zeit entspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen kurz geschildert, was wir mit diesen Beiträgen, die Sie mit der Gruppe 7 beschließen, erreichen und decken wollen. Ich danke Ihnen nochmals, daß Sie für die Belange der Gewerbebeförderung und des Feuerwehrwesens immer ein offenes Herz gehabt haben. Glück auf! (Allgemeiner Beifall)

Präsident: Die Rednerliste zum ersten Teil der Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung und Feuerwehr“ ist erschöpft. Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 7, „Fremdenverkehr“. Als erster Redner hat der Herr Abgeordnete Pölzl das Wort.

Abg. Pölzl: Hohes Haus!

Der Fremdenverkehr ist nach wie vor der größte Devisenbringer. Die steirische Fremdenverkehrswirtschaft ist für die zu erwartende Zunahme der Nächtigungsziffern von In- und Ausländern gut gerüstet. Im Inländerfremdenverkehr sind wir mit Abstand das führende Bundesland in Österreich geworden. Die Bemühungen der steirischen Unternehmer, die im Fremdenverkehr tätig sind, verdienen großes Lob und Anerkennung. Der größte Teil der Unternehmer hat und unternimmt noch immer größte Anstrengungen, die Qualität der Betriebe zu verbessern. Durch die Handelskammer wurde die Idee der Kulinarischen Wochen in der Steiermark ins Leben gerufen und ich möchte hier die Bitte vorbringen, nicht nur sehr gute ausländische Spezialitäten, sondern echte steirische Kost während dieser Kulinarischen Wochen zu verabreichen.

Unsere Fremdenverkehrsbetriebe werden es in den siebziger Jahren mit zwei sehr großen Proble-

men zu tun haben. Das ist die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Einführung der Mehrwertsteuer. Ich möchte heute an dieser Stelle schon sagen, daß durch geeignete Maßnahmen und Sonderregelungen Vorsorge getroffen wird, daß dieser bedeutendste Devisenbringer unseres Landes nicht echten Schaden erleidet. Hohe sozialistische Funktionen haben vor kurzem erklärt, im Falle einer Machtübernahme die befristete Alkoholsteuer nicht aufheben zu können. Ich muß hier ganz entschieden dagegen auftreten, daß man diese befristeten Steuern, vor allem in der Fremdenverkehrswirtschaft, verlängern möchte oder gar erhöhen möchte, bin aber der Sozialistischen Partei sehr dankbar dafür, daß Sie unsere Unternehmer nicht im Unklaren läßt, wie es ihnen im Falle eines sozialistischen Wahlsieges ergehen würde. Ein weiteres Problem ist die Besteuerung, die Umsatzsteuer für küchenführende Betriebe. Sie hat dazu geführt, daß sehr viele Gastwirtschaften mit der Verabreichung von Speisen aufgehört haben, weil die Kalkulation ganz einfach nicht mehr einen Gewinn erbringen könnte. Für den Fremdenverkehr wirkt sich das besonders unangenehm aus. Hier müßte auch in Zukunft darauf Rücksicht genommen werden, daß bei diesen küchenführenden Gastbetrieben die Umsatzbesteuerung wegfällt. Die Steiermark als aufstrebendes Fremdenverkehrsland muß daher verlangen, daß die Wirtschaftspolitik des Staates die Voraussetzungen für den Fremdenverkehr in Zukunft verbessert und diesen großen Devisenbringer unseres Landes weiter fördert. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile Herrn Abgeordneten Buchberger das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Laurich.

Abg. Buchberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Bereits in der vorangegangenen Gruppe Industrie und Gewerbe ist durchgedrungen und konnte man verstehen, daß es verschiedene Gebiete in der Steiermark gibt, wo es äußerst schwierig ist, Industrien oder entsprechende Gewerbebetriebe hinzubringen. Wir haben mehrere solche Gebiete in der Steiermark, vor allem die verschiedenen Seitentäler und diverse bergbäuerliche Betriebe. Wir kommen immer wieder in Diskussionen darauf zu sprechen, weil dort keine Industrialisierung möglich ist, daß es in diesen Gebieten nur die Möglichkeit gibt, sich im speziellen dem Fremdenverkehr zuzuwenden. Gerade die Landwirtschaft hat in bezug auf den Fremdenverkehr selbstverständlich diese ganze Sache auf sich gelenkt und ist der Meinung, daß der Fremdenverkehr ein echter Bestandteil einer modernen Agrarpolitik ist. Wir haben gerade in der letzten Zeit uns echt bemüht, in jenen Gebieten, die prädestiniert für den Fremdenverkehr sind, den Fremdenverkehr mit entsprechendem Nachdruck zum Tragen zu bringen. Wir sehen aus der ganzen Entwicklung, daß der Fremdenverkehr auch für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte eine ganz besondere Bedeutung hat. Wenn wir uns eine Zahl aus dem Jahre 1968 vor Augen führen, so wissen wir, daß 12 Millionen Gäste aus dem Ausland in Österreich ihren Urlaub verbracht haben. Diese 12

Millionen Gäste haben 68 millionenmal in Österreich genächtigt. Und diese Gäste wollen natürlich nicht nur gut wohnen, sondern haben auch die Absicht, gut zu essen, und das trifft im besonderen auch die Landwirtschaft, weil wir echt interessiert sind, unsere Produkte für den Fremden zur Verfügung zu stellen. Diese Fremden haben bei uns um 7 Milliarden Schilling österreichische landwirtschaftliche Produkte in sich aufgenommen. Sei es Fleisch oder Wein, diverse landwirtschaftliche Erzeugnisse. Das ist ein Betrag, der höher liegt als unsere sämtlichen österreichischen Agrarexporte. Von dieser Warte aus betrachtet müssen wir selbstverständlich dem Fremdenverkehr unser besonderes Augenmerk zuwenden.

Gerade in diesem Zusammenhang fällt der Landwirtschaft eine andere Bedeutung zu, nämlich der Bergbauer hat nicht nur die Aufgabe, daß er dort seine Familie entsprechend ernährt und unterhält, sondern es ist vor allem Aufgabe des Bauern und des Bergbauern, daß der die Landschaft schützt und pflegt. Es wäre für den österreichischen Fremdenverkehr katastrophal, wenn unsere Bergbauerngebiete entvölkert würden und es würde sich niemand mehr finden, der in der Lage oder bereit wäre, für den Fremden diese Landschaft entsprechend zu pflegen. Ich vergleiche immer wieder, daß das, was der Gärtner im Magistrat zu tun hat, nämlich die Aufgabe, die Parkanlagen zu pflegen, diese Aufgabe hat der Bergbauer in den ländlichen Gebieten durchzuführen. Wir haben gerade in der letzten Zeit immer wieder erlebt, daß wegen der Umstellungsmaßnahmen in der Landwirtschaft immer wieder auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs verwiesen wurde. Wir sehen vor allem hier auch eine echte Aufgabe als Landwirte, daß wir ergänzend zum Gastgewerbe oder zum Gewerbe unsere Aufgabe erfüllen. Wir wissen sehr wohl, daß das Gastgewerbe und das Gewerbe überhaupt bei weitem nicht immer in der Lage sind, den Fremden in entsprechenden Lokalitäten in seinem Betrieb aufzunehmen. Es fällt in dem Zusammenhang dem Landwirt die Aufgabe zu, für die Nächtigungsmöglichkeit zu sorgen. In der weiteren Folge hat somit dann der Gastwirtebetrieb umso eher die Möglichkeit, in seinem Betrieb in Form der Ausgabe von Mahlzeiten seine Produkte an den Mann zu bringen. Ich möchte zusammenfassen und immer wieder darauf verweisen, das wird ja auch immer wieder vom zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Wergart, gesagt, die Landwirtschaft muß sich gerade für die künftige Entwicklung speziell dem Fremdenverkehr zuwenden und die Landwirtschaft selbst hat die Aufgabe — um das noch einmal zu unterstreichen — unsere Heimat zu erhalten und auch mit dazu beizutragen, um die Luft, das Wasser und die Erde in Zukunft für den Gast aus der Stadt entsprechend in Ordnung und freizuhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es spricht Herr Abg. Laurich, nach ihm Bürgermeister Abg. Lind.

Abg. Laurich: Die Bilanz des Fremdenverkehrsjahres liegt vor, nämlich das Ergebnis der Wintersaison 1968/69 und die der Sommersaison 1969. Mit

Befriedigung können wir feststellen, daß diese überaus positiv ist und einen erfreulichen wirtschaftlichen Niederschlag brachte.

Viel hat das Land Steiermark zu dieser Entwicklung beigetragen. 287 Millionen Schilling wurden in den vergangenen 10 Jahren für die Fremdenverkehrsförderung bereitgestellt und ausgegeben. Diese Aufgeschlossenheit und das Erkennen, daß diesem wichtigen Wirtschaftszweig entsprechende Hilfen zukommen müssen, stellt unserem Finanzreferenten ein gutes Zeugnis aus, an dem sich der Herr Finanzminister ein Beispiel nehmen könnte. Neben den ausgesprochenen Fremdenverkehrsschwerpunkten gibt es in der Steiermark Landesteile, die am Beginn einer erfreulichen Entwicklung stehen und leider auch solche, die trotz landschaftlich schöner und klimatisch günstiger Lage verkehrsmäßig noch sehr schlecht erschlossen sind und bei der derzeitigen Situation auf dem Kreditsektor nicht in der Lage sind, die Investitionen und Verbesserungen ihrer Betriebe vorzunehmen, die dringend erforderlich wären. Hier möchte ich den Gerichtsbezirk St. Gallen als besonderes Beispiel anführen. Wiederholt wurde von Fachleuten die zwingende Forderung erhoben, der Fremdenverkehrswirtschaft durch neue Möglichkeiten auf dem Kreditsektor das erforderliche Kapital zuzuführen, damit neue Betriebe entstehen können und Altbetriebe dringenden Modernisierungs- und Ausbaubedarf decken können. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß solche Vorhaben, z. B. die Errichtung und Führung eines mittleren Hotels Dauerarbeitsplätze für 20 bis 30 Beschäftigte bieten. Das Ausland gewährt für den Fremdenverkehr Kreditlaufzeiten bis zu 40 Jahren und Zinsenzuschüsse bis 6%. Das bei uns vorhandene Kreditvolumen für die Förderung der Fremdenverkehrsbetriebe reicht mit rund 400 Millionen Schilling nur für einen bescheidenen Teilbereich, das effektive Erfordernis dürfte jedoch bei zirka 2 Milliarden Schilling liegen. Wenn man die Leistung des Fremdenverkehrs mit einer Exportleistung gleichstellt und die Exportprämien für Wirtschaftsgüter nur um 0,2% kürzen würde, könnte man diesen Betrag als Zinsenzuschuß von 5% für die oben erwähnten 2 Milliarden Schilling ermöglichen. Im Jahre 1968 erzielte die Exportwirtschaft einen Erlös von 51,7 Milliarden Schilling, die im Schnitt mit 6% Prämie, also zusammen rund 3102 Millionen Schilling, belohnt wurden. Würden nur diese 6% auf 5,8% gesenkt, so wären bereits die erforderlichen 100 Millionen Schilling für die Zinsenstützung vorhanden. Jede Hilfe für den Wirtschaftszweig Fremdenverkehr gibt zusätzlich einen Multiplikatoreffekt für die übrige Wirtschaft, da ja neue Hotels, Pensionen, Seilbahnen und Lifte, Hallenbäder, Schiabfahrten usw. geschaffen werden, die zunächst alle Sparten der heimischen Wirtschaft beleben und nach Fertigstellung den Fremden dienen. Das Einfließen von annähernd 20 Milliarden Schilling Gegenwert in fremder Währung müßte genau so prämiert werden, wie der Export von Wirtschaftsgütern. Horst Knapp stellt in seinen Finanznachrichten vom Juli 1969 fest, daß Österreich deshalb ein Land für den Massentourismus ist, weil ein hoher Prozentsatz des gesamten Bettenkontingentes nur für den Massen-

tourismus taugt. Gestatten Sie mir, daß ich hier das Bettenkontingent der Hotelkategorien aufzähle und entsprechend einreihe:

- A 1 und A: 16,0%
- B: 23 %
- C und D: 61,9 %.

Dies sei eine echte Strukturschwäche unserer Fremdenverkehrswirtschaft, weil wir dadurch auf die Dauer keine Konkurrenzfähigkeit mit Ländern, die billigere Arbeitskräfte haben, aufrechterhalten können. Unser Ziel muß es sein, mehr zu bieten, damit wir dann für bessere Leistungen auch bessere Preise erzielen können. Zu diesem Wunsch, mehr zu bieten, habe ich nun einen konkreten Antrag, nämlich den, daß die Landesregierung das Ansuchen der Stadtgemeinde Schladming zur Beteiligung des Landes an einer mechanischen Erschließung der Planei und eine Haftungsübernahme positiv behandeln möge, damit dieser prächtige Berg, der heuer zu einer FIS-A-Abfahrt noch eine weitere Abfahrt erhielt, zusätzlich erschlossen wird.

Abschließend möchte ich sagen, daß es keinen Wirtschaftszweig gibt, dessen fruchtbringende Arbeit von so vielen ehrenamtlichen Funktionären und Helfern getragen und unterstützt wird. Ich denke an die Fremdenverkehrsvereine, Heimat- und Trachtenvereine, Volkstanzgruppen, Musikkapellen und Gesangsvereine, die alpinen Vereine, die Bergwacht und Bergrettung, um einige wichtige zu nennen, die sich in den Dienst einer guten Sache stellen. Ihnen allen ist zu danken. Dank gilt den steirischen Gemeinden, die bedeutende Mittel aufwenden, um ihren Ort durch die Schaffung verschiedener Einrichtungen für die Fremden einladend und anziehend zu machen.

Zahlreiche nicht ausgesprochene Fremdenverkehrsgemeinden haben unter großen finanziellen Opfern Schwimmbäder und Schiabfahrten geschaffen sowie Schlepplifte errichtet und ich möchte Herrn Landesrat Wegart ersuchen, auch diesen Gemeinden entsprechende Hilfen des Landes zukommen zu lassen.

Wir stehen am Beginn einer neuen Wintersaison. Fast alle Wintersportorte sind von Weihnachten bis zu den Heiligen Drei Königen ausgebucht. Ich bin überzeugt, daß die als Vorbereitung geleistete Arbeit ihre Früchte tragen wird und daß wir nach diesem Winter mit Stolz auf einen neuen Höchststand der Nächtigungsziffern hinweisen können.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Lind das Wort. Nach ihm spricht Herr Dipl.-Ing. DDR. Götz.

Abg. Lind: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wozu werde ich als Bürgermeister wohl sprechen, als zum Thema „Fremdenverkehr und Gemeinden“. Der Fremdenverkehr hat drei grundlegende Faktoren:

1. Die Landschaft, die ist unser Grundkapital, das wir zu verwalten und zu betreuen haben;
2. die Fremdenverkehrswirtschaft mit den Gaststätten und mit den Beherbergungsbetrieben;

3. die Fremdenverkehrsgemeinde mit all ihren unentbehrlichen Leistungen für den Fremdenverkehr.

Weil es mein Thema „Fremdenverkehr und Gemeinden“ interessanter macht, erlaube ich mir, einige Ziffern vorzustellen, die die Bedeutung des Fremdenverkehrs in das richtige Licht stellen:

In der Zeit von 1950 bis 1967 ist die Zahl der Urlaubsreisenden in der Welt von 25 auf 136 Millionen angestiegen. Die Touristen Deutschlands werden sich in der Zeit von 1965 bis 1975 verdoppeln und auf 43 Millionen ansteigen. Die europäischen Ferienreisenden werden bis 1975 von 55 Millionen derzeit auf 85 Millionen ansteigen. 1980 werden es bereits 105 Millionen sein.

Die Arbeitszeitverkürzung, die bis zum Jahre 1985 voraussichtlich bis auf 20 Wochenstunden gehen wird, bringt neue Aufgaben mit sich. Marktforschungsinstitute haben festgestellt, daß zirka in 10 bis 20 Jahren die wesentlichen Industriearbeiter bereits einen Urlaub von 8 bis 12 Wochen haben werden. Wird nicht eine Atombombe von irgend einem Narren geworfen oder treten nicht andere Ereignisse ein, so können wir sehen, welcher Entwicklung wir entgegengehen. 70 % aller Deutschen sind bereits Urlaubsreisende, 66 % der Bewohner der USA sind Urlaubsreisende. Wenn wir bedenken, daß nach dem letzten Stand jährlich 3260 Düsenflugzeuge 91 Millionen Menschen in 138 Millionen Flugreisen im Verkehr bewegen, so sehen wir deutlich, welcher Entwicklung wir entgegengehen. Wenn nur ein kleiner Strom auf uns zukommt, wissen wir, was in nächster Zeit los sein wird. Großraumflugzeuge, die je 500 Personen fassen, Autobusse, die je 300 Personen befördern werden, werden in der Zukunft eingesetzt werden müssen, um die entsprechende Kapazität an Verkehrsmitteln zu geben.

Die Anzahl der PKW wird sich in Österreich bis 1980 verdoppeln, in der Deutschen Bundesrepublik um zwei Drittel vermehren und auf zirka 20 Millionen ansteigen. In Deutschland fuhren 1965 12 Millionen Menschen mit eigenem Auto in den Urlaub, 1975 werden es 26 Millionen und 1980 bereits 30 Millionen sein. Betrachten wir den Bevölkerungszuwachs, die Verstädterung, aber auch die Schrumpfung des Freizeitraumes, den Anstieg der Zivilisationskrankheiten und der damit verbundenen Erholungssuchenden, dann wissen wir, was in der nächsten Zeit auf die Gemeinden zukommt und worauf sich diese vorzubereiten haben. Die Gemeinden haben sich intensiv mit der Fremdenverkehrswirtschaft auseinanderzusetzen. Sie haben zusätzliche Initiativen zu ergreifen, um all diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die Schaffung einer besonderen Fremdenverkehrsgesinnung und -atmosphäre ist von besonderer Bedeutung. Die Ansprüche der Gäste werden größer, es muß daher ein konkurrenzfähiges Angebot, ein touristisches Gesamtangebot vorhanden sein.

Nun noch einiges zur Infrastruktur, zur Grundausstattung der Gemeinden.

Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinden dafür zu sorgen haben, daß geeignete Straßen, Park-

plätze, elektrisches Licht bis in den letzten Hof, eine Wasserversorgung, eine Abwasserbeseitigung, eine Müllbeseitigung, die Ortsbeleuchtung und das Telefon in jedem Haus, Park- und Grünanlagen vorhanden sind. Hier ist es wieder die besondere Aufgabe der Gemeinde, dafür zu sorgen, wenn Neuplanungen erfolgen, bei Straßenbauten, daß alle diese Planungen auf die künftige Entwicklung Bedacht nehmen. Den Gemeinden sind dabei große Aufgaben erwachsen. Die Wasserversorgung ist nicht auf den gegenwärtigen Bedarf abzustimmen, sondern in die Zukunft blickend auszubauen. Dasselbe gilt für die Abwasserbeseitigung. Um Ordnung und Sauberkeit in der Gemeinde zu haben, hat die Müllbeseitigung besondere Bedeutung. Der Ausbau der Grünanlagen, der Parkanlagen sei hier ganz besonders erwähnt, damit unsere Urlaubsgäste Erholung finden können. Die Fremdenverkehrsgemeinden brauchen aber noch eine zusätzliche Grundausstattung. Spazier- und Wanderwege, Schwimmbäder, womöglich auch Badeseen, soweit sich dies verwirklichen läßt, Hallenbäder, Sporteinrichtungen jeder Art, von den Tennisplätzen beginnend bis zu den Spielplätzen, aber auch Schlechtwetteranlagen — nicht immer ist Sonnenschein, der Fremde muß auch bei Schlechtwetter die Möglichkeit haben, Erholung zu finden, sei es durch die Veranstaltung von kulturellen Dingen, aber auch durch die Anschaffung von Schlechtwetteranlagen, Gästekindergärten müssen zur Verfügung stehen, Eisenbahnen, Eislaufplätze, Rodelbahnen usw. usw. Die Gemeinden haben den Großteil dieser Leistungen zu erbringen, um die Voraussetzungen für den Fremdenverkehr zu schaffen. Es sind dies selbstverständlich sehr kostspielige Dinge und es erhebt sich die Frage, ob es nicht notwendig ist, nachdem die Gemeinde auch für die Fremdenverkehrsförderung verantwortlich ist, daß den Gemeinden zum Zwecke der Fremdenverkehrsförderung Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinden haben zu koordinieren, die Privatinitiative zu fördern, die Gemeinden sollen die Vereine an einen Tisch bringen, den Fremdenverkehrsverein und alle Vereine, die zur Verschönerung der Orte beizutragen haben. Die Erhaltung der Landschaft, ob ein Berg oder ein See, ganz gleich, es muß alles daran gesetzt werden, daß uns unsere schöne Landschaft erhalten bleibt. Die Gemeinden haben einzuwirken auf die Baugesinnung. Es sind Flächennutzungspläne zu erstellen, es müssen Raumplanungen getätigt werden, damit künftighin der Fremdenverkehr nicht durch unliebsame Dinge gestört wird. Der Fremdenverkehr ist ein Hauptfaktor, dem wir unser ganzes Augenmerk widmen müssen. Die Erhaltung des Ortsbildes ist von besonderer Bedeutung. Hier hat der Bürgermeister und die Gemeinde die Möglichkeiten, sich einzuschalten, damit das Ortsbild bleibt, wie es ist oder verschönert wird.

Aber auch Hobbyurlauber kommen zu uns. Hier müssen wir alles unternehmen, damit weitestgehend Reitwege vorhanden sind, damit Möglichkeiten des Fischens gegeben sind, damit auch die Jäger auf ihre Rechnung kommen usw. Kindererholungsorte sollen geschaffen werden, die Spielplätze für die Kinder zur Verfügung stellen, Kindergärten sollen gebaut werden, in den Gaststätten sollen Kinder-

teller verabreicht werden. Winterfremdenverkehrs-orte bekommen besondere Bedeutung. Schipisten wurden bereits gebaut, Seilbahnen wurden errichtet. Aber es ist auch dafür Sorge zu tragen, daß die Urlauber, die keine Schifahrer sind, ihre Rodelbahnen zur Verfügung haben, ihre Eislaufplätze usw. Wenn die einzelnen Gemeinden nicht in der Lage sind, all diesen Wünschen gerecht zu werden, so wird es notwendig sein, daß diese Gemeinden zusammengeschlossen werden. Ich bitte, dies nicht falsch zu verstehen; nicht Gemeindevereinigungen, sondern daß sich mehrere Gemeinden gemeinsam mit Konzepten befassen, wenn es um den Bau von Sportstätten, von Badeseen, von Bädern und dergleichen geht. Sie sollen zusammenhalten. Der Urlaubsgast hat die Möglichkeit, mit seinem PKW auch in fünf oder zehn Minuten ein bißchen entfernter gelegene Sportstätten und Einrichtungen zu erreichen.

Der Fremdenverkehr hat eine besondere Wichtigkeit für die Gesamtwirtschaft. Er bringt Geld, Devisen, er sichert aber auch einen großen Teil unserer Arbeitsplätze. Österreich und die Steiermark haben gute Voraussetzungen. Wir haben eine schöne Landschaft, wir haben eine gute Gastronomie und Verschiedenes mehr zu bieten, wie das nicht in allen Ländern der Fall ist.

Die Steiermark ist an eine sehr schöne Stelle vorgerückt in Österreich, sie ist bereits an vierter Stelle in bezug auf die Landschaftspflege und die Nächtigungen. In der Steiermark selbst wurden weit vorausschauende Richtlinien festgelegt. Es wurde ein gutes Fremdenverkehrskonzept geschaffen. Und ich darf von dieser Stelle aus besonders dem Herrn Landesrat Wegart für diese Leistungen herzlich danken und darf noch, bevor ich zum Schluß komme, mit Freude feststellen, daß die Gäste gerne zu uns nach Österreich und in die Steiermark kommen. Dies deshalb, weil wir Ruhe und Ordnung haben. Es gibt keine Streiks, es gibt keine Schwierigkeiten; es gibt nur ein schönes Land mit einer geeigneten Sicherheit. Wir haben in Österreich mehr Freiheit als die im Osten, aber wesentlich mehr Ordnung als die im Westen und deshalb kommt der Gast auch noch lieber in unser schönes Land. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Zuge der Budgetdebatte konnte festgestellt werden, daß es grundsätzlich nur zwei Möglichkeiten gibt, sich zu den Problemen des Budgets zu äußern. Die eine Möglichkeit ist die kleinkarierte, wenn man sich nämlich mit den Ziffern oder den Ansätzen beschäftigt, die andere Möglichkeit ist die visionäre, wenn man auf eine bestimmte Zukunftsentwicklung eingeht. Um beiden Aussagen in einigermaßen vernünftiger Form gerecht zu werden, muß ich zuerst auf das vorliegende Budget, auf die Tendenz dieses Budgetes im Bereich des Fremdenverkehrs eingehen. (Abg. Pözl: „Zuerst kleinkariert!“) Sie sagen es. Aber ich habe gedacht, Herr Kollege Pözl, daß Sie schon geredet haben.

Ich möchte feststellen — und das ist praktisch eine Wiederholung meiner Wortmeldungen zum Thema Fremdenverkehr, daß es ganz unbestreitbar ist, daß die Fremdenverkehrsmaßnahmen des Landes im Laufe der letzten Jahre nicht nur betragsmäßig, sondern auch erfolgsmäßig zugenommen haben. Ich bin nur nach wie vor der Meinung, daß wir in der sehr harten Konkurrenzsituation, in die nun alle Fremdenverkehrsgebiete, Städte, Gemeinden, Verbände hineingestellt sind, daß wir in dieser Situation in höherem Ausmaß als das bisher erfolgt ist, zur Konzentration der Mittel Anlaß hätten, zur Konzentration, wenn ich im Bereiche des Wintersportes es etwa erwähnen darf, nicht nur in der Frage der Lifte, der Seilbahnen, nicht nur in der Frage der Pistenpflege, sondern auch in der Förderung jener Zusatzeinrichtungen, und zwar konzentriert, das heißt in bestimmten Zentralgebieten, die nun einmal dazu gehören, wobei Hallenbäder, Kegelbahnen u. a. Freizeitgestaltungsmöglichkeiten miteingeschlossen sind. Es müßte uns daran gelegen sein, für weitere Anlagen doch auch den Ratschlag der erfahrenen Wintersportspezialisten heranzuziehen. Ich darf daran erinnern und als Vergleich anführen, daß etwa im Lande Salzburg kein einziger Schilift, Schleplift oder Gondelbahnen errichtet werden, sofern nicht ein Gutachten von Prof. Hoppichler und von noch drei weiteren Fachleuten vorliegt, und daß auch dort natürlich das Problem besteht, genau so wie in der Steiermark, bestehende Fremdenverkehrshochburgen noch besser auszustatten und daneben neue Fremdenverkehrsgebiete aufzuschließen. Wenn ich das im vorigen Jahr als „Gießkannenprinzip“ in der Verteilung der Mittel bezeichnet habe, so möchte ich heuer nochmals dieses Ersuchen stellen, zur Konzentration der Mittel im Fremdenverkehr, nicht zuletzt, meine Damen und Herren, weil wir ja sowohl innerösterreichisch — trotz steigender Nöchtigungsziffer — als auch international mit einem immer härter werdenden Wettbewerb zu rechnen haben, weil wir heute selbst in der billigen Steiermark, und Steiermark ist billig, leider Konkurrenzen etwa von Spanien, Schwarzmeer, Bulgarien, Rumänien, ja bis nach Afrika zu tragen haben, wo ein 14-Tage-Aufenthalt eben auch nicht teurer zu stehen kommt, als hier bei uns.

Und noch etwas, meine Damen und Herren: Ich bin überzeugt, ich habe leider im Augenblick nicht die Möglichkeit gehabt, den Verhandlungen zu folgen, daß das Problem der AUA, des Luftverkehrs, schon zur Sprache gekommen ist. Ich möchte betonen, daß die Auffassung, es müsse unbedingt die AUA sein, die mit ihren Flugzeugen Graz anfliegt, eine Auffassung ist, die ich nicht teilen kann. Ich weiß nicht, ob jener Beschluß, der heute gefaßt werden soll, nämlich Herabsetzung des Stammkapitals der AUA von 290 auf 29 Millionen Schilling, und gleichzeitig Aufstockung dieses Kapitals wieder auf 190 Millionen Schilling, ob dieser Beschluß zur Stunde schon gefaßt wurde. Aber in Wirklichkeit bedeutet er natürlich einen neuerlichen Verlust der AUA von 261 Millionen Schilling Stammkapital, das effektiv als Verlust abzubuchen ist. Wir haben von berufenen Leuten der AUA gehört, in dem Augenblick, wo wir den Transatlantik-

flug gemeinsam mit der SABENA durchführen können, wird es zu einer Sanierung kommen, weil eben diese Strecken gewinnbringende Strecken sind. Wir sind mit einer Maschine, die die AUA gemietet hat, im Poolvertrag mit der SABENA über den Atlantik geflogen, einen Sommer lang — dies erinnert an einen Film mit dem Titel „Sie tanzte nur einen Sommer“ — bei uns heißt es „Wir flogen nur einen Sommer“ — denn mit April 1970 ist es ganz klar, daß die Preisgestaltung durch eine Zusammenarbeit der beiden kleinsten europäischen Luftfahrtsgesellschaften, nämlich SABENA und AUA, einfach nicht günstiger gestaltet werden kann. Das wieder hat zur Folge, daß der einzige Hoffnungsschimmer des Defizitenausgleichs, und das war der Transatlantikflug, daß dieser Hoffnungsschimmer wieder verblaßt ist. Nun, wir stehen vor der Frage, Flugverkehr? Ja, aber muß dies denn die eigene Luftfahrtsgesellschaft sein, müssen wir in Kauf nehmen, daß wir auch in dieser Konkurrenzsituation Jahr für Jahr ein immer wachsendes Defizit in Kauf nehmen? Ist es nicht viel entscheidender für uns, daß die österreichischen Flughäfen angefliegen werden und für unsere privaten, geschäftlichen und warenmäßigen Interessenten Flugverbindungen vorhanden sind. Da muß ich nun sagen, meine Damen und Herren, daß die Geschäftspolitik der AUA in der Frage des Hereinlassens anderer Luftfahrtlinien eine alles andere als glückliche war. Effektiv waren, von der Air-France beginnend über die Lufthansa, über die JAT eine ganze Reihe von Interessenten da, die im besonderen auch den Flughafen Graz anfliegen wollten. Das ist nicht gegangen. Dasselbe gilt für ein Schweizer Lufttaxiunternehmen, das sich vor Jahren, vor Aufnahme des innerösterreichischen Flugverkehrs, um diesen gekümmert hat. Wenn wir heute, und ich habe einen Brief der Vienne-Air vor mir liegen — dies ist eine private Luftfahrtgesellschaft aus Wien, die nun seit 20. Dezember mit einer Piper, also mit einer praktisch siebensitzigen Maschine bis März einen Lufttaxiverkehr zwischen München und Innsbruck fliegt, wobei die Landemöglichkeiten am Flughafen Innsbruck hinlänglich bekannt sind — wenn wir heute also in Lösungen ausweichen müssen, die man wirklich nur als Hilfslösungen bezeichnen kann, muß ich sagen, daß dies unzureichend ist. Es ist unzureichend, wenn man bedenkt, daß nach einer Untersuchung, die ich mit dankenswerter Unterstützung durch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft von der Universität Graz, von Dr. Werner Benedicic, durchführen lassen konnte, über das Flug- und Flugwarenaufkommen, die Ergebnisse sind hochinteressant, soweit sie den Warenflugverkehr anlangen, daß wir aber sicher mit jetzigen Zeitpunkt noch nicht an der Wirtschaftlichkeitsschwelle für die Einrichtung einer eigenen Fluglinie leben. Daß diese Wirtschaftlichkeitsschwelle mit der Frage der Benützung in engstem Zusammenhang steht, wird niemand bestreiten, der etwa die Linie Graz—Frankfurt und deren Entwicklung im Auge behalten hat, wo es am Anfang auch so war, daß die verantwortlichen Herren der AUA erklärt haben, daß diese Linie schlecht sei und nichts daraus werden könne und wo sie dann letztlich doch die bestbeflogene Linie der AUA geworden ist. Daß diese Li-

nie noch immer nicht kostendeckend ist, steht auf einem anderen Blatt und hängt sicher auch mit dem Einsatz eines nicht ausreichenden Fluggerätes zusammen. Ich betone diese Frage Luftverkehr Graz und die Problematik des österreichischen Luftverkehrs deshalb so, weil ich der Überzeugung bin, und die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache, daß der Fremdenverkehr in immer stärkerem Ausmaß eine Frage des Luftverkehrs wird. Wenn Sie heute Toureuropa, Neckermann, Hummel und wie sie alle heißen, anschauen, wie groß bereits die Quote der Flugurlaubsreisen geworden ist und wie stark sie von Jahr zu Jahr steigt, dann müssen wir klar erkennen, daß auch diese Sparte Fremdenverkehr innig mit der Sparte Luftverkehr Graz und damit mit dem Fremdenverkehr Steiermark zusammenhängt.

Und noch etwas, meine Damen und Herren, und damit vielleicht doch ein Ausblick auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Bereich des Fremdenverkehrs. Es ist kein Zweifel, daß in unseren unmittelbaren Nachbarländern — ich meine hier Jugoslawien, Italien — die Fremdenverkehrsinvestitionen unter wesentlich günstigeren Bedingungen erfolgen können als im Bereich Österreichs. Es sind dort Kredite für Neuanlagen, Verbesserungen, Zusatzanlagen, die bei 1, bzw. 2% liegen. In Jugoslawien geht das so weit, daß der Staat oder die Kapitalgesellschaft des Staates den Gesamtbau eines Hotels oder irgend einer anderen Fremdenverkehrseinrichtung hinstellt und mehr oder minder die dann verrechneten Kosten, die ja keine echten sind, nur den Betriebskosten entsprechen, etwa so: „Was kostet es in Italien, wir sind um 10% billiger.“ Das heißt, daß der Kostenfaktor nicht mehr von der Kalkulation bestimmt ist, sondern nur noch von der Konkurrenz ohne Rücksicht darauf, ob sich bilanzmäßig ein Erfolg oder ein Abgang ergibt. In einer ähnlichen Situation — wenn man sagt, das ist ein zumindest halb kommunistischer Staat — sind die großen Hotelgesellschaften, die von Amerika übergreifend auch Europa erfaßt haben, die natürlich auch viel eher in der Lage sind, bei 40, 50, 80 und mehr als hundert großen Hotelbauten den einen oder anderen Betrieb defizitär zu führen und mit einer Durchschnittsbilanz die Möglichkeit haben, trotzdem zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu kommen. Das sind aber heute die bestimmenden Größen in der Frage zumindest der Beherbergungsbetriebe, und wenn Sie an die Restaurantketten denken, die auch entstanden sind — ich denke nur an eine bekannte Hühnerrestaurantkette, Sie wissen, was ich meine — ist festzustellen, daß sich dabei genau die gleiche Entwicklung abzeichnet. In diese Entwicklung hineingestellt ist im Durchschnitt der österreichische Fremdenverkehrsbetrieb als Privatbetrieb mit meistens bereits an der Grenze liegender Auslastung seiner Finanzierungsmöglichkeiten, seiner Darlehensaufnahmen und ohne die Möglichkeit zu haben, zu sagen, wenn ich 1 Million in dem Jahr verloren habe, das macht nichts, das gleicht sich aus. Beim einzelnen Fremdenverkehrsbetrieb gleicht sich das nicht aus. Diese Möglichkeit besteht nicht. Ich fürchte nur, daß in zunehmendem Maße — diese Befürchtung ist durch die Entwicklung der letzten Jahre

absolut erhärtet worden — der Privatbetrieb im Fremdenverkehr sowohl in der Beherbergung wie auch im Gastgewerbe in eine gesamteuropäische Konkurrenzsituation kommt, die er allein nicht mehr meistern kann.

Ein Ausweg aus der Situation besteht praktisch nur darin, die notwendigen Modernisierungsinvestitionen, die Umgestaltungsinvestitionen unter Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wie sie auch im benachbarten Ausland vorhanden sind, also etwa zur Kenntnis zu nehmen, daß, wenn ein Industriebetrieb eine Exportrückvergütung für seine Exportleistung bekommt, der Fremdenverkehrsbetrieb ebenso, zumindest in dem gleichen Ausmaß unter dem Gesichtspunkt, Darlehensmöglichkeiten bekommt, daß seine Erträge zum Ausgleich der Zahlungsbilanz ebenso beitragen wie die Exportförderung, das heißt wie die Exportleistung der Industrie, und daß sie ziffernmäßig — und das bitte ich nicht zu vergessen — erheblich höher sind. Denn die Deviseneingänge des Fremdenverkehrs — das brauche ich ja nicht zu sagen, haben eine andere Größenordnung als die Exporterlöse von österreichischen Industrieexporten. Diesen Weg zu beschreiten, ist natürlich dem Land Steiermark allein nicht gegeben. Ich halte es aber durchaus für möglich, daß hier die Initiative der Steiermark dahin führt, daß auf Bundesebene in dieser meiner Ansicht nach entscheidenden Zukunftsfrage des österreichischen Fremdenverkehrs eine Lösung unter Voraussetzung gleicher Wettbewerbsverhältnisse mit den Nachbarstaaten erreicht wird und zustande kommt.

2. Präsident: Ich erteile dem Fremdenverkehrsreferenten des Landes Steiermark, Herrn Landesrat Wegart, das Wort.

Landesrat Wegart: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich bin zuerst einmal den Sprechern sehr dankbar, die zu einzelnen Fremdenverkehrsfragen und -problemen Stellung genommen haben.

So hat der Abgeordnete Pölzl zur Frage der Arbeitszeitverkürzung ein Klagegedicht geführt, daß die Fremdenverkehrswirtschaft nicht in der Lage wäre, sie zu verkraften. Ich möchte dazu grundsätzlich folgendes sagen: Die Arbeitszeitverkürzung ist zwischen den Sozialpartnern vereinbart, für die Fremdenverkehrswirtschaft ist im Generalkollektivvertrag eine Ausnahmeklausel festgelegt, daß sie mit 1. Oktober 1970 um zwei Stunden wirksam wird. So wie die übrige Wirtschaft wird auch die Fremdenverkehrswirtschaft selbstverständlich mit diesem Problem fertig werden müssen. Es hat keinen Sinn, die Dinge aus einer anderen Optik zu betrachten.

Was die Frage der Einführung der Mehrwertsteuer anlangt, so muß ich sagen, daß das Problem der Mehrwertsteuer naturgemäß die Fremdenverkehrswirtschaft schwieriger belasten wird als andere Betriebs- oder Wirtschaftszweige; aber wir werden uns doch dazu bekennen müssen, daß die Einführung der Mehrwertsteuer eindeutig ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Steuersystem ist. Wir können sie nur lebhaft begrüßen und auch

dann, wenn ein einzelner Wirtschaftszweig Schwierigkeiten hat, werden wir selbstverständlich unser Ja zur Einführung der Mehrwertsteuer geben müssen.

Was die Frage der Beseitigung der Umsatzsteuer bei den Küchenbetrieben anlangt, möchte ich dazu folgendes sagen: Sie ist gegenwärtig schon gesenkt. Wir sind bestrebt, hier einen weiteren Vorstoß zu unternehmen. Aber was soll der Finanzminister noch? Ich habe als aufmerksamer Zuhörer der Budgetdebatte des Steiermärkischen Landtages nicht eine einzige Wortmeldung vernommen, in der etwa ein Abgeordneter gesagt hätte, machen wir bei irgend welchen Ausgaben Schluß, oder streichen wir sie weg. Im Gegenteil: Wir haben nur die ganze Zeit auch in der Debatte von 4 Tagen unentwegt neue Wünsche und Forderungen angemeldet. Das heißt also, zuerst müssen wir uns immerhin dazu bequemen, daß wir neue Einnahmen erschließen, um dann neue Ausgaben vornehmen zu können. Und das Dilemma des Bundesvoranschlages — ich muß das einmal etwas lauter sagen — ist in folgendem begründet: In den letzten 10 Jahren hat das Wachstum unserer Wirtschaft etwa im Schnitt pro Jahr 5% betragen, aber die Ausgaben des Bundesbudgets haben pro Jahr Zunahmen in der Größenordnung von 9,5% betragen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das eine Rechnung ist, die auf die Dauer nicht aufgehen wird. Und wenn daher von Steuervorschlägen, Reformvorschlägen, von verschiedenen anderen Dingen die Rede ist, dann muß man nur eines sagen: Zuerst müssen wir jenen Einklang oder die Herstellung der Balance zwischen dem Wachstum der Wirtschaft und den Ausgaben des Bundesvoranschlages finden. Alles andere sind freundliche Ratschläge, die zu keinem Ergebnis führen.

Und nun zu den Fragen, die der Abgeordnete Buchberger angeschnitten hat: die erfreuliche Feststellung, daß Fremdenverkehr und Landwirtschaft heute bereits ein Bestandteil geworden ist, den ich wie folgt umschreiben möchte. Fremdenverkehrspolitik unseres Landes ist auch gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil einer modernen Agrarpolitik. Der steirische Fremdenverkehr wäre gar nicht in der Lage, jene Erfolge aufzuweisen, wenn nicht die bäuerliche Lebenswelt der Steiermark bereit wäre, unentwegt auch die Erholungsräume dieses Landes zu hegen und zu pflegen. Daß dabei dem bäuerlichen Lebenskreis eine zusätzliche Einnahmequelle verschafft wird, das wissen wir aus den Ziffern, die heute von einzelnen Abgeordneten schon überzeugend genannt wurden. Eine wissenschaftliche Studie sagt, daß ein Drittel des Umsatzes des österreichischen Fremdenverkehrs in die österreichische Landwirtschaft fließt. Das heißt, mit einem Drittel des gigantischen Umsatzes von 24 Milliarden Schilling, und das ist der Umsatz des heurigen Jahres, das heißt, ein Drittel davon fließt in die österreichische Landwirtschaft. Wir können daher mit Recht sagen und es nur begrüßen, wenn in der Fremdenverkehrspolitik die Landwirtschaft auch ihren entscheidenden Faktor besitzt.

Herr Abg. Laurich hat erfreulicherweise von den Budgetziffern gesprochen. Herr Abg. Laurich, wenn Sie sagen, daß 287 Millionen Schilling in den letzten

10 Jahren an Förderungsmitteln in der Steiermark den diversen Erschließungen der Infra-Struktur des Fremdenverkehrs zugeführt wurden, dann möchte ich bei dieser Gelegenheit doch noch etwas hinzufügen: Das sind die Mittel des Landes. Ich gehe nicht fehl, wenn ich diese Ziffer jetzt mit drei multipliziere, dann wird fast ein Betrag von 900 Millionen Schilling mobilisiert sein, weil nämlich Gemeinden, Fremdenverkehrsverbände und Vereine zusätzlich meiner Überzeugung nach weitaus mehr Mittel für den Fremdenverkehr mobilisiert haben, als es die Mittel des Landes ausmachen. Ich darf das vielleicht an einem einzigen Beispiel umreißen, das ist ein Modellbeispiel, das auch für alles andere gilt: Wenn eine kleine Gemeinde, sagen wir wie Tieschen, ein Schwimmbad baut mit 1,5 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, das Budget dieser Gemeinde beträgt etwa 700.000 Schilling, und sie wagt sich an ein Projekt mit 1,5 Millionen Schilling heran, können wir zumindest zum Ausdruck bringen, daß diese Gemeinde hierfür Mittel mobilisiert hat, die das Doppelte ihres Jahresbudgets ausmachen. Sie hatte es nicht zu bereuen, weil die Fremdenverkehrs-nächtigungsziffern gestiegen sind und weil sie damit ein wenig Anschluß an den Fremdenverkehr gefunden hat. Aber dieses Beispiel gilt auch für viele andere Vorhaben, die wir in diesem Land verwirklicht haben.

Es wurde der bekannte Wirtschaftsjournalist Horst Knapp zitiert. Ich habe seine Studie gelesen. Man kann einiges von dem unterschreiben, eines kann ich nicht unterschreiben: Er bekennt sich ausschließlich zum Edelfremdenverkehr und sieht den Erfolg des Fremdenverkehrs darin, daß wir eben zu Pensionspreisen in der Größenordnung zwischen 300, 400 oder 500 Schilling und mehr gelangen. Wo das möglich ist, einverstanden! Aber, meine Damen und Herren und Hohes Haus, es gibt in diesem Lande Hunderttausende von Gästen, die sich auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse diesen Edelfremdenverkehr nicht leisten können. Wir sind daher verpflichtet, auch ihnen eine Erholungsmöglichkeit zu schaffen, die mit ihren Einkommensverhältnissen übereinstimmt. Und das ist auch mit ein Gebot der steirischen Fremdenverkehrspolitik. Wenn wir in den letzten Jahren eine sehr bedeutsame Zunahme der Nächtigungsziffern zu verzeichnen hatten, dann führen wir das unter anderem auch darauf zurück, daß wir es jenen Hunderttausenden Wiener Gästen ermöglicht haben, im Lande Urlaub zu machen, deren Einkommensverhältnisse eben einen Pensionspreis zwischen 70, 80, 90 oder 100 Schilling noch ertragen können. Wir sind der Auffassung, daß wir im Fremdenverkehr ein ausgefächertes Angebot zu unterbreiten haben. Mit einem Wort, vom Edelfremdenverkehr bis zu jenem Tourismus all jener Gäste, die auch Erholung suchen und der Erholung bedürfen. Wenn das Wachstum unserer Wirtschaft, wenn die Masseneinkommen steigen, dann werden wir sicher — ich werde heute noch in meinen Betrachtungen darauf zurückkommen — auch auf diesem Gebiet einen Ruck nach vorne machen. Wir haben ihn ja mittlerweile auch gemacht, weil die Pensionspreise, die wir noch vor 10 Jahren in diesem Lande hatten, zwischen 30 und 40 Schilling, auch der Vergangenheit angehören.

Was Ihren direkten Wunsch anlangt, für den Doppelsessellift für die Planei die Landeshaftung zu übernehmen, wurde in der letzten Regierungssitzung vereinbart, daß Anfang Jänner die Herren aus Schladming nach Graz gebeten werden, um dieses Gespräch einer Erledigung zuzuführen.

Der Herr Abg. Lind als Bürgermeister der schönen oststeirischen Gemeinde Hartberg hat die Thematik „Fremdenverkehr und Gemeinde“ berührt. Ich kann alles unterschreiben, was er gesagt hat. Aber eines möchte ich besonders hervorheben: Meine Damen und Herren, die Baugesinnung unserer Gemeinden muß besser werden. Wir dürfen nicht bestimmten Grundstückspekulationen Vorschub leisten, wie das leider in vielen Kleingemeinden unseres Landes geschieht, in welchen wir mit den berühmten Wochenendhäuschen eine totale Zersiedelung erleben, in denen das Ortsbild einfach „futsch“ ist (Abg. Dr. Klauser: „Bravo!“ — Beifall), in denen aber, meine Damen und Herren, noch etwas anderes passiert, und das ist auch an die Adresse der verantwortlichen Bürgermeister gerichtet: Diese Zersiedelung bedeutet für die Gemeinden eine weitere Belastung, die in vier Hauptpunkten zu suchen ist: Es muß die Erschließung vorangetrieben werden, Licht, Strom, Abwässer und Wasserversorgung; das sind dann jene Maßnahmen, die die Gemeinden zusätzlich belasten, die aber keinesfalls mit dieser Zersiedelung in die Gemeinden hereingebracht werden. Hier wird auch ein etwas härteres Vorgehen notwendig sein. Nicht allein aus diesen Überlegungen, ich sage es ganz bewußt: Wir haben vom Fremdenverkehr nichts, wenn wir Gäste herbringen, die in ihren eigenen Heimen wohnen. Verdienen kann man heute im Fremdenverkehr bei zwei Faktoren: Erstens bei den Übernachtungen und zweitens beim Alkohol. Bei allen anderen Dingen können wir nicht verdienen und wir müssen auch von diesen Überlegungen her unsere Fremdenverkehrspolitik einrichten.

Herr Abg. Götz hat zu Fragen Stellung genommen, die etwa mit der Schwerpunktbildung zusammenhängen. Wir haben in einigen Fragen Übereinstimmung, nicht in jeder. In der Frage, wo keine Übereinstimmung besteht, möchte ich einige Worte sprechen: Herr Abg. Götz, es ist nicht möglich und denkbar, etwa Schwerpunktbildung nach dem Gesichtspunkt zu betreiben, daß wir sagen, machen wir nur einmal einen Schwerpunkt im Ennstal und vernachlässigen alle übrigen Landstriche. Was würden z. B. die Oststeirer dazu sagen, wenn erklärt würde in den nächsten drei Jahren ist einmal das Ennstal an der Reihe; oder auch umgekehrt. Die Schwerpunktbildung, ich glaube, ich habe das richtig verstanden, wird von Ihnen so aufgefaßt, daß wir sagen: Schwerpunktbildung im Winter für bestimmte Maßnahmen, hier besteht Übereinstimmung etwa in der Frage der Sicherheit des Wintersportes auf den Schipisten. Wir haben bewußt unsere Förderungspost der Förderung von Schiliften umgeschichtet zugunsten der Sicherheit im Wintersport, das heißt, Pistenpflege und Einsatz von Pistenpfliegeräten. Wir glauben, daß wir das deshalb zu tun haben, um die hohen Unfallziffern, die es leider im Wintersport gibt, zu senken. Es ist bereits auch von Kollegen Sebastian in seinen Ausführun-

gen dargelegt worden, daß auch die Spitäler bei der Geschichte ganz schön zum Handkuß gelangen, aber nicht nur die Spitäler, auch der volkswirtschaftliche Verlust kann sehr hoch angesetzt werden. Wir sind hier dabei, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen.

Was Ihren Wunsch anlangt, Fachleute für die Beratung bei der Erschließung von Wintersportgebieten einzusetzen, darf ich Ihnen sagen, daß wir mehrfach Herrn Friedl Wolfgang und Prof. Rössner in diesem Zusammenhang für Fragen des steirischen Fremdenverkehrs herangezogen haben und wenn Bedarf ist, auch weiter einsetzen werden. Es wurde von Ihnen das Problem des Inlandflugverkehrs und vor allem das Problem der AUA angeschnitten. Meine Damen und Herren und Hohes Haus, es ist erlaubt, an dieser Stelle auch andere Meinungen zu vertreten, als sie etwa die Abgeordneten aller Fraktionen einschließlich meiner eigenen vertreten haben. Ich muß es einmal ganz deutlich sagen. Die AUA ist ein öffentliches Unternehmen und wir müssen von ihr erwarten, daß sie nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt wird, denn die Mittel, die sie bisher zugeschossen erhalten hat, sind Steuermittel gewesen. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß diese AUA mit Steuermitteln gefüttert wird, ohne daß Sie die kaufmännischen Grundsätze bei ihrer Gebarung gelten läßt. Ich muß das ausdrücklich sagen. Denn wenn wir es uns so einfach machen, dann pfropfen wir ihr noch tausend Dinge auf, ohne daß wir einmal zu einer echten Lösung gelangen.

Was bedeutet der Inlandflugverkehr zum Beispiel für die Strecke Graz — Wien? Ich habe das getestet. Mit meinem Wagen bin ich schneller in Wien von meiner Wohnung weg, als wenn ich die AUA vom Flughafen Thalerhof nach Schwechat benützt habe. Das hat mit dem Wagen etwa 2 Stunden gedauert und mit der AUA 2,35 Stunden. Da brauche ich kein Flugzeug mehr. Da bin ich mit dem Wagen schneller. Sehr interessiert waren wir an der Linie Graz — Linz — Frankfurt/Main. Sie wird auch weitergeführt, weil wir glauben, daß wir hier auch Anschluß an einen Weltflughafen bekommen, wie es etwa Frankfurt ist. Aber die AUA hat jetzt endlich Mut gefaßt, einige Veränderungen herbeizuführen. Wir können nur hoffen, daß sie zum Tragen kommen.

Und nun, Herr Abgeordneter DDr. Götz, lassen Sie mich zu einer Frage ein sehr nüchternes Wort sagen, nämlich zu den Vergleichen, die Sie hinsichtlich der Investitionen in Jugoslawien und Italien angestellt haben. Es ist Brauch, alter politischer Brauch, wenn irgend etwas im eigenen Lande nicht so ganz hinhaut, daß man dann sagt, schaut an, wie das die Schweden, die Schweizer, die Jugoslawen, die Italiener oder andere machen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Nicht als Vorbild. Die Konkurrenz ist so groß.“)

Ich möchte eine grundsätzliche Betrachtung dazu sagen. Meine Damen und Herren! Jeder Vergleich hinkt, und dieser Vergleich hinkt ganz besonders. Wenn wir uns vergleichen wollten mit Jugoslawien, was die Jugoslawen tun, muß ich sagen, wer das wünscht, muß auch bereit sein, die gesellschafts-

politischen Verhältnisse dieses Landes in Kauf zu nehmen. Wir können uns nicht die Rosinen aus dem Guglhupf herausholen und das Mehl den anderen überlassen. Das wünscht niemand von uns. Wer sich mit Italien vergleicht, dem sage ich, er muß auch bereit sein, die Armut dieses Landes im Süden in Kauf zu nehmen. Denn Italien ist in seinem Wohlstand nicht zu vergleichen mit Turin, Mailand oder Genua, und es ist nicht von ungefähr, daß sie gerade in diesen Gebieten die größten Unruhen und fast Auflösungserscheinungen dieses Staates in diesen Tagen erleben. Wer sich mit der Schweiz vergleicht, der muß zur Kenntnis nehmen, die Schweiz hatte das Glück, keine zwei Weltkriege zu führen, sie hatte das Glück, keine 5 politischen Systeme innerhalb einer Generation zu erleben, sie hatte das Glück, keine 2 Inflationen zu erleben und anderes mehr. Wenn wir das alles nicht hätten erleben müssen, dann hätten wir die Schweiz in manchen Fragen schon längst überrundet. Ich kann vielleicht mit Genugtuung sagen, es gibt eine Reihe von Fragen, in denen wir sie schon überrundet haben. Ich muß mit österreichischem Wasser kochen und muß daher auch in der österreichischen Küche auch in diesen Fragen bleiben. Ich komme um das nicht herum. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Aber Herr Landesrat, Sie unterstellen meinen Ausführungen etwas, das nicht drinnen war. Es ging mir nur darum, aufzuzeigen, daß das die unmittelbare Konkurrenzsituation unserer Fremdenverkehrswirtschaft ist. Und es kümmert niemand, ob und aus welchen Gründen es ist. Es ist so!“) Daß wir die Konkurrenzbedingungen, vor allem gegenüber Jugoslawien oder Italien, besonders beobachten, das liegt an der Hand. Wir müssen allerdings hinzufügen, daß der Gast, der zu uns nach Österreich kommt — wenn ich dazu spontan Stellung nehmen kann — sich in seinen Urlaubswünschen von jenem Gast unterscheidet, der nach Italien oder nach Jugoslawien geht. Das ist auch eine Marktbeobachtung, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt.

Was den Wunsch nach der Exportrückvergütung anlangt — es ist das, glaube ich, von Ihnen, Herr Abgeordneter Laurich, und von Ihnen, Herr Abgeordneter Götz, angeschnitten worden, so muß ich gar nicht als Fremdenverkehrsreferent dazu Stellung nehmen. Ich muß als Personalreferent ein Wort dazu sagen. Hat jemand das bedacht, welche personellen Ausweitungen das mit sich bringen würde, allein um diese Dinge zu verwalten? Das ist einfach im Fremdenverkehr nicht möglich. Ich erinnere an die Sektsteuer. Die hat man eingeführt nur mit einem Unterschied, daß die Verwaltung mehr gekostet hat als der Erlös der Sektsteuer. Ist das der Zweck der Übung? (Abg. Pözl: „Also Abschaffen der Sektsteuer!“ — Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Es geht nicht um eine Rückvergütung, wenn wir ein Drittel der Deviseneingänge im Fremdenverkehr als aus diesen Wettbewerbsgründen verbilligte Kredite der Fremdenverkehrswirtschaft zur Verfügung stellen, brauche ich gar keinen Verwaltungsapparat, das entnehme ich einfach aus der Statistik.“ — Abg. Laurich: „So wie die Agrarinvestitionskredite einfach!“) Darf ich auch dazu sofort Stellung nehmen. Meine Damen und Herren! Das

meldet ja nicht nur der Fremdenverkehr an. Das melden ja alle übrigen, die Kredite brauchen, genauso an. Wir kommen um das nicht herum, daß das einfach nicht drinnen liegt. Ich wäre dafür, wenn es möglich wäre (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Aber er bringt Devisen!“). Einverstanden, aber wir müssen sagen, daß es nicht möglich ist, und ich muß auch bei dieser Gelegenheit betonen, wir sind im Lande selbst in dieser Frage zur Selbsthilfe geschritten. Wir haben deshalb eigene Kreditaktionen aufgezo-gen, um uns nicht auf Wien in dieser Frage verlassen zu müssen. Soweit die Stellungnahmen zu den Fragen, die die Herren Abgeordneten in dieser Sache angezogen haben.

Und nun lassen Sie mich noch darüber hinaus einige grundsätzliche Betrachtungen zum steirischen Fremdenverkehr sagen. Zuerst einmal die Statistik. Das Fremdenverkehrsjahr 1968/69 ist abgeschlossen, das ist der Zeitraum vom 1. November 1968 bis zum 31. Oktober 1969. Wir hatten in diesem Zeitraum 6,184.000 Übernachtungen. Das ist eine Zunahme von 2% gegenüber dem Fremdenverkehrsjahr 1968. Davon Inländer 4,485.000, das ist eine Zunahme von 1,5%, und Ausländernäch-tigungen 1,698.000, das ist eine Zunahme von 3%. Bemerkenswert ist, daß wir 72% Inländernäch-tigungen in diesem Fremdenverkehrsjahr zu verzeichnen haben und 28% Ausländernäch-tigungen. Es ist vielleicht noch hinzuzufügen: Wir haben erfreulicherweise die 6 Millionen-Übernachtungsgrenze überschritten. Wir sind im Inländerfremdenverkehr an die erste Stelle gerückt und ich kann weiters noch hinzufügen, was ich mit besonderer Freude in diesem Zusammenhang vermerken möchte, daß sich der steirische Fremdenverkehr nicht nur auf das Ennstal, auf das steirische Salzkammergut konzentriert, sondern daß heute auch die Oststeiermark zu einer Säule des steirischen Fremdenverkehrs geworden ist. Denn mehr als ein Viertel aller Übernachtungen, nämlich mehr als 1,5 Millionen Übernachtungen, verzeichnen wir allein in der Oststeiermark. Hinsichtlich des Inländerfremdenverkehrs führt die Oststeiermark sogar mit 33%. Das ist auch eine Folge der unentwegten Bemühungen, die wir in diesem Zusammenhang zu verzeichnen haben.

Vielleicht darf ich bei der Gelegenheit ein Wort einflechten zu dem, was heute der Herr Abgeordnete Leitner hier angezogen hat wegen des Kohlenbergbaues in Ratten. Ratten war ein Musterbeispiel dafür, daß der Kohlenbergbau, der ausgekohlt war, ich muß das nochmals wiederholen (Abg. Leitner: „Stimmt nicht, zugemauert!“), innerhalb weniger Wochen wurden in Ratten 400 Arbeitsplätze praktisch verloren, und die Arbeitskräfte wurden bei der Alpine Montan und auch bei Böhler untergebracht. Es ist nicht ein einziger arbeitslos geworden. Wir sind darangegangen, diese Gemeinde von einer Kohlenbergbaugemeinde in eine Fremdenverkehrsgemeinde umzustrukturieren. Wir hatten 1961 begonnen bei 2500 Übernachtungen. Ratten hat in dieser Zeit umfangreiche Investitionen vorgenommen. Wir haben ein Schwimmbad hingebaut, wir haben eine Minigolfanlage hingebaut, wir haben einen Tennisplatz hingebaut, die Ortsverschönerung

völlig verändert, und Ratten hatte im heurigen Jahr 37.000 Übernachtungen. Der Bürgermeister wußte mir zu sagen, daß er mittlerweile schon dieselben Einnahmen in der Gemeindekasse hat, als er sie vor der Einstellung des Bergbaues hatte. Ich will das deshalb sagen, weil in der Diskussion auch mehrfach betont wurde, wir haben nur die Industrialisierung anzustreben, und der Fremdenverkehr sei keine Alternative. Meine Damen und Herren! Industrialisierung ja, Aufbau von Handel, Gewerbe und Handwerk ja, weitere Aufrüstung unserer Land- und Forstwirtschaft ja, aber genauso auch des Fremdenverkehrs. Wenn eine Volkswirtschaft auf mehreren Säulen ruht, dann ist sie in sich ausgeglichener, aber vor allem — was mir das Wichtigste scheint — wesentlich krisenfester, als wenn wir eine totale Schwerpunktbildung vornehmen. Wir können heute sagen, daß wir in einer Reihe steirischer Gemeinden die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse durchgesetzt und erreicht haben wie in Industriegemeinden. Die Untersuchung der Steuerkopffquoten zeigt das ganz deutlich. Die ersten zehn Gemeinden, die in diesem Lande die Spitze anführen, teilen sich in 5 Industriegemeinden und in 5 reine Fremdenverkehrsgemeinden. Es ist damit der Nachweis erbracht, daß mit dem Fremdenverkehr die gleichen wirtschaftlichen Ergebnisse erreicht werden, als etwa mit einer Industrialisierung. Wo die Industrialisierung nicht möglich ist, dort werden wir sie nicht betreiben. Dort wo wir Erholungsräume schaffen können, werden wir sie selbstverständlich schaffen. Wir sind ja auch mitten in dieser Aufgabe drinnen.

Ich möchte aber auch ein Wort zum Trend im Fremdenverkehr sagen: Der Trend zeichnet sich dadurch aus, daß wir ein steigendes Erholungsbedürfnis durch die weitere Verstärkung der Bevölkerung feststellen, der Fortschritt in der Verkehrstechnik. Es sind heute bereits Ziffern gesagt worden, wir werden erleben, daß wir innerhalb der nächsten 15 Jahre beim westeuropäischen Industriearbeiter einen Erholungsurlaub von 8 bis 12 Wochen haben werden. Wir werden erleben, daß bis zum Jahre 1975 die Zahl der europäischen Ferienreisenden von derzeit 55 Millionen auf 85 Millionen und bis 1980 auf 105 Millionen ansteigen wird. Im Jahre 1969 haben 40% der Gesamtbevölkerung der Deutschen Bundesrepublik eine Urlaubsreise unternommen, im Jahre 1962 waren es erst 27%, im Jahre 1966 34%. Die Reiseintensität in den USA ist bereits bei 66% angelangt. Man könnte ruhig sagen, das Ferienzeitaler kommt auf uns zu. Mit dem Einsatz der internationalen Großraumflugzeuge sowie der Langstrecken-Überschallflugzeuge bricht auch eine neue Ära des Flugtourismus an. Auf diese Entwicklung hat sich nicht nur die österreichische, sondern allen voran, die steirische Fremdenverkehrspolitik zu orientieren. Wir glauben daher, daß wir unseren Blick nicht nach rückwärts zu wenden haben, was geschehen ist, um uns an Ziffern zu berauschen, sondern wir glauben, daß wir der steirischen Fremdenverkehrspolitik und damit einem Teil der steirischen Volkswirtschaft ein Modell für die nächsten zehn Jahre zu unterbreiten haben, das, was wir zu tun haben, um im

steirischen Fremdenverkehr, um mit diesen Dingen, die auf uns zukommen, auch fertigzuwerden. Ich gehöre zu jener Spezies von Menschen, die halt unglücklich optimistisch veranlagt sind. Ich bin daher der Meinung, daß wir optimistisch sein können. Warum? Auch für die österreichischen Verhältnisse meine Damen und Herren, gilt das. Ich lese es vielleicht an einer Ziffer ab: Das Bruttonationalprodukt der österreichischen Volkswirtschaft hat im Jahre 1937, im letzten Jahr vor dem Zweiten Weltkrieg, umgerechnet auf die Schillingparität von heute, 70 Milliarden Schilling betragen; das Bruttonationalprodukt 1969 wird nach Aussage des Wirtschaftsforschungsinstitutes auf 320 Milliarden Schilling klettern. Das heißt, es hat sich in diesem Zeitraum nahezu verfünffacht. Wenn wir annehmen können, daß das Wachstum unserer Wirtschaft in den nächsten zehn Jahren nur 4% betragen wird, können wir rechnen, daß es bis zum Jahre 1980 sich versiebenfachen wird. Das bedeutet aber auch zwangsläufig alles das, was hier schon gesagt wurde: Zunahme der Masseneinkommen, Zunahme der Urlaubsintensität, mit einem Wort alles das, was wir im Fremdenverkehr auffangen wollen. Ich kann nur hinzufügen, immer unter einer Voraussetzung, daß es nicht irgendwo auf der Welt einen Idioten gibt, der eine Bombe wirft. Wenn das passieren sollte, brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen, wie das Jahr 1980 aussehen wird. Aber unter der Voraussetzung, daß wir eine friedliche Entwicklung haben, können wir für die steirische Fremdenverkehrspolitik folgendes sagen: Unsere Politik gründet sich auf vier Schwerpunkte:

1. auf den Ausbau der Fremdenverkehrseinrichtungen und Verbesserung der Infrastruktur bei den Gemeinden;
2. auf die Herstellung eines ausreichenden und qualitätsmäßig hochwertigen Quartierangebotes, Hotel-, Gasthöfe-, Pensionen- und Privatzimmervermittlung;
3. auf eine einwandfreie Bedienung des Gastes auf allen Verkehrswegen und
4. eine ständige Erziehung zur Fremdenverkehrsgesinnung.

Für die Verbesserung der Infrastruktur der Gemeinden wurde für das Jahrzehnt von 1970 bis 1980 ein Aufwand von 1.200.000.000 Schilling errechnet. Für die Verbesserung der Gast und Beherbergungsbetriebe ist gleichfalls ein Betrag von 1.200.000.000 Schilling vorgesehen. Das heißt, wollen wir unser Ziel erreichen, dann hätten wir in dem nächsten Jahrzehnt einen Betrag von 2.400.000.000 Schilling zu mobilisieren, um die steirische Fremdenverkehrswirtschaft auf jenen Stand zu bringen, der sie in die Lage versetzt, international, ich muß das betonen, international konkurrenzfähig zu sein. Und zwar die Grundlage für die Infrastruktur, die 1,2 Milliarden Schilling für den Zehnjahresplan, für Bäder 525 Millionen Schilling. Erlauben Sie mir gleich, eine Feststellung zu treffen. Meine Damen und Herren, es ist in letzter Zeit mehrfach der Wunsch geäußert worden von einer Reihe von Gemeinden, Hallenbäder zu bauen. Ich möchte hierzu folgendes sagen: Es wird sicher so sein, daß wir

im nächsten Jahrzehnt in unserem Lande Hallenbäder bauen werden. Aber ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß das Fremdenverkehrsreferat nur dort mit der Förderung mittun wird, wo die Deckung der Betriebskosten gegeben ist. Wo diese Deckung nicht vorhanden ist, werden wir nicht bereit sein, Steuermittel für die Förderung einzusetzen. Ich sage dies deshalb, weil es kein Hallenbad gibt, das kostendeckend geführt werden kann. Wenn wir so weit sind, dann können wir es uns leisten, aber vorher ist das nicht möglich. Wir glauben aber, daß dies in dem Zehnjahresprogramm enthalten ist. 60 Millionen Schilling für Tennisplätze, Golf, Minigolf, Camping und den Reitsport, 45 Millionen Schilling für die Ortsverschönerung, für Erholungszentren und die Parkanlagen, Ausflugs- und Mautstraßen, 90 Millionen Schilling für Seilbahnen und Sessellifte, 60 Millionen Schilling für Schlepp- und Schleiflifte, 30 Millionen Schilling für Schiabfahrten und für den Pistenausbau, 30 Millionen Schilling für Eislaufplätze, Eisschießbahnen und sonstige Wintersporteinrichtungen, 60 Millionen Schilling für Kureinrichtungen und Erschließung natürlicher Heilvorkommen, 24 Millionen Schilling für die Schutzhütten, 15 Millionen Schilling für Veranstaltungen, 30 Millionen Schilling für sonstige Fremdenverkehrseinrichtungen, Leseräume, Informationskiosks, Orientierungstafeln, Blumenschmuck, 66 Millionen Schilling für die Ortsbeleuchtung und 60 Millionen Schilling für Werbemaßnahmen. Wenn ich sage, 1,2 Milliarden Schilling, dann sind hier mitbeteiligt auch die steirischen Gemeinden, die Fremdenverkehrsverbände und Vereine. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, wenn wir sagen, daß etwa die Hälfte hiervon von Gemeinden, Verbänden und Vereinen aufzubringen sein wird. Der Betrag von 1,2 Milliarden Schilling für die qualitätsmäßige Hebung des Quartierangebotes soll durch die verbilligten Kreditaktionen in der Höhe von 900 Millionen durch Land und Bund und 300 Millionen Schilling durch Eigenmittel der Fremdenverkehrswirtschaft aufgebracht werden. Es entspricht auch gewissen Erfahrungssätzen der Vergangenheit, aber sicher ist auch eine optimistische Prognose darin enthalten. Wir haben gegenwärtig 90.000 Fremdenbetten in der Steiermark, wir glauben, wenn auch ein gewisser Sättigungsgrad erreicht ist, innerhalb der nächsten zehn Jahre zufolge des Erstehens neuer Fremdenverkehrsgebiete und zufolge eines natürlichen Zuwachses eine Vermehrung um rund 30.000 Betten zu erreichen. Wir würden dann bei etwa 120.000 halten und ich glaube, damit jene Grenze auch erreicht zu haben, die im Interesse des Fremdenverkehrs gelegen ist. Unser Ziel allerdings für 1980 ist unter der Voraussetzung, daß die jährliche Zuwachsrate der Nächtigungsziffer 7% beträgt, spätestens im Jahre 1980 die Zehn-millionenübernachtungsgrenze zu erreichen. Das ist, wenn Sie wollen, keine Vision, die kühn erscheint, weil man sagt, na, was wird 1980 sein; ich bin davon fest überzeugt, daß es möglich sein wird, wenn wir alle Maßnahmen, die im Zehnjahresprogramm enthalten sind, verwirklichen können. Wenn wir uns auf die Erfahrungen der letzten zehn Jahre in

der Vergangenheit stützen, dann glaube ich, daß dies möglich sein wird.

Und nun ein Wort zur Werbung. Meine Damen und Herren, wir haben im Jahre 1969 für den Werbeinsatz des steirischen Fremdenverkehrs 12 Millionen Schilling flüssiggestellt, 8 Millionen Schilling aus Landesmitteln und 4 Millionen, die von Gemeinden und Fremdenverkehrsverbänden und Vereinen sowie von anderen Körperschaften aufgebracht wurden. Es entspricht nicht der Tatsache, Herr Abg. Laurich, daß die österreichische Fremdenverkehrswerbung irgendwo einen Betrieb hätte zusperrern müssen. Im Gegenteil, es ist auch die österreichische Fremdenverkehrswerbung aufgestockt worden, nicht zuletzt auch mit Landesmitteln. Ich glaube, ich brauche mich nicht zu verbreitern, daß die Frage unserer Schwerpunkte in der Werbung die Inlandswerbung mit dem Schwerpunkt Wien, die Deutsche Bundesrepublik, Holland und mittlerweile auch Slowenien und Kroatien, unsere Nachbarräume im Südosten, sind.

Was die Verkehrsprobleme anlangt, so ist darüber im Hohen Landtag manches gesagt worden. Vom Fremdenverkehr her möchte ich nur eines sagen: Die Eröffnung der Teilstrecke der Südautobahn von Gleisdorf nach Graz möchte ich für den steirischen Fremdenverkehr als ein historisches Ereignis betrachten. Damit kommen wir auch zur Vollendung der Strecke. Wir können auch heute noch nicht absehen, welche Folgen im positiven Sinne es für den steirischen Fremdenverkehr haben wird, wenn wir diese Südautobahn einmal voll durchgehend haben werden und damit an einem europäischen Verkehrsstrang liegen, der uns leider bis zur Stunde noch in einem solchen Umfange fehlt. Es ist bereits gesagt worden, daß wir auf diesem Gebiet ohnehin gut im Laufen sind.

Ich möchte noch weiters mitteilen, daß wir in diesen Tagen mit einer englischen Fluggesellschaft einen Abschluß vorgenommen haben. Es werden im Winter 1970/71 30 Anflüge mit 2700 englischen Gästen nach dem Flughafen Thalerhof vorgenommen, und es werden die Fremdenverkehrsgemeinden Hirschegg, Semriach, Aflenz-Kurort angesteuert. Wir glauben, daß damit ein neues Gästekontingent zugunsten des steirischen Fremdenverkehrs zu erschließen ist.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Schluß einen herzlichen Dank sagen. Das Fremdenverkehrsjahr ist zu Ende und wir stehen eigentlich schon wieder vor einer neuen Saison. Es ist mir ein aufrichtiges Anliegen, zu danken, den Bürgermeistern der Fremdenverkehrsgemeinden, den Obmännern der Verbände und Vereine und auch dem Vorstand der Fremdenverkehrsabteilung, Herrn W. Hofrat Dr. Gaisbacher und seinen Mitarbeitern in der Abteilung. Ich danke herzlich den steirischen Tages- und Wochenzeitungen, dem Rundfunk-Studio Steiermark und dem Österreichischen Fernsehen. Sie alle haben den steirischen Fremdenverkehr entscheidend unterstützt. Sie haben manche wichtige journalistische Aufgabe zum Wohle unseres Landes erfüllt. Wir waren aber auch bereit, gerechte Kritik anzunehmen und haben uns bemüht, konstruktiven Vorschlägen Rechnung zu

tragen. Die Exekutive und die Lehrerschaft im Lande sind ein wichtiger Faktor für die Pflege der Fremdenverkehrsgesinnung und wir glauben, wenn wir alles einsetzen, was wir amtlich, aber auch auf freiwilliger Basis zur Verfügung haben, daß wir damit der steirischen Wirtschaft, aber allem voran dem steirischen Fremdenverkehr neue Impulse werden geben können. Wir glauben, daß wir damit einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der Finanzkraft der Steiermark leisten. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Ich unterbreche die Sitzung bis 14.00 Uhr. Die ersten Redner sind Koiner, Buchberger, Zinkanell.

Unterbrechung der Sitzung: 13.05 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.05 Uhr

Präsident Koller: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als erster Redner zum dritten Teil der Gruppe 7, „Land- und Forstwirtschaft“, hat der Herr Abgeordnete Koiner das Wort.

Abg. Koiner: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie bitte auch mir, an der Schwelle eines neuen Jahres einen kurzen Rückblick — ich lege die Betonung auf „kurz“ — und auch einen Ausblick auf die kommende Zeit, auf ihre Möglichkeiten und auf ihre Notwendigkeiten zu geben.

Im Jahre 1967 war durch verschiedene Umstände, mit auch durch das volle Auswirken der EWG-Agrarmarkordnung und vor allem der EWG-Milchmarkordnung, in der Landwirtschaft Österreichs eine schwierige Situation entstanden. Die Damen und Herren dieses Hauses werden sich sicher zurückerinnern, daß es in diesem Haus damals sehr ausführliche Debatten darüber gegeben hat. Die Situation hat jedenfalls die Agrarspitze in Österreich dazu gezwungen, entscheidende und auch harte Maßnahmen zu setzen, deren Auswirkungen zum Zeitpunkt etwa der vorjährigen Agrardebatte noch nicht abzusehen waren. Dieses Noch-nicht-übersehen-können der Auswirkungen hat sicher auch unseren Kollegen Abg. Zinkanell bei der Agrardebatte im vorigen Jahr dazu veranlaßt, wörtlich festzustellen, es sind keine verlässlichen Anzeichen vorhanden, daß die für die österreichische Agrarpolitik verantwortlichen Funktionäre des Bauernbundes Wege eingeschlagen hätten, die uns in absehbarer Zeit aus diesen Schwierigkeiten herausführen könnten. Anschließend hat der Herr Abg. Brandl vorgeschlagen, zu versuchen, die landwirtschaftlichen Probleme im Sinne der Diskussionsgrundlage des Herrn Mansholt etwa zu lösen. (Abg. Brandl: „Das stimmt nicht! Das steht nicht so drinnen, das war ganz anders!“) Es ist ja in den Protokollen drinnen und ist ja nachzulesen. Mansholt — das waren ja Diskussionsgrundlagen, das war ja auch kein Plan. (Abg. Brandl: „Ich habe gesagt, nicht auf der Grundlage Mansholt zu lösen!“) Auf der Diskussionsgrundlage des Herrn Mansholt, habe ich gesagt. (Abg. Brandl: „Er hat es gesagt!“ — Landesrat Dr. Niederl: „Er hat gesagt, daß Sie es gesagt

haben!“) Ich möchte gar nicht auf die Widersprüchlichkeit eingehen, die sich zwischen den Aussagen der Sozialistischen Partei und dem sogenannten Mansholt-Plan zweifellos auch ergeben. Das ist sicherlich nicht meine Aufgabe. Es ist nur eines auffallend, wie wenig Aussagen nach der Informationsreise, die sozialistische Mandatäre gemeinsam mit Vertretern des Allgemeinen Bauernverbandes zu Mansholt unternommen haben, bis dato darüber gemacht wurden. Ich möchte eines feststellen: Die diesbezügliche Aussage Dr. Kreiskys als Vorsitzender der Sozialistischen Partei anlässlich der Diskussion der Gewerkschaftsjugend in Linz war meines Erachtens doch etwas dürftig, als er etwa in der Fragebeantwortung die Auskunft gegeben hat, nach seinem Wissen hätte Mansholt diesen Vertretern versichert, daß er für die Lage der Bergbauern Verständnis habe, denen er aber andererseits in seiner Diskussionsgrundlage — ich möchte das Wort Mansholt-Plan bewußt vermeiden — die Möglichkeit und die Berechtigung, Landwirtschaft zu betreiben, schlechthin abspricht.

Nun, von der reinen Versicherung seines Verständnisses, nämlich Mansholt's Verständnis für die Bergbauern, werden diese sicher auch in Zukunft nicht leben können. Ich weiß jetzt schon, daß hier eine gewisse Diskrepanz drinnen ist, daß auch sicher der Mansholt-Plan sehr viele Dinge enthält, die unbedingt zu beachten sind, die ihre Berechtigung haben. Es wäre falsch, würden wir diese gesamte Materie, die Mansholt hier zur Diskussion gestellt hat, einfach von vornherein verneinen. Aber feststellen möchte ich doch auch gleichzeitig, daß man nun in der EWG daran ist, die gesamte Konzeption des gemeinsamen Agrarmarktes und ihre Finanzierung neu zu überdenken, daß hier ganz große Verhandlungen im Gange sind und daß wir — und das möchte ich nicht als Lobhudelei aufgefaßt haben, sondern als eine Feststellung, die, glaube ich, nicht übertrieben ist — daß wir im kleinen Österreich jedenfalls behaupten können, mit unseren kurzfristigen Agrarproblemen etwa zumindest so gut zu Rande gekommen zu sein, als vielleicht die EWG. Das ist immerhin kein schlechtes Zeichen. (Abg. Heidinger: „Dann soll sich die EWG bei uns anschließen!“) Die getätigten Maßnahmen der österreichischen Agrarspitze haben sich jedenfalls als zielführend erwiesen und in der kurzfristigen Anpassung, was ich ausdrücklich betonen möchte, ist eine echte Erleichterung der Lage der österreichischen Landwirtschaft eingetreten. Eine ähnliche Verbesserung der Lage können wir auch auf dem Gebiet der Forstwirtschaft feststellen. Die Forstwirtschaft hat sicher — das sei am Rande vermerkt — ihre besondere Bedeutung in unserem Land Steiermark, weil 57% der gesamten Fläche bewaldet sind und weil in der Aufteilung der Forstflächen mit etwa 60% Kleinwaldbesitz auch die Bauernschaft natürlich an der gesamten Lage der Forstwirtschaft interessiert ist. Es ist in der Forstwirtschaft eine große Bedeutung nicht nur für die Land- und Forstwirtschaft, sondern für die gesamte Wirtschaft unseres Landes zu sehen. Durch den starken Rückschlag hauptsächlich durch den Schadholzanfall in den Jahren 1965 und danach ist es nun zu einer echten Verbesserung der Lage in der Forst-

wirtschaft gekommen, wobei festgestellt werden kann, daß die Preise zumindest wieder das Niveau von damals erreicht haben und daß der Absatz sehr flüssig vor sich geht, insbesondere auch in Gebieten, wo etwa eine mindere Qualität und Schwachholzsortimente anfallen. Es sind die Exporte im Jahre 1969 nach den bisherigen Vorausberechnungen gegenüber 1968 um 18 % gestiegen, während der Einschlag in unserem steirischen Land nur um 5 % gestiegen ist gegenüber 1968. Das läßt darauf schließen, daß hier ein echter Abbau der Lagerbestände gegeben ist und mit einer weiteren flüssigen Absatzlage der anfallenden Holzmengen gerechnet werden kann. Die derzeitige Situation wird die notwendige weitere Aufschließung unserer Wälder, die Überführung der landwirtschaftlichen Grenztragsböden und auch die Finanzierung und Modernisierung der Landwirtschaft weiter durchzuführen in der Lage sein. Das marktkonforme Verhalten, dem ja durch die Bestimmungen gewisse Grenzen gesetzt sind, wird uns bei der Gott sei Dank vorhandenen guten Waldgesinnung auch weiterhin die segensreichen Wohlfahrtswirkungen des Waldes sicherstellen.

Ich bitte, abschließend zu diesem Rückblick noch einmal betonen zu dürfen, daß ich damit keine Lobhudelei betreiben wollte, daß ich aber doch in aller Klarheit feststellen möchte, daß die sehr bezweifelten Maßnahmen, die die Agrarspitze in Österreich im Hinblick auf die kritische Situation der Landwirtschaft im vergangenen Jahr und davor ergriffen hat, zielführend waren und daß sie eine Erleichterung der Lage der Landwirtschaft gebracht haben.

Anders sind die Tatsachen, wenn wir etwa die längerfristigen Probleme der Landwirtschaft ins Auge fassen. Hier stehen uns sicher große Probleme ins Haus, ich möchte nicht sagen, daß wir an ihrer Lösung arbeiten müssen, sondern, daß wir in dieser Arbeit mitten drinnen stehen. Darf ich also stellvertretend für all diese längerfristigen Probleme zwei Hauptpunkte herausgreifen: Es ist das erstens die Anpassung der Struktur, fast ein Schlagwort, hinter dem sich sehr viel mehr verbirgt, als etwa die Strukturwandlung schlechthin besagt. Wenn man untersucht, was die Strukturwandlung zu beinhalten hat, wird man sich über die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sicherlich klarer werden, als wenn man nur etwa Strukturwandel sagt.

Die zweite große Aufgabe, die uns auf dem Gebiet der Landwirtschaft ins Haus steht, ist die marktgerechte Erzeugung. Dies sind zwei echte, ganz große Probleme, die in der längerfristigen Sicht die Landwirtschaft ganz tief berühren und woran man gehen muß mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, sie zur Zufriedenheit der Land- und Forstwirtschaft zu lösen, aber in einem Rahmen, der auch in das Gesamtkonzept der Wirtschaft hineinpaßt. Wir können nicht etwa einen Plan verfolgen, der nur unsere Wünsche befriedigt; es war nicht selten der Fall, daß man der Landwirtschaft von seiten der gesamten Wirtschaft vorgeworfen hat, sie würde in ihrer Tendenz hauptsächlich die Ziele verfolgen, die egoistischer Natur wären und sich nicht sinnvoll in ein Gesamtkonzept, das die Gesamtwirtschaft verlangt, einordnen. Meine Damen und Herren, das

Problem der Struktur hat seine Ursache mit auch in der Tatsache, daß die Technik und die Entwicklung auf dem Markt die größeren Einheiten begünstigen. Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen können und die ihre tiefen Ausstrahlungen in den Bereich der Landwirtschaft jederzeit vornimmt. Mansholt sieht aber in der Besitzgröße allein das Kriterium und kommt aus dieser Überlegung etwa zu Größenordnungen, die in Österreich fast utopisch sind. In den ebenen Lagen, meine Damen und Herren, und vor allem auch in Lagen, die vom Klima her alle Möglichkeiten der Produktion zulassen, sind seine Auffassungen sicher überlegenswert und auch angebracht. Aber schon — und das zeigt uns die Statistik in Österreich — bei gemischten Grün- und Ackerlandbetrieben liegt die optimale Größe weit unter dem, was sich Mansholt in seiner Diskussionsgrundlage vorstellt. Sie liegt nach den statistischen Erhebungen etwa zwischen 30 und 50 ha. Und in Bergbauerngebieten geht diese optimale Größe in der Landwirtschaft auf 20 bis 30 ha zurück. Das heißt, größere Einheiten erzielen ein niedrigeres Einkommen. Das ist etwas, was man in Österreich ohne weiteres durch die Statistik nachzuweisen in der Lage ist und das ist für uns in der Beurteilung der Vorschläge Mansholts sicherlich zu beachten.

Ich möchte Ihnen aber, Hohes Haus, aus der Überlegung heraus die Größenordnung der Probleme, die uns auf dem Struktursektor bevorstehen, vielleicht in ein paar Zahlen zeigen, die zuerst einmal die vorhandenen Strukturen in Österreich betreffen und zum zweiten eine Aussendung, die am milchwirtschaftlichen Kongreß in Moskau gemacht wurde, und zwar in der Mitte dieses Jahres. Die Struktur in der Steiermark schaut nach den letzten Erhebungen — und ich bitte, mir zu verzeihen, daß sie nicht mehr ganz den Tatsachen entsprechen, weil sie fast zehn Jahre zurückliegen — so aus, daß wir in der Steiermark etwa 31.000 Betriebe oder 41 % unter 5 ha haben, 41 % von 5 bis 20 ha und 18 % über 20 ha. In Österreich ist die Zahl sogar noch etwas ungünstiger. Hier sind unter 5 ha 45 %, von 5 bis 20 ha 38 % und über 20 ha 17 %. Über die inzwischen erfolgte Änderung liegen keine genauen Zahlen vor. Man nimmt aber etwa an, daß inzwischen 40.000 Betriebe weniger geworden sind und daß die vor allem die Veränderungen in der Größenklasse bis 5 ha betreffen, während eine Aufstockung in der Größenklasse von 5 ha bis 20 ha vonstatten gegangen ist. Das ist eine Tatsache der Struktur, wie sie bei uns gewachsen ist, wie sie vorhanden ist. Und nun möchte ich Ihnen dazu etwa in Gegensatz stellen eine etwas utopische Vorstellung, die ein schwedischer Ingenieur — er heißt Arff —, auf dem milchwirtschaftlichen Kongreß in Moskau gehalten hat unter dem Titel „Die Milchwirtschaft im Jahre 2000“. Er ging von der Tatsache aus, daß die Erde im Jahre 2000 8 Milliarden Menschen tragen wird, und er führt in seinem Referat — ich möchte Ihnen das wörtlich vorlesen, allerdings nur verkürzt — folgendes aus:

„Die Milchproduktion im Jahr 2000. Neben der herkömmlichen Milchviehhaltung werden um die Jahrhundertwende in zunehmendem Maße eigent-

liche Milchfabriken mit Zehntausenden von Kühen entstehen. Die Produktion einer solchen Fabrik wird den Milchbedarf einer ganzen Molkerei decken. Milchproduktion und Verarbeitung werden sich am gleichen Standort befinden. Eine solche Milchfabrik mit 30.000 bis 40.000 Kühen wird voll mechanisiert und automatisiert sein. Leistungskontrolle und Fütterung übernehmen Computer. Den Stall stellt sich Herr Arff als ein mehrstöckiges Gebäude mit mehreren Hunderten von Kühen pro Etage vor. Die Kühe bewegen sich nur passiv, und zwar auf mobilen Plattformen. Auf ihrer Rundreise kommen die Tiere an der Fütterung der Melk- und an verschiedenen anderen Stationen vorbei. Mehrere solcher Etagenställe bilden zusammen eine Produktionseinheit. Der Milchertrag wird dank optimaler Leistungsfütterung, züchterischer und hygienischer Fortschritte und dank häufigeren Melkens beträchtlich steigen. Jahresleistungen von 10.000 bis 15.000 Liter pro Tier liegen im Bereich realistischer Erwartungen. Der enorme Futterbedarf rechtfertigt oder verlangt sogar eine eigene Futtermittelfabrik. Mischfutter, als Preßlinge in Würfel oder Kugelform verabreicht, werden neue Bestandteile enthalten, Zellulose, Harnstoffe, Hefe, Einweiß, vielleicht sogar Plankton. Eine weitere Futterquelle werden die Exkremente der Tiere sein. Der Kreislauf Futter—Kot—Futter bzw. Trinkwasser wird durch chemische und biochemische Aufbereitungsprozesse ermöglicht. Das künftige Milchzentrum wird also aus einer Milchfabrik, einer Futtermittelfabrik, einer Dungaufbereitungsanlage und einem Milchverarbeitungsbetrieb bestehen.“ Das ist eine fast utopisch klingende Aussage eines Technokraten. Ich habe dies deshalb hier zur Verlesung gebracht, weil ich glaube, damit etwa aufzeigen zu können die Größe des Problems der vorhandenen Struktur und der Möglichkeiten, die rein von der technokratischen Seite hier in fast utopischer Form gefordert werden. Eine Frage allerdings ist sicher in dem Zusammenhang berechtigt, wo denn die Kälber herkommen werden, ob die dann in der Retorte erzeugt und dort nachgestellt werden. (Abg. Karl Lackner: „Vom Computer!“ — Landesrat Bammer: „Haben die dann keinen Stier!“) Ich möchte also, Hohes Haus, sagen, bis zum Jahre 2000 sind es an und für sich nur 30 Jahre. Das wäre keine sehr lange Zeit. Wer nun etwa glaubt, daß wir in diesen 30 Jahren den Sprung von der vorhandenen Struktur in diese Größenordnungen machen können, der wird etwa ermessen können — auch wenn das nicht in dem Maße vor sich geht — vor welchen Aufgaben die Landwirtschaft in bezug auf den Strukturwandel steht. Daß sie das nicht allein wird durchführen können, liegt glaube ich auf der Hand, und daß sie sich in dieser Hinsicht auch der Hilfe der Allgemeinheit versichert und darum bittet, darf man ihr nicht übelnehmen. Die Bewältigung dieser Aufgabe wird vor allem auch von vielen Faktoren abhängig sein, die außerhalb der Landwirtschaft liegen, hier vor allem auch von der Bereitstellung der noch zu schaffenden Arbeitsplätze.

Wir von der Landwirtschaft sind uns jedenfalls darüber im klaren, daß die Entwicklung rasch fortschreitet und daß wir uns ihr anzupassen haben, allerdings unter Berücksichtigung der sozialen

Aspekte, die sich zwangsläufig daraus ergeben. Eine Reihe von Maßnahmen auf diesem Gebiet auf Bundes- und auf Landesebene sind getroffen worden oder in Ausarbeitung. Ich darf ganz kurz darauf verweisen — das Hohe Haus hat sich ja öfters mit den Maßnahmen befaßt — Güter- und Seilwegegesetz, Siedlungsgesetz, Flurbereinigungsgesetz und Strukturlandesgesetz und als eine besonders wichtige und zielführende Maßnahme meine ich anzusprechen zu müssen das nun beschlossene Pensionsgesetz für die Bauern, weil ich der Meinung bin, daß die Mobilität des Bodens, die eine Voraussetzung für die Veränderung der Struktur in der Landwirtschaft ist, sicherlich zunehmen wird, wenn man die Sorge alter Leute um ihren Lebensabend durch ein echtes Pensionsgesetz von ihnen nimmt.

Die Aufgabe der marktgerechten Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ist deshalb schwierig, meine Damen und Herren, weil durch die modernen Methoden der Produktion in der Landwirtschaft die Produktion schneller wächst als der Verbrauch dieser landwirtschaftlichen Produkte, und zwar dauerlicherweise gerade in jenen entwickelten Industrieländern, in denen sich die Bevölkerung auch verhältnismäßig langsam vermehrt. Mit 6—25 % landwirtschaftlicher Bevölkerung erzeugen diese reichen Industrienationen große Überschüsse, während schon in den östlichen Staaten mit einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil von 20—45 % die Nahrungsmittelversorgung auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Katastrophal aber wird die Situation in den Entwicklungsländern, wo bis zu 95 % der Bevölkerung landwirtschaftlich tätig ist, sich rapid vermehrt und nicht in der Lage ist, die nötigen Lebensmittel für die wachsende Bevölkerung bereitzustellen. Meine Damen und Herren, bekannte Wissenschaftler nehmen für das Jahr 1980—1985 an, daß in den Entwicklungsländern jährlich 50 bis 100 Millionen Menschen verhungern werden. Das ist jährlich eine größere Zahl, als der gesamte Zweite Weltkrieg an Opfern gefordert hat. Wir kennen die Problematik der Hilfe für diese Länder und meinen auch, sagen zu können, daß es mit einer reinen Lieferung von Nahrungsmitteln in diese Länder allein nicht getan ist. Die größte Hilfe wird sicherlich die entsprechende Ausbildung dieser Menschen sein. Diese wird aber noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Ob wir angesichts dieser erschütternden Tatsache mit gutem sozialen Gewissen, das wir uns immer wieder auch selbst einreden, einfach die Achseln zucken können darüber und zur Tagesordnung übergehen, und vor allem von einer Überproduktion von Nahrungsmitteln werden sprechen können, wäre einer echten, langen Überlegung wert. Ich möchte weiters ausführen, daß uns in Österreich gerade auf dem Gebiet der marktgerechten Erzeugung doch einige Erfolge beschieden waren. Die Umstellung von der Milch- auf die Fleischproduktion, auf die Rindfleischproduktion, die vor allem deshalb erwünscht ist, weil in der EWG ein jährlicher Zuschußbedarf in der Größenordnung von 500.000 t Rindfleisch besteht und wir hier echte Absatzchancen haben, ist einigermaßen befriedigend in Österreich vor sich gegangen. Sollte es in der Frage eines Vertrages zwischen Österreich und der EWG zu einer Lösung kommen, wir haben momen-

tan doch einige berechtigte Hoffnungen, daß es dazu kommt, so wird besonders in den Grünland- und Bergbauerngebieten eine echte Erleichterung eintreten, wobei wir allerdings der Erzeugung entsprechender Qualität höchstes Augenmerk zu schenken haben werden. Die Überschüsse auf dem Konsumweizen Sektor werden uns auch in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bereiten. Immerhin erzeugen wir in Österreich noch um 200.000 t Weizen mehr als wir für den menschlichen Konsum verbrauchen. Während die innerhalb von zwei Jahren erfolgte Schließung der Futtermittellücke gelungen ist in einem Ausmaß, wie wir es selber nicht für möglich gehalten haben, ist auf dem Gebiet des Konsumweizenanbaues in den nächsten Jahren mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen. Wir Bauern haben im Hinblick auf die Erfolge gerade in der Schließung der Futtermittellücke die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner-Blazizek anlässlich seiner Steiermarkgespräche in Friedberg als besonders störend empfunden. Die Neue Zeit vom 18. November 1969 schreibt unter dem Titel „Gezielter Wandel im Interesse der Landwirte“: „Schachner sagt bei seinem Steiermarkgespräch in Friedberg: Die österreichische Landwirtschaft könne und müsse endlich die notwendigen Strukturwandlungen in Angriff nehmen. Es sei ein Anachronismus, daß Österreich noch immer nahezu 80 % seiner Futtermittel importieren müsse.“ Das steht in der Neuen Zeit vom 18. November 1969 und ich habe dies echt bedauert. Ich habe vor allem nachgedacht darüber und bin zu dem Schluß gekommen, in diesem Artikel müsse ein Fehler sein. Das war aber kein Druckfehler. (Abg. Zinkanell: „Das war ein Irrtum!“ — Abg. Dr. Klausner: „Das ist das Gleiche, wie die Autobahn-Meldung in der Tagespost und in der Kleinen Zeitung. Ungenau und unrichtig!“) Aber Herr Doktor, auch die Autobahnmeldung ist aufgezeigt worden und ich nehme für mich das gleiche Recht in Anspruch.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek hat hier von einem Anachronismus gesprochen. Ich bin der Sache nachgegangen und die Statistiken sind gar nicht so weit zurück zu verfolgen, wo Österreich 80 % seiner Futtermittel eingeführt hatte, wobei ich aber noch so weit gehe, unter Futtermittel nur die Getreide- und Ölkuchen zu verstehen. Futtermittel im weiteren Sinne des Wortes sind ja auch die Grundfuttermittel, die wir selbst erzeugen. Schon im Jahre 1937, meine Damen und Herren, also zu einem Zeitpunkt, der mehr als 30 Jahre zurückliegt, hat Österreich 65,6 % des Gesamtverbrauches an Futtermitteln selbst erzeugt. Ich habe festgestellt, daß wir im Jahre 1950 auf 63 % im Jahre 1965 auf 70 % im Jahre 1967 auf 77 % und im Jahre 1968 auf 83,6 % gekommen sind. (Abg. Pölzl: „Wer ist denn der Landwirtschaftsberater des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner-Blazizek?“) Ich habe mir wirklich gedacht, da hat Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek versäumt, den Kollegen Zinkanell mitzunehmen, sonst wäre ihm das nicht passiert! (Abg. Nigl: „Da siehst Du, was man der ‚Neuen Zeit‘ glauben kann!“ — Abg. Heidinger: „Das war ein Druckfehler!“) Wie immer dem auch

sei, wir legen von der landwirtschaftlichen Seite her wirklich großen Wert darauf, daß wir bei den uns bevorstehenden Problemen auch das Verständnis der Allgemeinheit haben. Wir sind sehr froh als Bauern und als Landwirte, daß wir dieses Verständnis in weitgehendem Maße und in einem von uns oft gar nicht erwartetem Maße in großen Kreisen der Bevölkerung vorfinden, die politisch vielleicht in einem anderen Lager stehen. Ich komme aus dem obersteirischen Industriegebiet und muß wirklich erwähnen, daß diese Industriearbeiterschaft, auch wenn sie in Eurem Lager steht, meine Herren von der linken Seite, die Leistungen zu würdigen weiß und auch die echten Probleme versteht, die wir haben (Abg. Brandl: „Der Wirtschaftsbund ist ja viel schwieriger!“) Ich meine, daß gerade im Hinblick auf dieses für uns so wünschenswerte Verständnis das Gespräch in einer anderen Form hätte in der Neuen Zeit gebracht werden können, da natürlich auch die Aussage des Ersten Landeshauptmannstellvertreters und Vorsitzenden ein Gewicht hat und die Menschen sich ja aus dieser Zeitung informieren. Es ist sicher der Sache nicht gedient, wenn dies in einer solchen Form gebracht wird und wir würden sehr froh sein, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn dies ein Druckfehler sein sollte, wenn dieser doch in der entsprechenden Form berichtigt würde. (Abg. Pölzl: „Aber nein, das hat doch mit der Doppelzüngigkeit etwas zu tun! Ist ja kein Druckfehler!“)

Meine Damen und Herren! Gerade auf dem Gebiet des Futtergetreides sind uns im heurigen Jahr besonders imponierende Erfolge im Hinblick auf die marktgerechte Erzeugung beschieden gewesen. Diese Erfolge waren nur durch das gute Zusammenwirken aller Beteiligten möglich. Und ich meine, daß wir hier vielleicht auch zum ersten Mal die Auswirkung der besseren Ausbildung unserer bäuerlichen Bevölkerung in sehr positiver Hinsicht zu spüren bekommen haben. Die vor uns liegenden Aufgaben bedingen eine entsprechende Aus- und Weiterbildung, wobei wir Wert darauf legen zu sagen, daß wir unter Bildung nicht nur das Erlernen dessen verstanden wissen wollen, was wir heute brauchen. Bildung muß auch in der Landwirtschaft so weitgehend sein, daß die laufend notwendige Anpassung und Umstellung, eine der Hauptvoraussetzungen für das Wachsen des Bruttonationalprodukts, möglich gemacht wird. Wir danken in diesem Zusammenhang im besonderen dem zuständigen Referenten, Herr Landesrat Dr. Niederl, für seine zielführende Arbeit, mit der er die Voraussetzungen schafft, daß in unseren Landwirtschaftsschulen die Grundausbildung und in der Kammer für Land- und Forstwirtschaft die laufend notwendige Beratung erfolgen kann. Daß wir auch weiterhin den Tisch unseres Volkes mit dem Notwendigen und auch mit dem Guten decken, betrachten wir als unsere Aufgabe und werden nicht müde werden, bei der gesamten Bevölkerung und auch in diesem Hohen Hause um das notwendige Verständnis dafür zu werben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Buchberger hat als nächster Redner das Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Zinkanell.

Abg. Buchberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Herr Präsident hat bereits vor der Mittagspause angekündigt, daß als erster Redner Koiner, als zweiter Buchberger und als dritter Zinkanell hier an das Rednerpult treten wird. Ich kann seine Ausführungen gar nicht erwarten, weil ich weiß, daß er vor nicht allzu langer Zeit auf großer Reise Richtung Brüssel unterwegs war, und er wird uns sicherlich so manches zu erzählen haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ist das verboten?“) Ich bin zwar keine Hellseher, aber ich setze fast mit Sicherheit voraus, daß auch unser Kollege Zinkanell, obwohl er die Initiativen und die Tätigkeit unserer Agrarführung sehr gut kennt, sicherlich so manches Wort an Kritik üben wird. (Abg. Zinkanell: „Nicht ausgeschlossen!“) Hoffentlich ist sie nicht allzu negativ. Wir haben gerade in letzter Zeit Aussagen von seiten der Arbeiterkammer auf Bundesebene erlebt, wo offen im Fernsehen behauptet wurde, daß die gesamte österreichische Agrarpolitik als total verfehlt zu bezeichnen ist. Ich muß ganz ehrlich sagen, man müßte, lieber Freund und Kollege Zinkanell, die Möglichkeit wahrnehmen, um diese Leute über die tatsächliche Arbeit und Tätigkeit unserer Agrarführung entsprechend aufzuklären. Wenn du schon, lieber Kollege Zinkanell, nicht die Möglichkeit hast, das zu tun, so möchte ich heute hier an dieser Stelle die Gelegenheit wahrnehmen, um einiges aufzuzeigen, was in bezug auf eine positive Agrarpolitik in den letzten Jahren oder Jahrzehnten geschehen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade wir in der Steiermark, und das darf ja nicht übersehen werden, haben es ja immer wieder in bezug auf die Agrarpolitik mit echten Schwierigkeiten zu tun, weil gerade die Betriebsstruktur bei uns in Österreich und vor allem in der Steiermark als sehr schwierig zu bezeichnen ist. Wir haben auf der anderen Seite den Vorteil, daß unsere klimatischen Voraussetzungen mit Ausnahme des nördlichen Teiles unseres Landes Steiermark als sehr gut und positiv zu bezeichnen sind. Gerade diese klimatisch günstigen Voraussetzungen haben es in den letzten Jahrzehnten mit sich gebracht, weil die Fruchtbarkeit so gut war, daß sie vielfach auch die kleinen Betriebe sehr vielseitig in ihrer Betriebsführung orientiert haben. Es war daher schon vor einigen Jahren der erste Schritt unserer Agrarführung, einmal auf eine entsprechende Typenbereinigung innerhalb unserer agrarischen Fruchtfolgen und Sparten hinzuweisen. Gerade in dieser Frage wurde bereits bei der Gründung der Umstellungsbetriebe in der Steiermark der erste positive Akt gesetzt, Umstellung in den bergbäuerlichen Betrieben. Es war auch in den bergbäuerlichen Regionen so, daß neben der Viehwirtschaft, der Milchwirtschaft und der Forstwirtschaft die verschiedensten Sparten der Landwirtschaft betrieben wurden. Auf Grund einer intensiven Beratung und einer festen Organisation in den letzten Jahrzehnten im Rahmen der Umstellungsorganisation in unseren Bergbauerngebieten war es möglich, hier eine entsprechende Vereinheitlichung unserer einzelnen Sparten in den Betrieben durchzuführen. Es muß

hier offen gesagt werden, daß gerade diese Art und Form der Beratung im Rahmen der Umstellungsbetriebe von sehr positiver Tätigkeit begleitet war. Es ist in den letzten Jahrzehnten gelungen, daß gerade in diesen Gebieten nur mehr auf die Viehwirtschaft, auf die Milchwirtschaft, auf die Forstwirtschaft und in letzter Zeit auf den Fremdenverkehr hin spezialisiert wurde. Es ist uns zum Großteil gelungen, verschiedene Sparten von oben weg und verschiedene Sparten von unten in die Bergbauerngebiete hinaufzubringen. Natürlich war unsere Aufgabe in der weiteren Folge unserer Tätigkeit die, daß wir auch im südlichen Teil unseres Landes auf diese Spezialisierung hingeeilt haben. Es ist ja nicht unbekannt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gerade in der letzten Zeit auf diesem Gebiete sehr Positives geschehen ist. Es darf auch nicht übersehen werden, daß gerade im Hinblick auf die noch offenen Importlücken man in den letzten Jahren versucht hat, diese zu schließen. Wir haben hier mit echten Erfolgen aufzuwarten. Wenn ich daran denke, daß vor 10 Jahren noch um 500 Millionen Schilling Mais aus dem Ausland importiert werden mußte und wir jetzt miterleben konnten, daß wir zur Gänze von Maisimporten aus dem Ausland unabhängig geworden sind, ja sogar, daß wir fast sagen können, wenn die Entwicklung so weitergeht, haben wir im nächsten Jahr mit leichtem Überschuß zu rechnen. Diese ad-hoc-Situation und Entwicklung auf dem Maissektor hat zuerst zu Befürchtungen Anlaß gegeben, aber auf Grund der Initiative unserer Genossenschaften und auch der privaten Betriebe — ich denke hier an die Mühlenbetriebe des Raabtales — war es möglich, diese Maisernte unter Dach und Fach zu bringen.

Vielleicht eine zweite nicht uninteressante Sparte ist der Gemüsesektor. Wir waren in den letzten Jahren noch weitgehend von Importen abhängig. Auch hier ist es uns gelungen, auf Grund intensiver Beratungen den Gemüsebau weitestgehend im südlichen Teil unseres Landes forcieren zu können. Beim Obst — ich bin selber von den Äpfeln irgendwie belastet — ist auch eine sehr positive Aufwärtsentwicklung festzustellen. Seinerzeit war der steirische Apfel ein Weltbegriff. Infolge der Kriegswirren ist er total am Boden gewesen. Es war in den letzten Jahren auf Grund der intensiven Aufbauarbeit unseres Landes und der Kammer möglich, wiederum dem steirischen Apfel seine entsprechende Geltung zu verleihen. Wenn ich an den Geflügelsektor denke — auch hier eine Entwicklung, die vor zehn Jahren noch nicht abzusehen war. Also eine sehr positive Entwicklung in all diesen Fragen.

Gerade diese Spezialisierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt weitgehend den kleinbäuerlichen Betrieben zugute. Die Aufgabe der Agrarführung in der Steiermark ist es selbstverständlich, daß wir uns natürlich auch der Fragen der größeren Betriebe annehmen, aber daß wir uns konzentrieren auf die Sorgen und Nöte des kleinbäuerlichen Betriebes. Wir reden sehr oft davon, daß wir nach Möglichkeiten suchen müssen, um dem kleinbäuerlichen Betrieb entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen ja, wie schwierig es immer wieder ist, gerade in dezentra-

len Gebieten mit Betriebsgründungen aufwarten zu können. Auf Grund dessen sind wir echt bedacht, verschiedene Spezialkulturen in die kleinbäuerliche Betriebsstruktur hineinragen zu können. Mein Freund Koiner hat sehr ausführlich auch die Frage des Mansholt-Planes behandelt. Gerade in dieser Frage, das hat auch Koiner bestätigt, ist es ja nicht so, daß wir uns den Intentionen, die vom Westen herkommen, total verschließen. Wir wissen genau, daß wir uns selbstverständlich mit diesen Dingen auseinandersetzen haben. Wir wissen genau, daß im westeuropäischen Raum zur Zeit der Mansholt-Plan heftig diskutiert wird. Obwohl sich die meisten, um nicht zu sagen alle Agrarvertretungen dieser Länder zum bäuerlichen Familienbetrieb bekennen, wird es im Zuge dieser weltweiten Entwicklung nicht zu verhindern sein, daß sich neue agrarische Formen auch bei uns bis zu einem gewissen Grade durchringen. Wir alle kennen diese Entwicklung und wissen, daß auch unser Land nicht von einem unüberbrückbaren Zaun umgeben ist und als Reservat geschont und unberührt bleibt. Es gilt daher, den kommenden Dingen ins Auge zu sehen. Die ungünstige Agrarstruktur ist in der steirischen Agrarwirtschaft und in der steirischen Landwirtschaft eines der Hauptprobleme. 65 % aller landwirtschaftlichen Betriebe sind kleiner als 10 ha und weitere 18 % weisen eine Größe von 10 bis 20 ha auf — insgesamt 83 % aller landwirtschaftlichen Betriebe sind kleiner als 20 ha, das heißt, daß die Mehrzahl der steirischen Betriebe als bodenarm zu bezeichnen ist, ihr Einkommen ist auch dementsprechend unbefriedigend. Kleinere Betriebe werden sich daher in Zukunft nur durch Anbau von Sonderkulturen halten können. Sind aber wegen der ungünstigen Lage diese nicht zu betreiben, so müssen künftig vor allem die Betriebsführer solcher Betriebe Ausschau nach einem Nebenerwerb halten. Den jungen Leuten und künftigen Erben solcher Landwirtschaften muß daher immer wieder empfohlen werden, sich auf diese weitere Umwälzung vorzubereiten, einen den persönlichen Fähigkeiten entsprechenden handwerklichen oder gewerblichen Beruf zu erlernen und hauptberuflich als Facharbeiter in Gewerbe und Industrie oder nach Absolvierung einer höheren Schule als Lehrer in den Elementar- und Fachschulen, als leitender Mitarbeiter im öffentlichen Leben, als Agraringenieur im Kammerdienst und Versuchswesen oder als Beamter bei diversen Körperschaften tätig zu sein und seine spezialisierte kleinere Landwirtschaft oder seinen viehlosen und größeren Ackerbaubetrieb nebenberuflich weiterzuführen. Eine solche Umstellung wird mit Sicherheit zur Folge haben, daß auch die Mobilität von Grund und Boden gefördert und somit eine Aufstockung bodenhungeriger Betriebe erleichtert wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die steirische Agrarführung, unser verehrter Referent für die steirische Landwirtschaft, die Führung unserer Kammer sind echt bemüht und bestrebt, den Leuten die Situation vor Augen zu führen und wir werden bei jeder Gelegenheit eben auf diese kommenden Dinge verweisen; ich sage immer wieder, die Offenheit, mit der wir vor die Öffentlichkeit treten, die wird einmal mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen werden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Nach Herrn Abg. Zinkanell, dem ich jetzt das Wort erteile, spricht Herr Abg. Karl Lackner.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Sie werden hoffentlich nichts dagegen haben, wenn ich mich vorerst . . . (Landeshauptmann Krainer: „Wenn wir auch was dagegen hätten, würde es nichts nützen!“) mit dem Agrarteil des Budgets auch ein bißchen befasse, was meine beiden Voredner an sich nicht konkret getan haben. (Abg. Pözl: „Das ist kleinkariert, sagt der Bürgermeister Götz!“) Ich habe nur gesagt, daß ich mich damit befassen möchte, wie Sie das karieren, Kollege Pözl, ist Ihre Angelegenheit, das ist nicht meine Sorge.

Ich möchte feststellen, daß die 235 Millionen Schilling, die im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag für 1970 für die Landwirtschaft vorgesehen sind, einen ganz beträchtlichen Betrag darstellen, mit dem man ohne Zweifel in der Landwirtschaft einiges Positive tun kann. Der Abschnitt 73, die Förderung der Landwirtschaft, beinhaltet 107,8 Millionen Schilling, der Abschnitt 74, die Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft, immerhin auch 51,7 Millionen Schilling. Wenn man aus dem Abschnitt 73 die Posten herauszieht, die geeignet sind, um Beihilfen an Einzellandwirte zu geben, so macht das immerhin 47 Millionen Schilling aus und ist fast die Hälfte des Gesamtbetrages des Abschnittes 73. Ob das — und da kommt schon meine erste Kritik bzw. meine erste zweifelnde Frage — die Schwerpunktbildung ist, von der wir in der Landwirtschaftskammer und auch hier im Hause gesprochen haben, das muß wohl oder übel bezweifelt werden. Wenn man die Einzelbeihilfenmöglichkeiten mit 47 Millionen Schilling gegenüberstellt dem einen Schwerpunkt in der Landwirtschaft, dem überbetrieblichen Maschineneinsatz mit 350.000 Schilling, so ist das schon ein etwas eigenartiges Bild, umsomehr als die 350.000 Schilling aufzuteilen sind auf die Maschinenringe, auf die Maschinenhöfe und noch auf andere landwirtschaftliche technische Förderung. Ein Schwerpunkteffekt, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann in dieser Sache wirklich nicht mehr drinnen sein. (Abg. Maunz: „Der böse Finanzreferent hat das so schlecht finanziert!“) Wieso „böser Finanzreferent“? Herr Kollege, das geht ganz daneben, weil das ausschließliche Anliegen des ressortzuständigen Landesrates ist und ich möchte noch eines sagen, ich wollte dies ohnehin anschließend sagen: Ich vermute ja, daß er als Agrarpolitiker — ich will ihn nicht streicheln, ich weiß nicht, ob es ihm guttut — meines Erachtens wahrscheinlich gegenüber dem Bauernbund nachgeben müssen. Das ist meine Auffassung. (Abg. Pözl: „Der arme Landesrat Nieder!“) Aber daß man es richtig versteht, meine Damen und Herren, ich möchte hier ganz klar herausstellen, daß wir selbstverständlich für Beihilfen in Not- und Katastrophenfällen sind, damit nicht Sie oder irgend jemand draußen womöglich hergehen und sagen, aha! die bösen Sozialisten wollen keine Beihilfen mehr geben. Das ist ganz etwas anderes! (Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Es könnte ja auch sein, daß

die ‚Neue Zeit‘ einmal was Falsches schreibt!“) Ja, das könnte auch sein, das könnte passieren, Herr Bürgermeister.

Aber nur zur eindeutigen Klarstellung: Für solche Beihilfen haben wir das größte Verständnis, aber man muß sich doch wirklich fragen, warum man nicht etwas (mehr schwerpunktmäßige) Dotierung praktiziert hat. Die Meinung, die ich dazu habe, habe ich bereits gesagt, nämlich daß ich fürchte, daß die Agrarpolitiker — wobei ich nicht nur den Herrn Landesrat damit meine, sondern auch einige der anderen Herren — von den bauernbündlerischen Parteipolitikern majorisiert worden sind, weil sie höchstwahrscheinlich auf die Einzelbeeinflussung besonders zu gewissen Zeiten nicht gerne verzichten möchten. (Abg. Koiner: „Geht es Dir in Deiner Partei so?“) Nein, das hat mit meiner Partei gar nichts zu tun. Es geht im Moment nur um den Bauernbund.

Eine ähnliche Feststellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß man auch bei der schwankenden Erzeugermilchpreissache herausstellen. Es ist immer wieder passiert, daß der Erzeugermilchpreis heruntergeht, auch zu einer Zeit, wenn der Konsument mehr bezahlen muß — bis zu 4.80 Schilling herauf —; kommen wir aber in die Nähe von Wahlen, dann hat der Erzeugermilchpreis die interessante Tendenz, wieder zu steigen und der sogenannte „Absatzförderungsbeitrag“, in „Krisengroschen“ umgetauft, wird reduziert, auch dann noch, wenn man feststellt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Milchstrom inzwischen bereits wieder im Steigen begriffen ist. (Abg. Buchberger: „Jetzt hat der Agrarpolitiker Zinkanell Parteipolitik betrieben!“) Wie Du willst, Kollege Buchberger, aber es ist auch eine Tatsache und ich wäre wahrscheinlich ein sehr schlechter Parteipolitiker, wenn ich diese Tatsachen, die Euch ein bißchen auf den Kopf fallen, nicht erwähnen würde. (Beifall bei der SPÖ.)

(Präsident Dr. Heidinger: „Reden wir über die Molkereiarbeiter!“) Können wir auch reden, Herr Präsident, es ist vielleicht ein ganz interessantes Thema. Aber darf ich doch zuerst ein bißchen so ungefähr wenigstens — ich will mich nicht sklavisch daran halten — nach dem Konzept zur Milch etwas sagen und zu der Meinung, daß es schwankt. In Zwischenwahlzeiten geht der Milchpreis hinunter, und vor Wahlzeiten hinauf. Ich habe hier den Auszug aus der Zeitung „Die Presse“, die, wie Sie wissen, von der Bundeswirtschaftskammer ziemlich stark beeinflußt ist. Die haben auch ihre Meinung dazu bekanntgegeben. Sie schreiben: „Tödlich getroffen!“ Ein furchtbarer Titel, so schlimm ist es dann wieder nicht. „Der Landwirtschaftsminister Schleinzer, der mit offenem Visier gegen die Milchflut angerückt war, hat am Donnerstag (das war im September, also keine Ewigkeit her) diesen Kampf verloren. Der Pfeil, der ihm sein Streitroß, den Krisengroschen, gleichsam unter dem Sattel weg-schoß, kam aus den eigenen Reihen. (Abg. Brandl: „Hört, hört!“) Wohl hat er noch im Juli mit dem Hinweis, die Zahlen, die von einer wesentlichen Verringerung der Milchlieferung sprechen, trügen, dies zu verhindern gewußt. Aber mit dem Na-

hen des Termins für die Landtagswahlen in Niederösterreich stopften die Männer im grünen Dress — da meint man offenbar die Bauernbundfunktionäre — immer mehr Pfeile in ihre Köcher.“ (Abg. Nigl: „Das ist ja eine Karl-May-Geschichte!“) Aber immerhin auf der ÖVP-Seite, Kollege Nigl.

„Die Präsidenten der Landwirtschaftskammern haben mit ihrem Beschluß, den Krisengroschen für einen Teil überhaupt aufzuheben und für den Rest auf einen Alibisatz zu beschränken, einen Mann desavouiert, von dem sie erwarten, daß er ihre Schlacht um einen größeren Happen am Budget erfolgreich schlagen wird. Er wird diesen Gang ins Finanzministerium nun zu Fuß antreten und nicht als ritterlicher Kämpfer auftreten können.“ Es war jedenfalls, steht da noch, ein Pyrrhus-Sieg. Und das wollte ich Ihnen auf gar keinen Fall vorenthalten, weil sie vielleicht übersehen haben, es in der Presse zu lesen. (Präsident Dr. Heidinger: „Aber das war nicht die Presse, aus der Sie vorgelesen haben!“) Das ist eine wörtliche Wiedergabe aus dem Artikel der Presse, Herr Präsident, ich stelle sie Ihnen zur Verfügung, damit Sie ja nicht glauben, daß ich hier eine Fälschung betreibe. (Abg. Pözl: „Das ist eine sozialistische Zeitung!“) Eine wörtliche Wiedergabe. (Präsident Dr. Heidinger: „Ich lese die Presse jeden Tag, die ist größer!“) Das ist nur der Artikel, Herr Präsident. Ich kann nicht die ganze Presse abdrucken, das ist ja nicht notwendig. Es war der für uns interessante Artikel, und da ist nur nebenbei — daß wir das auch noch festhalten — drinnen, daß einige Verantwortliche diese Geschichte mit ihrem Gehen bezahlen sollen. Ich darf dazu sagen, einige der Verantwortlichen gehen ja wirklich, wie Sie wissen, aber das Milchproblem bleibt uns erhalten. (Abg. Buchberger: „Das Milchproblem ist nirgends so gut gelöst wie in Österreich, das mußt Du zugeben!“) Kollege Buchberger, das wäre ganz schön. Aber im Grünen Bericht bzw. auch im Budget für die Landwirtschaft ist vorgesehen, daß dieselben Mittel, die für 1968 aufgewendet wurden, wo wir die größte Kalamität gehabt haben, auch für 1970 bereitgestellt werden, weil man dieselbe Kalamität erwartet. Und Ihr tut Euch jetzt ein bißchen in den Sack lügen, damit die Hinuntersetzung des Krisengroschens und die Hinaufsetzung des Milchpreises einigermaßen begründet erscheint. (Abg. Buchberger: „Wir haben doch keine Überproduktion mehr!“) In Wirklichkeit ist das jetzt nicht mehr zutreffend. Ich möchte hier vielleicht noch eines zur Klarstellung sagen: Wir Sozialisten sind hier im Hause, auch in der vorjährigen sehr hitzigen Milch- und Landwirtschaftsdebatte, und in der Landwirtschaftskammer vom Anfang an nicht der Meinung gewesen, daß der Krisengroschen die am besten mögliche Art ist, den Milchstrom zu regulieren, weil dieser Krisengroschen die Bergbauern und die kleinen Bauern, die nur Milch liefern können, genauso trifft wie die anderen, die er treffen könnte. Aber unsere Meinung ist ja nicht gehört worden. Wir haben hier ganz konkrete Vorschläge gebracht, wie man die Dinge anders lösen könnte. Fest steht nur, man will jetzt diesen Krisengroschen wieder erhöhen. Wir waren vom Anfang an nicht dafür. Aber Sie betreiben mit dem Krisengroschen ein wahl-taktisches Spiel. Das muß man feststellen. Das kann

man Ihnen nicht schenken. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Sie sind ein bisserl ein Schwarzseher!“) Weil ich auf die rechte Seite schaue, Herr Kollege? (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Schaller: „Ihre Prognosen haben sich im Vorjahr auch nicht bewahrheitet!“) Na ja, warten wir ab, Kollege Schaller. Ich habe ja gesagt, jetzt ist das ein bißchen schön gefärbt, und ich wäre ja froh, wenn es sich nicht bewahrheiten würde. Aber ich fürchte, daß die Fachleute im Landwirtschaftsministerium, die vorbereiten, daß dasselbe Geld wie für 1968 auch für 1970 zur Verfügung steht, sehr wohl wissen, was nach dem 1. oder 15. März auf uns hereinströmen wird. Die Milchflut wird möglicherweise eine Springflut werden. (Abg. Pözl: „Aus dieser Milch wird die Butter gemacht, die ihr auf den Köpfen haben werdet!“)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einen gewissen Trost spenden, es ist von den beiden Vordnern bereits gesagt worden, daß auch die EWG mit dem Milchproblem kämpft und daß man dort auch mit dem Butterberg — wenn ich sage auch, ist es vielleicht nicht ganz richtig, ich korrigiere mich sofort — jetzt ganz besonders mit dem Butterberg kämpft. Sie wissen wahrscheinlich, daß sie bei 430.000 Tonnen Lagerbutter sind und daß die äußerste Lagerkapazität, die die EWG-Länder aufzutragen haben, beiläufig 450.000 Tonnen ist und daß sie in Kürze, wenn nicht schon nächste Woche, bereits bei dieser äußersten Kapazität angelangt sind und nun nicht wissen, wie man aus dieser unguuten Sache herauskommt. (Landeshauptmann Krainer: „Im Winter wird weniger Milch erzeugt!“) Vielleicht rettet das die EWG vor besonderen Schwierigkeiten, Herr Landeshauptmann, aber der Winter dauert nicht übermäßig lange. Im März schaut es schon wieder anders aus. Das wollte ich jedenfalls auch feststellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und vielleicht noch eines dazu: Der Kollege Koiner hat ja mit einer gewissen Freude darauf hingewiesen, und auch der Kollege Buchberger, daß jetzt Gespräche zwischen Österreich und der EWG im Gange sind. Ich freue mich auch darüber. (Abg. Maunz: „Das ist kein Nachteil!“) Ich hoffe nicht. Und ich möchte doch feststellen — auch ein bißchen Parteipolitik, Sie erlauben mir das ja —, daß, seit die Sozialdemokraten in Deutschland mit den Freiheitlichen die Regierung bilden — wobei Sie ja wissen, daß die Sozialdemokraten einiges Übergewicht dabei haben — sind in der EWG die Gespräche nicht nur für Österreich, sondern auch für England erst richtig in Gang gekommen. Das, glaube ich, werden Sie ja nicht bestreiten. (Beifall bei der SPÖ — Landeshauptmann Krainer: „Ihr könnt doch nicht Propaganda für den Brandt machen, dann wird er ja nicht gewählt!“) Aber der Brandl darf, das klingt ähnlich. (Abg. DDr. Götz: „Weil der De Gaulle weggegangen ist!“) Herr Bürgermeister, ich stelle gerne fest, daß auch das Weggehen des alten Herrn De Gaulle eine gewisse Erleichterung bei diesen Dingen gebracht hat. Aber trotzdem wollen wir die Leistungen des Kanzlers Brandt nicht zurückstellen, ich glaube, das ist auch gar nicht notwendig. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist eine verständliche Sympathie, die dürft ihr nicht bestreiten!“ — Abg. Buchberger: „In bezug auf die kleine Koalition kann sich bei uns auch noch etwas entwickeln!“) — Ich

hätte nichts dagegen, ehrlich gestanden. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, soll ich als Sozialist etwas dagegen haben, daß sich eine kleine Koalition mit uns findet? Nur muß ich ehrlich sagen, daß man bisher, Herr Bürgermeister, Sie wissen schon, nachdem Sie ein hoher Funktionär in dieser Partei sind, leider Gottes aus den Reaktionen einiger Herren der freiheitlichen Seite diesen Eindruck nicht hat gewinnen können, daß sie unter Umständen bereit wären, mit den Sozialisten eine kleine Koalition zu bilden. Aber das ist nicht meine Angelegenheit. (Landesrat Sebastian: „Die sind schon verkauft!“) Was Herr Landesrat sagt, möchte ich nicht behaupten, denn es könnte sein, daß eine Sinnesänderung noch möglich ist. Aber bitte, meine Herren, tun Sie mich nicht auf das Geleise schlechter Bundespolitik führen, denn ich bin dazu nicht kompetent, das möchte ich ganz deutlich herausstellen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wird schon noch werden!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Sie kommen bei uns auch noch zu einem Brandtschaden!“) . . . zu einem „Brandtschaden“ — es kann höchstens zu einem Dachscha-den kommen! Wir wollen dies alles aber nicht allzu sehr von der heiteren Seite nehmen, denn in diesen Dingen sind einige ernste Aspekte enthalten. (Abg. Pözl: „Ich dachte, wir sind bei der Milch!“) Ja, dankeschön, aber ich bin schon daran vorbei, Kollege Pözl, ich bin bereits so weit, dem Hohen Haus keine Neuigkeit zu sagen, aber immerhin festzustellen, daß man sich natürlich auch trotz der Gespräche, über die ich mich freue, von der EWG keine Wunder erwarten kann, denn auch sie kocht mit Wasser, allenfalls aber mit Milch. Sie wissen sehr genau, daß die EWG-Generaldirektion und die EWG-Landwirtschaftsminister gerade auch in diesen Tagen dabei sind, um brauchbare Lösungen zu suchen, die sicher auch für uns in Österreich von einer eminenten Bedeutung sind, und Sie wissen auch — und ich muß hier nicht von unserer Reise nach Brüssel erzählen, ich habe mich bisher nicht damit gebrüstet und will es auch heute nicht tun — daß . . . (Zwischenruf des Abg. Ritzinger).

Darf ich auf diese Frage vielleicht eines sagen: Es war ein hochinteressantes, ein sehr ernstes und gutes Gespräch, Kollege Ritzinger; daß wir nicht die EWG umkrempeln und daß die EWG nicht uns und unsere Meinungen umkrempelt, die auch dahin gehen, daß man den Mansholt-Plan, der meistens völlig falsch zitiert wird, ad hoc anwenden könnte, liegt ja von vorne herein in der Natur der Sache. Wenn ich noch eines dazu sagen darf, wir haben sehr wohl die Gelegenheit benützt, um mit Mansholt über die österreichischen landwirtschaftlichen Probleme zu reden und haben auf die Schwierigkeiten hingewiesen, daß auf Grund unserer Struktur, die Sie, meine Herren, in den letzten zehn Jahren nicht übermäßig geändert haben, nicht Wunder zu vollbringen seien. (Abg. Buchberger: „Wir haben ja ein Demokratie! Wir können ja nicht mit Gewalt Betriebe liquidieren!“ — Abg. Pözl: „Oh, die Sozialisten können das schon!“) Darüber reden wir noch. Ich sage Ihnen damit keine Neuigkeit, wenn ich darauf hinweise, daß draußen die Hauptsorge die Umstruktuiierung ist, daß man der Umschulung die größte Aufmerksamkeit zuwendet — Umschulung und Umstruktuiierung mit den Wirkungen außer-

halb der Landwirtschaft und auch innerhalb der Landwirtschaft, um die bisherige Abwanderung, die ja nichts Neues ist, in überschaubare Bahnen zu bringen. Wenn ich nun noch ein Wort über Mansholt sagen darf: Ich habe erstens einen außergewöhnlichen persönlichen Eindruck von ihm als Mensch gewonnen und zweitens darf ich sagen, daß er auf Grund der Entwicklung in den letzten zehn Jahren, die ohne Mansholt-Plan vor sich gegangen ist, wenn auch dieser Plan nur eine Diskussionsgrundlage, ein Diskussionspapier ist, daß er als einer der ersten sich den Kopf zerbrochen hat, wie man wenigstens in den nächsten zehn Jahren diese Überschwemmung, die aus der Landwirtschaft förmlich in andere Bereiche herausquillt sowie die Überschwemmung der Überproduktion in vernünftige menschliche und soziale Bahnen und Kanäle leiten kann. Bisher haben wir die Abwanderung und diese Angelegenheiten ungeregt erlebt und Mansholt zerbricht sich darüber den Kopf, wie man diese regeln könnte und wird dafür förmlich als „Bauernfresser“ und als Teufel, der die Bauern mitpacken will, hingestellt. Ich möchte dies sagen, ohne ihn damit verteidigen zu wollen. (Abg. Trummer: „Ich habe immer geglaubt, Du bist für die Kleinen! Ich bin Kleinbesitzer. Mansholt wird unser Schicksal nie lösen! Es ist traurig, daß wir Steirer zum Mansholt laufen müssen, um unsere Probleme zu lösen!“) Meine Damen und Herren, Herr Kollege Trummer ist mir ein lieberer Kollege und ich nehme seinen Einwand gerne zur Kenntnis, doch er geht an den Dingen ein bißchen vorbei. Meine Damen und Herren, ich brauche Sie bestimmt nicht zu belehren und will es auch gar nicht, Sie alle wissen, daß auch bei Mansholt, bei der EWG sowie bei Ihnen und bei uns — und Kollege Buchberger hat gerade etwas vorgelegen, was — bitte nicht böse sein, es ist nicht abgeschrieben, aber wörtlich im Wirtschaftsprogramm der Sozialisten steht, das seit 1967 in Wirksamkeit und bekannt ist. Jetzt möchte ich aber Kollegen Trummer antworten; Herr Landeshauptmann: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir, so wie Sie, so wie Mansholt, natürlich bei den Kleinen die Sorge haben, wie sie sich durch Spezialisierung einerseits und durch einen Nebenberuf andererseits über Wasser halten. Das hat Kollege Buchberger gesagt und das steht in unserem Wirtschaftsprogramm. (Unverständliche Zwischenrufe — „Sie haben gesagt, es ist abgeschrieben!“) Das habe ich nicht behauptet! Ich habe nicht behauptet, daß es abgeschrieben wurde, aber es ist fast wörtlich dasselbe. Wenn Sie Lust hätten, ich würde Ihnen einige Seiten daraus vorlesen, aber ich will Sie nicht behelligen, denn ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß wir möglichst vor Mitternacht zu Ende kommen sollten. (Abg. Scheer: „Das ist wichtig! Bleiben wir noch länger sitzen!“) Danke, ich bin nicht überzeugt, daß es so wichtig ist, aber es gehört auch zur Diskussion. (Landesrat Sebastian: „Dann lies einmal das Programm vor!“ — Abg. Stöffler: „Dann lernt Ihr es einmal genau kennen!“ — Landesrat Bammer: „Und nicht falsch zitieren, wie der Herr Abg. Stöffler!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) In dieser Hinsicht, Herr Kollege Trummer, braucht Ihr von dieser Seite und von uns in keiner Weise irgendwelche Sorgen haben.

Ich wollte noch darauf hinweisen bei diesen Strukturänderungen, daß man sich bemüht, kombinierte Aktionen zu setzen, struktur- und sozialpolitischer Art und ich sage Ihnen auch damit nicht neues, daß man mit der Landabgaberechte, auf der anderen Seite mit der Schlachtprämie, den Überschußproblemen in der Landwirtschaft in der EWG beikommen möchte und all das auf völlig freiwilliger Basis erfolgt. Kein Mensch wird gezwungen, wenn ihm die Landabgabepremie geboten wird, sie auch zu nehmen. Er kann sie nehmen oder auch nicht.

Die Leitziffern für die Betriebsgröße oder die Zahl der haltenden Tiere sind natürlich schockierend. Ich darf aber dazu sagen, daß sie für andere Gebiete der Welt förmlich kleinkrämerisch wirken. Auch die Ziffern, die Mansholt als Diskussionsziffern nennt, und mehr als Diskussionsziffern sind sie nicht, meine Damen und Herren. Aber ich darf vielleicht doch dazu sagen, daß Sie selbst bei dieser Frage eine sehr zwiespältige Haltung einnehmen. In Versammlungen und in Ihren Zeitungen wird der Mansholt förmlich als eine Art Bauernfresser hingestellt. (Abg. Buchberger: „Du warst ja noch nie bei unseren Versammlungen!“ — Gelächter bei der OVP.) Dann sind die Berichte, die man über Eure Versammlungen liest falsch. Das kann ich nicht kontrollieren.

Aber bei Tagungen, zum Beispiel in Ischl oder in Linz, wenn man ein bißerl ruhiger beisammensitzt, im stillen Kämmerlein gewissermaßen, nicht so beim Fenster hinaus, gibt es ganz ernste und sehr vernünftige und ernstzunehmende Gespräche. Und nun komme ich auf das, was heute vormittag schon einmal kurz angeklungen ist und was der Kollege Koiner ja bereits dem Herrn Bürgermeister Stöffler widerlegt hat mit seinen Hinweisen auf die Richtzahlen des Grünen Berichtes. Im Grünen Bericht 1968 — das ist ja schon beinahe eine Art Mini-Mansholt-Plan, werden, wie der Kollege Koiner ganz richtig gesagt hat, Richtzahlen für die Betriebsgrößen bis zu 50 ha genannt, und sie haben gleich von ihm gehört — ich bin ihm ja dankbar, weil das mir die Argumentation erleichtert, ich kann auf Zahlen verzichten — wie die Strukturverhältnisse in Österreich sind und daß, wenn ich 50 ha nehme, was im Grünen Bericht steht, 95 oder 96 % der österreichischen Landwirtschaftsbetriebe, Herr Bürgermeister Stöffler, weggelassen werden müssen, wenn man das, was im Grünen Bericht des Landwirtschaftsministeriums steht, als eine absolut gegebene Ziffer hinnehmen müßte. (Abg. Stöffler: „Aber das legen Sie sich so aus, wie Ihr es braucht!“ — Landesrat Bammer: „Wie Sie heute vormittag!“ — Abg. Brandl: „Die Bauernbündler reden!“ — Abt. Stöffler: „Sie wissen ja, daß es falsch ist, das ist eine fade Dialektik!“ — Landesrat Bammer: „Das ist der Nachmittagskaffee!“) Wenn es Ihnen fad vorkommt, ist das Ihre Angelegenheit, aber viel besser war Ihre Dialektik vormittag auch nicht, muß ich sagen. Sie war vielleicht ein bißchen lauter als meine. (Abg. Stöffler: „Aber verstanden haben Sie mich gut, und das freut mich!“) Wie gesagt, Sie sind bereits durch den Kollegen Koiner widerlegt worden, und ich bin gerade dabei, Ihnen den Grünen Bericht ein bißchen nahezubringen, weil ich mir vorstelle, daß Sie sich als Stadtfunktionär mit diesen Dingen weniger

befassen können. Was das für Österreich und die Steiermark bedeutet, brauche ich nun nicht mehr sagen, nachdem das bereits ganz deutlich gesagt wurde.

Aber vielleicht noch eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil es jetzt ein bißchen darauf hinausgeht, daß die Kleinbetriebe zu Nebenerwerbsbetrieben werden in größerem Maße, als das bisher der Fall war. Der Bauernbund hat sich bereits auf diese Situation vorsorglich umgestellt. (Landeshauptmann Krainer: „Der weise Bauernbund!“ — Abg. Buchberger: „Man kann ja nicht alles mit der Parteibrille sehen!“) Kollege Buchberger, ich glaube, gerade das ist von der Parteibrille her gesehen. (Landesrat Bammer: „Der Bauernbund ist doch keine Parteiorganisation!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Herr Landeshauptmann, Sie haben auch ohne Brille sehr gute Augen. (Abg. Pichler: „Seit wann versteht denn der Stöffler etwas von der Landwirtschaft?“ — Abg. Klančnik: „Stöffler-Parole!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie wissen ja alles besser!“ — Abg. Stöffler: „Mehr als Sie glauben. Was ich weiß, das weiß ich!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Entschuldigt, daß ich Euch in Eurem Zwiegespräch störe! Noch im Jahre 1964 bei der Landwirtschaftskammerwahl hat es heftige Diskussionen in der Landwirtschaftskammer gegeben dahingehend, daß man von den Nebenerwerbslandwirten, von denen man annimmt, daß sie zu einem größeren Teil Sozialisten sind, weil sie Arbeiter sind, nichts wissen will. Die Blumentopfbauern, die Goßbauern und die Eisenbahnbauern etc., das waren so die netten Bezeichnungen. (Landeshauptmann Krainer: „Zinkanell, das haben Sie sich träumen lassen. Das ist ein Anachronismus des Arbeiterbauernbundes!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Aber, bitte, bestreitet mir doch das nicht. (Landesrat Sebastian: „Das steht ja im Landtagsprotokoll und ist da festgehalten! Ich kann es Ihnen vorlesen!“ — Landeshauptmann Krainer: „Wer hat denn das gesagt?“) Damals wollte man von diesen Nebenerwerbslandwirten nichts wissen. Man hat gesagt, wir wollen eine Bauernkammer schaffen und diese anderen gehören mehr oder weniger nicht hinein. Im Jahre 1960 haben wir mit dem verflossenen Herrn Unterrichtsminister Doktor Piffl einen schweren Hasard in der Kammer gehabt wegen dieser Frage, weil man mit einer Wahlrechtsänderung die Kleinen ausschalten wollte. Heute aber — und das darf ich Ihnen nicht vorenthalten, weil es vielleicht auch einige übersehen haben — steht der Bauernbund in dieser Frage der Nebenerwerbslandwirte ganz anders. (Abg. Prenner: „Für wen sind Sie jetzt, für die Kleinen oder für die Großen?“) Für die Nebenerwerbslandwirte lese ich jetzt etwas vor, Kollege Prenner, ich kann es Dir dann geben, wenn Du willst. Hohe Funktionäre des Bauernbundes haben erklärt: Der Nebenerwerbslandwirt soll im Bauernbund eine auf seine Interessen abgestellte Sonderbehandlung erfahren — wie die ist, weiß ich nicht —, wodurch sich die durch den gesellschaftlichen Strukturwandel rückläufige Zahl der Bauernbundmitglieder stabilisieren ließe. Da sind sie schon einmal gut herzunehmen, Kollege Buchberger, um die Ziffer der Bauernbundmitglieder zu stabilisieren. (Landeshauptmann Krai-

ner: „Wunderbar! Geh hin zum Bauernbund!“) Der Bauernbund müßte sich vor allem um die Frauen der Nebenerwerbsbauern kümmern — ich hoffe, in sehr korrekter Weise natürlich (Heiterkeit), die ja den landwirtschaftlichen Betrieb weiterführen. Durch diese Arbeiterbauern, Herr Landeshauptmann (Landeshauptmann Krainer: „Schöner Name!“) erhalte übrigens das Dorf eine neue, bedeutungsvolle, soziale Integrationsfunktion (Landeshauptmann Krainer: „Großartig!“) Ein Anliegen des steirischen Bauernbundes ist auch die Schulung der weichen Bauernkinder — darüber haben wir schon sehr lange geredet — damit das Dorf nicht länger nur Hilfsarbeiterlieferant bleibe. Absolut in Ordnung. Außerdem würde durch eine gewerbliche Fachausbildung der Weichenden deren politische Standfestigkeit gestärkt, weil sie dann von den Betriebsräten weniger abhängig wären. (Abg. Stöffler: „Ist das ein Fehler?“ — Landesrat Bammer: „5. Kolonne des Bauernbundes!“) Der Bauernbund hat sich also sehr rasch und sehr intensiv auf die neue Situation umgestellt. Und ich darf Ihnen sagen, ohne daß man das Wirtschaftsprogramm im Detail heranzieht, wir haben uns mit den Nebenerwerbslandwirten, mit den kleinen Landwirten, mit der Landwirtschaft im allgemeinen schon sehr, sehr lange und — ich weiß nicht, ob sie es endlich einmal gelten lassen — auch sehr konkret und sehr sachlich befaßt. Ich will nicht vorlesen, aber immerhin darauf hinweisen, daß wir uns die Besserstellung in der Landwirtschaft vorstellen 1. auch natürlich — und da sind wir nicht auseinander, weil wir nicht auseinander sein können — durch die Rationalisierung, 2. durch die Spezialisierung, 3. durch die Technisierung möglichst überbetrieblich. Sie haben unsere Maschinenhöfe verdammt, und ich sage heute gar nichts mehr davon, obwohl sie immer noch eine wertvolle Hilfe sind, auch durch den Fremdenverkehr natürlich, wobei ich sagen möchte — der Herr Landesrat Wegart ist nicht da —, daß mir heute das Wort „Edeltourismus“ nicht übermäßig zugesagt hat, weil man nicht gut unterscheiden kann, daß die, die 10.000 S im Tag ausgeben können, edler wären als die, die nur 100 S ausgeben können. (Abg. Eichinger: „Das ist falsch ausgelegt. Er hat sich dagegen verwahrt!“) Herr Kollege Eichinger, ich möchte hier gar nicht polemisieren, ich möchte nur sagen, daß mir das Wort Edeltourismus nicht richtig erscheint, sondern daß man ein anderes Wort finden muß ungefähr in dem Sinne, Tourismus derer, die sich mehr leisten können und die sich weniger leisten können. Aber mit dem Wort Edeltourismus . . . (Abg. Ritzinger: „Das Wort wurde nicht vom Herrn Landesrat Wegart geprägt, sondern vom Herrn Knapp!“ — Landesrat Peltzmann: „Der Landesrat Wegart hat den Knapp zitiert!“) Deswegen bin ich ja nicht böse. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mir geht es nur darum, daß man nicht von diesem Hause aus das Wort weiterpropagiert. Deswegen habe ich es hier nur vermerkt. (Landeshauptmann Krainer: „Der Landesrat hat es ja ausdrücklich abgelehnt!“) Er hat es nicht abgelehnt, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Krainer: „Jawohl, er hat es ausdrücklich abgelehnt!“ — Landesrat Sebastian: „Sie waren ja nicht da!“ — Landeshauptmann Krainer: „Ich war da!“ — Abg. Stöffler: „Man kann sich irren, selbst-

verständlich!) Streiten wir nicht darüber, Herr Landeshauptmann, wenn er es abgelehnt hat, ist es mir recht. Ich bin nicht der liebe Gott! Ich habe es als terminus technicus verstanden und da wollte ich heute schon bremsen, damit das nicht eine weitere Bezeichnung bleibt. Jedenfalls steht fest, Fremdenverkehr wird — und das ist auch bereits gesagt worden, haben wir schon lange drinnen (Abg. Prenner: „Auch im Programm?“) natürlich im Programm — auch eine der Möglichkeiten sein, die im bergbäuerlichen Gebiet für die Landwirtschaft sehr wichtig sind. Dazu kommt, was wir auch schon besprochen haben, die vertikale Integration, ich brauche bestimmt nicht zu verdeutschen, daß damit gemeint ist, daß man an dem Produkt des Landwirtes so weit als möglich den Landwirt selber an der Weiterverarbeitung beteiligt oder mitverdienen läßt, ebenso an der Vermarktung. Das sind unsere Meinungen, dazu auch noch die Frage der Betriebe der sogenannten Sekundärzentren, in Bezirken mit wenig Arbeitsplätzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin traurig, wenn ich Sie zu lange aufhalte, aber ich muß doch ein paar Dinge noch sagen. Ich hoffe, daß so wie andere sozialistische Auffassungen auch diese Auffassung in absehbarer Zeit doch Schritt für Schritt Verwirklichung findet, so wie andere sozialistische Forderungen auch, und zwar u. a. die bäuerliche Altersversorgung, eine Forderung von 1925, eine Forderung der Sozialdemokraten, eine Forderung seit Otto Bauer, über die Sie, meine Herren, und Ihre Vorgänger in diesen Bänken die längste Zeit nichts als nur Schlechtes zu sagen gewußt haben. Da wurden die verschiedensten Worte geprägt, daß man keine Staatsrentner will und einiges andere noch. Diese bäuerliche Altersversorgung ist mit mehr als 30jähriger Verspätung im Jahre 1957/58 das erste Mal zum Teil verwirklicht worden, weitere 12 Jahre später ist man dann wieder einen Schritt weitergegangen und darüber möchte ich auch noch ein paar Worte sagen, neben der bäuerlichen Altersversorgung auch die bäuerliche Krankenversorgung, die übrigens leider noch bis heute einen großen Mangel, nämlich den, daß es keinen Arztervertrag gibt, hat. Sie wissen, daß dies für die bäuerlichen Familien eine sehr unangenehme Sache ist. Ich darf hier doch das sozialistische Humanprogramm ganz kurz zitieren, weil man eine Beziehung herstellen kann: Wir haben in diesem Programm unter anderen vernünftigen Forderungen für die Landwirtschaft einen Satz, den man Ihnen nicht vorenthalten sollte: Die erforderliche ärztliche und nichtärztliche Betreuung und Beratung jedes erkrankten Menschen außerhalb des Krankenhauses ist, unabhängig vom Einkommen, unabhängig vom Aufenthaltsort, unserer sozialen Stellung, unbedingt zu sichern. Ich darf Ihnen sagen (Beifall bei der SPO), daß diese sozialistische Forderung den bäuerlichen Menschen aus der Seele gesprochen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Sie nicht kränken und nicht beleidigen, aber das böse und aus den bitteren Erfahrungen herausgeborene Wort „übergeben und nimmer leben“, das hat Sie und Ihre Vorgänger hier in diesen Bänken jahrzehntelang kalt gelassen. Das muß man auch feststellen. Wir sind jetzt Gott sei Dank weiter, wir sind . . . (Landeshauptmann Krai-

ner: „Solche Menschen wird es immer geben, die ändern sich nie! Auch bei den Sozialisten gibt es sie!“ — Landesrat Sebastian: „Damals war es die Mehrheit, jetzt ist es die Minderheit!“ — Landeshauptmann Krainer: „Ja, ja, diese Unterstellung haben Sie notwendig!“) Ich würde froh sein, wenn es immer weniger Menschen gäbe, denen es egal ist, wie der alte Mensch lebt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist uns nie gleichgültig gewesen! Das ist nicht wahr!“) Aber geschehen ist nichts, Kollege Eichinger. Wenn Sie sich jetzt aufregen, ist es ja reichlich spät. Durch Jahrzehnte hindurch ist überhaupt nichts geschehen. Aber darf ich weiter ausführen: Sie wissen — Zuschußrentengesetz, 1957/58 unbefriedigend, 12 Jahre darauf haben wir jetzt die Bauernpension, und da muß ich Ihnen auch sagen, daß wir jetzt 12 Jahre gewartet haben und daß in den letzten Monaten ein sehr rasch zusammengearbeiteter Entwurf den Bauern vorgelegt wurde, und Sie wissen, daß es im Sozialausschuß des Parlamentes und im Unterausschuß dieses Sozialausschusses sehr eingehende Beratungen gegeben hat, wo auch Ihre Vertreter noch Änderungswünsche dazu gebracht haben, die beweisen, daß Sie selber mit diesem Entwurf nicht übermäßig zufrieden sein konnten. Dieses derzeitige Bauernpensionsgesetz, wie es jetzt beschlossen wurde, mit den Stimmen der Sozialisten und der Feststellung, daß wir lieber das schlechte Gesetz in Kauf nehmen als kein Bauernpensionsgesetz zu haben, beinhaltet vor allem zwei echte große Mängel: Der eine Mangel, daß die bisherigen Zuschußrentner ausgeschaltet sind, daß diese nicht in den Genuß der Bauernpension kommen werden — der zweite große Mangel, daß die Frauen ausgeschaltet sind. Wir haben diese Mängel aufgezeigt und diesem Gesetz zugestimmt, weil wir der Meinung sind, besser dieses Gesetz als keines. Aber nur um zu zeigen, wie die Auswirkung ist, darf ich sagen, wenn nun ein Landwirt mit 40 ha, es gibt deren nicht viele, aber wir haben welche, im November des Jahres 1970 um die Bauernpension bzw. Zuschußrente ansucht, bekommt er im Monat 356 Schilling, weil durch das zumutbare Ausgedinge er ziemlich sicher keine Ausgleichszulage beziehen kann. Wenn sein Nachbar mit dem gleichen Besitz und Größenausmaß zwei Monate später, im Jänner des Jahres 1971, um die Bauernpension ansucht, bekommt er nicht monatlich 356 Schilling, sondern 3700 Schilling. Ich glaube, man hätte sich wohl den Kopf darüber zerbrechen müssen, um die Zuschußrentner, deren es jetzt 140.000 gibt, nicht einfach zurückzulassen auf diesem Weg.

Jetzt noch ein paar Worte zum Abschluß: Wo, meine Herren, ist der wirtschaftliche, der soziale, der kulturelle Standort vieler unserer Bauern in Österreich, in der Steiermark? Vieler, nicht aller, aber vieler, leider am Ende eines dornenvollen Weges, eines Weges ohne Hoffnung, Bauer bleiben zu können und ohne entsprechende Ausbildung in einem günstigen, angemessenen Beruf seinen Erwerb zu finden. Für viele besteht noch eine unhaltbare Struktur, für viele sind noch unhaltbare Wohnverhältnisse festzustellen, für viele ist noch eine unhaltbare Arbeitszeit vorhanden, trotzdem sie durch ein sehr hohes Maschinenkapital belastet sind, und vor allem für viele Frauen in der Landwirtschaft ist

eine unhaltbare Situation vorhanden — keine Zeit für Kultur, kein Geld zum Großteil auch dafür, kein Urlaub, keine Erholung, kein Theater, kein Konzert für die Frauen. (Abg. Pözl: „Theater machen die Sozialisten im Landtag!“) All diese Dinge wären auch für die bäuerlichen Familien, für die bäuerlichen Frauen da, aber sie können es durchwegs nicht genießen — und hier muß ich sagen, Kollege Buchberger, 70 Jahre Bauernbund und immer noch solche Zustände, wie ich sie eben geschildert habe (Abg. Buchberger: „In jedem Berufsstand gibt es solche Schwierigkeiten!“), für einen ganz beachtlichen Teil der Landwirtschaft! 70 Jahre Bauernbund haben Sie heuer im Herbst gefeiert, und ich muß Ihnen sagen, daß ist ein Gebilde, das zum Teil nur mit der Klammer der Geldverteilung zusammengehalten wird. (Landeshauptmann Krainer: „Die Bauern wissen, daß Ihre Pläne siebzig Groschen pro Liter Milch kosten bei den Kleinen, das ist der Unterschied!“) Das ist überhaupt kein Plan, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Krainer: „Aber natürlich, ich habe Ihnen ja zugehört!“) Aber darf ich sagen, 70 Jahre Bauernbund, und wenn wir uns die Verhältnisse in der Landwirtschaftskammervollversammlung anschauen, so müßte man erst einmal die richtigen Dinge sehen, wenn gewählt werden könnte ohne jede Behinderung, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen ganz genau — und nachdem wir ja jetzt ein Jahrzehnt beginnen — möchte ich das nicht vergessen lassen, daß wir in dieser Sache im Jahre 1964 eine sehr, sehr harte Auseinandersetzung gehabt haben und daß auch im Jahre 1966 — und die jetzige Kammer basiert auf der Wahl 1966 — noch immer Tausende von Leuten aus der Wahl draußen gehalten wurden, weil man sie nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommen hat oder, wenn sie in die Wählerverzeichnisse gekommen sind, hinausreklamiert hat. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Denken Sie an die Arbeiterkammerwahl!“ — Abg. Buchberger: „Reden wir jetzt von der Bauernkammerwahl oder von der Arbeiterkammerwahl?“ — Landeshauptmann Krainer: „Wie war es denn in Gußwerk? Frag den Kollegen Brandl!“ — Abg. Brandl: „Das war in Ordnung!“) Wenn dort etwas schief gegangen wäre, wäre das 1 : 1000. (Abg. Brandl: „Das war in Ordnung!“) Aber es ist gar nichts schief gegangen. Sie haben Erntedank gefeiert, an sich eine wunderbare Sache, aber dieser Erntedank des heurigen Herbstes war schon so politisch untermauert, daß es schon ein bißchen — ich möchte nicht sagen anrühlich war — aber jedenfalls einen unangenehmen Duft gehabt hat. Die Landwirtschaftskammer, die Bezirksbauernkammern, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, alles Institute, die nicht nur dem Bauernbund gehören, wo auch andere Kräfte drinnen waren (Landeshauptmann Krainer: „Sie werden uns doch nicht belehren, was wir machen, das geht Sie doch nichts an!“), die mußten herhalten, und sogar das Bundesheer — ich habe das schon einmal kurz erwähnt, mußte herhalten, um diesen Erntedank möglichst spektakulär zu machen. Alles, was von Bauernbundsseite beherrscht und dirigiert wird, wurde dazu herbeigezogen, um zu zeigen, wer sind wir! Das sind Dinge, die für 70 Jahre Bauernbund meines Erachtens nicht unbedingt sein müßten. (Landesrat

Peltzmann: „Aber Herr Kollege Zinkanell, alle 70 Jahre einmal! Ihr macht den 1. Mai alle Jahre!“ — Abg. Klauser: „Jetzt wissen wir wenigstens, daß wir den 1. Mai machen, danke schön!“ — Landesrat Peltzmann: „Mit den unpolitischen Bürgermeister!“) Es geht nicht darum, daß man alle 70 Jahre einmal feiert, 70 Jahre sind vergangen, und was ist noch zu tun geblieben! Um das geht es hier. Die fortschrittlichen Kräfte sind leider Gottes — die gibt es natürlich, ich streite das nicht ab — von den übergewichtigen Konservativen, die im parteipolitischen Kampf hauptsächlich engagiert wurden, an die Wand gespielt worden. Für die Agrarpolitik ist auf Grund der Parteipolitik ein bißchen zu wenig Zeit und Kraft übrig geblieben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die Wirklichkeit sieht anders aus, das ist eine Wahlzuckerrede!“) Eine Wahlzuckerrede? Da müßte man jetzt auf ganz etwas anderes kommen, das würde aber viel zu weit führen. Man müßte da den Withalm zitieren, man müßte auch von Euch manche zitieren, doch das ist gar nicht notwendig. Ich möchte nur sagen, daß es in den letzten Jahren doch eine gewisse heilsame Unruhe auch im Bauernbund gegeben hat. Man könnte jetzt ein bißchen boshaft sein und aus der „Kleinen Zeitung“ einige Zitate bringen von einer Landesbauerntagung, wo Präsident Koller seine Sorgen geäußert hat, wo der Herr Kollege Koiner seine Sorgen geäußert hat. Trotz sehr guter Diskussionen spürt man kaum einen Funken Begeisterung über die jetzige Lage. Nur ein Wort, wo der Herr Landeshauptmann darauf hinweist, daß die Bauern sagen, dann sind wir den Molkereien noch mehr ausgeliefert. Wenn Sie mich provozieren, lese ich Ihnen das alles vor. (Abg. Koiner: „Von wem ist dieser Artikel?“) Das ist von Ihrer Tagung, von einem guten Freund des Bauernbundes, der es wohlmeinend in seiner Zeitung gebracht hat. Eine heilsame Unruhe — und wenn jetzt, sehr geehrter Kollege Nigl, etwas noch zur Sprache kommen soll von der Generalrede, wenn irgendwo beim Denken etwas schief gegangen ist in bezug auf Landwirtschaft, dann nicht bei den Sozialisten, Kollege Nigl, sondern dann muß man fragen, ob es nicht hier auf Ihrer rechten Seite war. (Abg. Pözl: „Bei den Sozialisten ist es nicht möglich, weil die denken überhaupt nicht an die Landwirtschaft!“ — Landeshauptmann Krainer: „Jeder Schilling mußte den Sozialisten in der Koalition abgerungen werden!“) Die Sprache der Jugend — ich komme schon zum Schluß, meine Damen und Herren — in der Landwirtschaft ist jetzt wesentlich anders als die bisher gewohnte, und da darf ich den Steirischen Bauernbündler vom 30. November heranziehen und Ihnen nur zwei kurze Sätze vorlesen. „Die Landjugend ist gewillt, im elterlichen Hof nicht nur mitzuarbeiten, sondern vielmehr die Mitverantwortung zu übernehmen. Wenn die ältere Generation unsere Leistungen entgegennehmen wird, dann wünschen wir uns als Gegenleistung Erfolgsbeteiligung, Mitbestimmung, zielführende Berufsausbildung und rechtzeitige Klärung der Hofübernahme und der Ubenahmsbedingungen.“ Und noch einen Satz: (Landeshauptmann Krainer: „Sie wundern sich, daß der Bauernbund das besser weiß als Sie. Daher müssen Sie das zitieren!“) Das ist die Sprache der Landjugend, und das halte ich für gut, Herr Lan-

deshauptmann. (Abg. Stöffler: „Das ist nicht Ihre Sprache. Mit der können Sie sich nicht identifizieren!“ — Landesrat Bammer: „Wenn Sie reden, geht der Herr Landeshauptmann immer hinaus!“ — Präsident: „Das Wort hat der Herr Abg. Zinkanell!“) „Die Kapitalnot, in der sich viele Bauernhöfe befinden, kann nicht mit Krankjammern und mit Beihilfen überwunden werden, sondern nur mit dem eisernen Willen zur Selbständigkeit.“

Das sind die Worte Ihrer jungen Leute, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Stöffler: „Das ist sehr gut, das ist so in Ordnung!“) Das halte ich für richtig, und das gibt uns Hoffnung in der Steiermark und darüber hinaus. Wir sind der Meinung, unsere Vision — weil hier schon von Visionen für die Zukunft geredet wurde — ist: Moderne Betriebsführer auf modernen Gehöften, auf arrondierten Betrieben, in intensiver Zusammenarbeit mit den anderen Landwirtschaftsbetrieben, bei Weiterverarbeitung und Vermarktung der Agrarprodukte vollbeteiligt, durch gute Verkehrsverhältnisse voll erschlossen, wirtschaftlich, sozial, kulturell mit den anderen Bevölkerungsgruppen gleichgestellt.

Das ist unsere Vision von der zukünftigen Landwirtschaft, und in diesem Sinne werden wir auch dem Landwirtschaftsabschnitt des Budgets zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karl Lackner, nach ihm der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Wir haben jetzt sehr lebhaft Diskussionen in Fragen der Agrarpolitik und der Agrarwirtschaft gehört. Und jetzt möchte ich dazu meine Meinung ganz kurz zum Ausdruck bringen. Vor allem sind die Sorgen, die Probleme, nicht nur jetzt bei der Agrarpolitik, beim Agrarkapitel, sondern in der ganzen Beratungszeit bei allen Berufsgruppen zum Ausdruck gekommen. Wir sehen jetzt sehr deutlich, daß die Probleme und die Sorgen beim Bauernstand wohl am größten sind, weil die Struktur am allerschwierigsten ist. Ein anderer Unternehmer richtet sich nach seiner Produktion aus. Gerade bei uns in der Steiermark — in den nördlichen Ländern ist es leichter, die Dänen oder die Holländer haben Milchwirtschaft, Viehzucht, Blumenzucht — aber wir in der Steiermark sind ja das Land der Vielfalt, angefangen von der Maresi im Ennstal bis zum Sterz vom Trummer im Weinland. Überall gibt es echte Schwierigkeiten und Probleme, diese Dinge zu bewältigen. Noch dazu haben wir zwei gewaltige Aufgaben zu lösen gehabt. Am Ende des 2. Weltkrieges galt es, eine Erzeugungsschlacht zu schlagen und diese Erzeugungsschlacht haben wir erfolgreich gewonnen. Nicht nur das, wir haben sogar zuviel zusammengebracht. Wir haben echte Sorgen aus dieser Erzeugungsschlacht erleben müssen. Und jetzt gilt es, eine Absatzschlacht zu gewinnen, damit wir die Überschußprodukte entsprechend an den Markt bringen. Ich darf sagen, das sind wirklich echte Sorgen und Probleme. Es ist viel leichter, etwas zu produzieren als zu verkaufen. Die Produktion — das haben wir schon gesagt — endet ja nicht, wenn die

Ware erzeugt ist, sondern erst, wenn sie verkauft ist. Wir müssen uns auf dem Gebiet sehr, sehr anstrengen und allerhand Neues einführen. Ich darf sagen, daß unsere Bauernschaft heute diesen Dingen aufgeschlossen gegenübersteht und daß wir vor allem eine stolze, tüchtige, bäuerliche Jugend vor uns haben, die bestimmt diese Probleme erfolgreich lösen wird. Aber wenn ich ein bißchen auf Deine Ausführungen eingehen darf, Herr Abgeordneter Zinkanell. Es ist sehr interessant, wie sich die Dinge kreuzen, wie man es sagen kann, und wie es wirklich ist. Ich muß sagen, wir haben uns alle miteinander geirrt, ich, Du, und alle. Es ist noch gar nicht zehn Jahre her, da haben wir hier im Hause bei einer Agrardebatte echte Sorgen zum Ausdruck gebracht, daß die Landflucht immer mehr zunimmt und alles getan werden müßte, um sie zu verhindern. Wir haben gesagt, es ist erschütternd, viele Bauernsöhne besuchen eine Landwirtschaftsschule und die Hälfte davon werden dann keine Bauern. So haben wir vor 10 Jahren noch gesprochen. Man sieht daraus, wie leicht man sich irren kann, man hat den Instinkt des Bauern übersehen, der damals schon geahnt hat, was später Mansholt gepredigt hat. Wir brauchen uns darüber den Kopf überhaupt nicht zu zerbrechen. Es würde dieser Strukturwandel durch einen Eingriff von uns nur gestört werden, wir müssen ihn so lassen. Wenn jemand als Bauer aufhören will, sollte man ihn nicht zurückhalten, aber man soll dies auf keinen Fall fördern. Wir müssen mit aller Deutlichkeit sagen: Wer den Mut hat, jetzt noch Bauer zu bleiben, ist nicht der Dumme — im Gegenteil, das ist der Gescheitere, denn wenn man die Entwicklung betrachtet, die Bevölkerungsexplosion, die erwartet werden muß, welcher Zeitpunkt gar nicht mehr fern ist, und daß die Lebensmittel dann wieder Mangelware sein werden, — und jetzt komme ich dorthin, mit der Milch hast Du bestimmt nicht recht! Du hast ausgeführt, es sei interessant, daß vor Wahlen der Milchpreis immer höher werde. Wir haben ja alle Jahre Wahlen, das ist ein Zufall, und außerdem geben die Kühe ja nicht immer gleich viel Milch! In der Frage Krisenfonds — dies war das einzige Richtige. Ich kenne die Vorschläge, die nicht nur von der sozialistischen Partei, sondern auch von den ganzen westlichen Bundesländern gekommen sind, wie von Vorarlberg, Tirol und Salzburg. Wir hätten damit eine Ordnung gebrochen, eine Ordnung, um die uns viele Staaten in Europa beneiden, denn wir haben durch Minister Thoma etwas erhalten, das auch dem letzten Bergbauern die Möglichkeit gibt, seine Milch zu verkaufen. Das einzige Richtige, um den Milchschilling wieder zu retten, war die Opferbereitschaft und die Disziplin der Bauern.

Wegen des Artikels in der Presse bin ich der Meinung, daß der Autor es nicht richtig verstanden hat, er war vielleicht falsch informiert, daß er dies so zum Ausdruck brachte. Daß die EWG-Gespräche auch für Österreich lebendiger geworden sind, beruht auf vielen Fakten; am entscheidendsten war jedoch, daß die Differenzen mit Südtirol aufgehört haben.

Nun zu den von Dir angeführten „Kleinkeuschlern“: Ich bin überzeugt, die ganzen Kleinbetriebe

der Ost-, West- und Untersteiermark sind doch die besten OVP-Wähler. Wir werden doch nicht die eigenen Wähler selbst verdrängen. Wenn ich nur an unseren Landesrat Prirsch erinnere, das wären seine echten Sorgenkinder gewesen, für die er alles getan hat, nur damit diese Kleinbetriebe erhalten werden konnten.

Zur Frage der Altersversorgung: Dies ist sicher auch ein Problem, aber es war vor 25 Jahren noch nicht reif; damals waren ganz andere Verhältnisse und diese Angelegenheit ist mit dem Strukturwandel organisch gewachsen. Der Herr Landeshauptmann hat die Antwort zum Ausspruch „übergeben und nimmer leben“ bereits gegeben, und sie stimmt! Es ist ein falscher Bauernstolz, wenn ein Starrkopf glaubt, wenn er übergibt, ist und braucht er nichts mehr, das hat aber mit Politik nichts zu tun. Solche Leute hat es immer gegeben, nicht nur bei den Bauern, sondern auch bei den Unternehmern. Auf jeden Fall ist eines wesentlich und notwendig: Wir werden die agrarischen Probleme nur dann lösen — wenn wir auf unsere Politiker warten, wird nichts Gescheites daraus werden —, wenn der Bauer in erster Linie selber Initiative ergreifen wird. Die eigene Kraft ist entscheidend. (Abg. Zinkanell: „Daß Du das sagst zu unseren Politikern!“ — Landesrat Bammer: „Du bist ja selbst ein Politiker!“) Die eigene Kraft und die eigene Initiative ist entscheidend, und man soll selbst Hand anlegen, wie auch Herr Landesrat Dr. Niederl gesagt hat. (Abg. Heidinger: „Du hast gesagt ‚Hand anlegen‘, aber ‚Hand aufhalten‘ schon beim Landesrat Dr. Niederl!“) ... das kann man, freilich, er gibt ja auch, er ist ja ein lieber Mensch und hilft jedem, der Herr Landesrat Dr. Niederl.

Schwierigkeiten und Probleme wird es immer geben. Die Sorgen, die Du aufgezeigt hast, keine Kultur, kein Theater usw., treffen nicht nur für die Bauern, sondern auch für viele andere genauso zu. Viele andere haben auch nicht die Möglichkeit, den Wohlstand oder diese Kulturgüter in Anspruch nehmen zu können. Ich glaube, es ist besser, wenn man davon nicht spricht, weil es nicht stimmt.

Aber jetzt möchte ich noch kurz etwas anderes sagen: Zurück ins Bergland! Was für den Maisbauern der wertvolle Ackerboden, ist für den Bergbauern die Alm. Wenngleich die schöne romantische Zeit von der Sennerin auch vorbei ist ... (Zwischenrufe von der SPO: „Für Dich!“ — Heiterkeit) ich war damals noch zu jung und zu schüchtern! — Aber es ist heute so, daß sich die Landwirtschaft im Bergland auf Viehzucht und Milchwirtschaft ausgerichtet hat, das wertvolle Zuchtvieh ist dort daheim und die Jugend, der Nachwuchs im Kuhstall, kann nur erfolgreich über die Almen erzielt werden und es ist daher notwendig, daß die Erschließung, bzw. die Förderung der Almwirtschaft nicht vernachlässigt wird.

Nach der Alm möchte ich noch den Wald zur Sprache bringen, der einen wesentlichen Faktor für den Bergbauern direkt und für die gesamte Bevölkerung bedeutet. Die Steiermark allein hat fast 876.800 ha Wald oder 58%. Wenn man überlegt, daß 10 Millionen fm Holz geschlagen werden, kann man sich die wirtschaftliche Bedeutung vorstellen.

Der Wald bringt uns auch noch das Wild — eine interessante Ziffer: der Erlös in der Steiermark an Wildbret beträgt 30 Millionen Schilling — ferner Schwammerln und Beeren. Darüber hinaus ist der Wald der Gesundbrunnen und Lebenserhalter für uns und wir wünschen uns alle, daß dies so bleibt. Durch diese direkte und indirekte Bedeutung spüren wir, daß der Bauernstand durch seine Tätigkeit und Arbeit in die gesamte Bevölkerung eingefügt ist, daß er eine feste Kette bildet, und wir müssen trachten, daß nicht ein paar Glieder rostig werden, sondern daß diese Kette kräftig und stark bleibt, denn wenn ein paar Glieder herausfallen, wenn der Bauer ... (Landeshauptmann Krainer: „Du mußt ihm sagen, daß er ein rostiges Glied ist!“ — Landesrat Bammer: „Ihr wärt froh, wenn Ihr ein paar so rostige Glieder hättet!“) ... — Du wärest ein rostiges Glied — das müßte man einmal putzen und schmirgeln, damit es ganz stark bleibt! Dadurch sind wir erst in der Lage, für das Volksganze unseren wertvollen Beitrag zu leisten. (Beifall.)

3. Präsident Dr. Heidinger: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster kommt Abgeordneter Scheer.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus!

Ich möchte ganz kurz Stellung nehmen zu einigen Budgetposten der Gruppe 7, im außerordentlichen Voranschlag, die sehr deutlich aufzeigen, daß die Richtung auch in der steirischen Agrarpolitik durchaus stimmt, nämlich wo es darum geht, fortschrittliche Zielsetzungen zu verwirklichen. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß Investitionen im Bereich der Bildung heute zu den wichtigsten Aufgaben der Politik und auch der Agrarpolitik gehören. Gerade in diesem Budget kommt zum Ausdruck, daß dieses Investitionsprogramm im Bereich der Bildung einen sehr wichtigen Schwerpunkt auch der steirischen Agrarpolitik darstellt. Die Ausgaben des Landes im außerordentlichen Voranschlag in der Gruppe 7 für den Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens und der Bildungseinrichtungen haben immerhin einen Umfang von mehr als 30 Millionen Schilling. Ich möchte nur zwei Posten kurz herausgreifen und dazu Stellung nehmen. Da ist im außerordentlichen Voranschlag ein Betrag von 4 Millionen Schilling für den Ausbau der Fachschule Kobenz und 6,4 Millionen Schilling für den Ausbau der landwirtschaftlichen Fachschule Gleisdorf. Mit diesen zwei Ansätzen kann der im Jahre 1966 von der Landesregierung zur Kenntnis genommene Ausbauplan für das landwirtschaftliche Schulwesen, der sogenannte „10-Jahres-Plan“, seiner Vollendung entgegengeführt werden. Mit diesen beiden Projekten, das kann man jetzt mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sagen, dürfte das landwirtschaftliche Schulwesen in die Endausbauphase eingetreten sein. Aber auch hier vielleicht noch ein kleiner Rückblick. Wir haben ja in der Gruppe 2 sehr viel über Schulbauplanung selbst gehört. Die in den Jahren 1955 und 1966 sehr gründlich durchgeführte Ausbauplanung für das landwirtschaftliche Schulwesen, die diesem 10-Jahresplan zugrunde liegt, zeigt auch sehr deut-

lich, wie problematisch jede Art von Planung ist. Die auf Grund der jahrelangen Trends festgestellten Tatsachen haben nämlich gezeigt, daß die Entwicklung im Bereich des Fachschulbesuches bei der männlichen Jugend unterschätzt worden ist, während sie bei der weiblichen überschätzt worden ist. Die Schülerzahlen bei den landwirtschaftlichen Fachschulen für Burschen haben unverhältnismäßig stark zugenommen, unerwartet viele Burschen drängen heute in unsere Schulen hinein, während die Entwicklung auf der Seite der Mädchen eher etwas stagniert. Es ergibt sich daher mit Recht die Frage: Wird nicht auch hier, in diesem Bereich, zu viel des Guten getan? Ich möchte ganz kurz zu dieser Frage Stellung nehmen, weil sie ja sehr wesentlich ist. Erstens möchte ich sagen, daß wir diese beiden Schulen sehr dringend brauchen. Es ist so, daß wir keineswegs auf Schülerwerbung ausgehen müssen, sondern umgekehrt vor der Tatsache stehen, daß diese beiden im Voranschlag genannten Schulen ja schon als Exposituren bestehen, daß wir darüber hinaus mit der vorhandenen Kapazität nicht mehr auskommen, und heuer eine weitere Expositur in Kaindorf eingerichtet werden mußte. Eine zweite Tatsache, die ebenfalls die Situation in diesem Bereich sehr klar und drastisch schildert, ist, daß unsere gegenwärtigen Schulen überbelegt sind. So werden etwa in der Fachschule Hatzendorf drei Klassen geführt, die Schule ist für 2 Klassen ausgelegt. Kirchberg am Walde führt ebenfalls zur Zeit drei Klassen, — wir müssen sogar das Lehrerwohnhaus als Internat miteinbeziehen, Hart — ein Teil der Schüler ist ja heute hier — wird fünfklassig geführt. Die Situation ist so, daß wir alle Plätze restlos belegt haben und darüber hinaus auch noch die Gemeinschaftsräume in Internatsräume umwandeln mußten.

Eine weitere Tatsache, die diesen Zusammenhang ersichtlich macht: das verabschiedete landwirtschaftliche Schulgesetz sieht als Klassenschülerhöchstzahl 36 vor. Jeder, der im Unterricht tätig ist, weiß, daß diese Zahl an sich schon eine sehr hohe ist. Tatsächlich werden diese 36 in vielen Fällen nicht eingehalten. Wir müssen von der vorgesehenen Ausnahmeregelung Gebrauch machen und haben in vielen Schulen Klassen mit 40 Schülern.

Aber noch eine Zahl, und dann komme ich auch schon zum Schluß. Die bäuerliche Jugend kann als außerordentlich bildungsfreudig angesehen werden. So haben wir im Mittel der Jahre 1964 — 1966 bei Burschen einen Absolventenstand von 254 gehabt, er ist auf 354 oder um 32% innerhalb von drei Jahren angestiegen. Wenn Sie gegenüberstellen — und das ist ja für uns ein sehr wichtiger Maßstab — Hofübergaben von Vollerwerbsbetrieben zu Fachschulabsolventen, so sind wir im Jahre 1966 auf ein Verhältnis von 100 : 23 gekommen, das heißt, daß etwa jeder vierte Hofübernehmer eines Vollerwerbsbetriebes Fachschulabsolvent ist. Im Jahre 1969 kommen wir bereits auf eine Relation von 100 : 30, und wenn Sie, was noch realistischer ist, von den Berufsschülerzahlen ausgehen, die im übrigen auch sehr deutlich den Strukturwandel in der Landwirtschaft aufzeigen — wir haben gegenwärtig bereits weniger Berufsschüler in einem Jahr als etwa Hofübergaben von Vollerwerbsbetrieben —

so rechnen wir in den nächsten Jahren mit einem Rückgang auf etwa 800 männliche Berufsschüler pro Jahr. Wenn wir denen die 400 Fachschulabsolventen gegenüberstellen, die wir jetzt bereits erreichen, so kommen wir immerhin schon auf ein Verhältnis von 2 : 1, das heißt, 50% der Hofübernehmer sind Fachschulabsolventen.

Abschließend darf ich daher feststellen und meiner Freude Ausdruck verleihen, daß neben der gesetzlichen Neuordnung des landwirtschaftlichen Schulwesens, der Erlassung der Lehrpläne und der Neuformulierung der Bildungsinhalte, was vielleicht das Wichtigste überhaupt ist, auch die materiellen Bereiche als gesichert angesehen werden können. Mit der Realisierung dieser Schulbauvorhaben ist tatsächlich die Gewähr gegeben, daß jeder — zumindest für die Zukunft hoffen wir es, momentan müssen wir leider noch Leute zurückweisen — der eine entsprechende Bildung bekommen will, sie auch erhalten kann, weil wir den entsprechenden Schulraum zur Verfügung haben. Und damit darf ich abschließend feststellen, daß wir entsprechend gerüstet sind, damit unsere Jugend, die zukünftigen Bauern, auch in die Lage versetzt wird, die Probleme, die auf sie zukommen — und sie werden nicht kleiner werden — wirklich entsprechend meistern zu können. ((Allgemeiner Beifall.))

3. Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Scheer. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Pabst.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es ist kein Geheimnis mehr, es ist eine offenkundige Tatsache, daß sich alle Parteien zweifelsohne um den Bestand des Bauern Sorge machen und daß sie für den Bestand des Bauern eintreten. Die Frage ist jetzt nur mehr, wie, warum und wieso. Und da kommt man, wenn man der Sache etwas nähertritt, zu den interessantesten Ergebnissen. Auf der einen Seite steht die Österreichische Volkspartei, die den Bauern etwa schon aus der Sicht heraus zu betreuen trachtet, um ihn als Wähler zu erhalten. Auf der anderen Seite sind die Sozialisten, welche wollen, daß sie ihn als Wähler bekommen. Wir Freiheitlichen haben schon immer einen Standpunkt eingenommen, daß wir uns berufen gefühlt haben, für alle Berufsstände unseres Volkes einzutreten. Daher ist es nur jetzt die Frage: Warum gibt es solche Auseinandersetzungen überhaupt?

Ich möchte hier einen kleinen Vergleich ziehen, ich glaube, es kommt daher, weil sich der Bauer in der heutigen Zeit ungefähr in der Situation befindet, wie einstmalig auch nach der Erfindung des Schießpulvers die Ritter. Ich meine, daß der Schritt vom freien Bauern zu dem vom Staat abhängigen Bauern in den letzten Jahrzehnten so groß geworden ist, daß es da unbedingt sowohl zu geistigen als auch materiellen Umschichtungsprozessen kommt, die auch der Bauer selbst noch nicht begriffen hat und auch nicht begreifen kann. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, wird immer etwas vergessen; man spricht immer vom Bauern, ohne dabei eine Differenzierung zu machen, als ob man

von Kaufleuten sprechen würde, von den Greißlern und vom Kastner & Ohler zur gleichen Zeit, und die Probleme zur gleichen Zeit sprechen würde. Das geht eben nicht, man muß den Bauern, den Kleinstbauern, den mittleren Bauern, den etwas größeren Bauern bis zum Großbauern besprechen, aber nicht nur nach der Größe der Betriebe, sondern auch nach der Lage der Betriebe jedes einzelnen Bauern und daher ist das Problem derartig vielschichtig, wenn man sich ernsthaft damit beschäftigt. Ich finde es besonders als Nichtbauer so schwierig, dieses Problem zu behandeln, weil es eben so verschiedene Bauern gibt und jetzt verlangt man von den Bauern den sogenannten Strukturwandel. Was aber keiner von Ihnen gesagt hat, ist, was heißt denn umstrukturieren? Umstrukturieren heißt, einen Teil der Bauern nicht mehr als Bauern erklären zu wollen, weil er nicht mehr in die Zeit paßt — und das tut weh, ist schmerzhaft und man müßte irgend einen Weg finden, um diese Schmerzen möglichst zu lindern, zu verkleinern und den Übergang vom Bauern zum Nichtbauern zu verbessern und möglich zu machen. Wir wissen, daß seit dem Zweiten Weltkrieg allein in der Steiermark der Bevölkerungsanteil des Bauern von 20 % jetzt auf etwa 14 % zurückgegangen ist. Was heißt denn das, das heißt, daß in der Zwischenzeit schon 6 % des Bevölkerungsanteiles von der bäuerlichen Scholle weggegangen sind. Das ist natürlich eine schmerzhaft Angelegenheit, noch dazu wo der Bauer von der Jahrhundertwende her noch gewohnt war, der freie Bauer auf der freien Scholle zu sein. Ich frage Euch Bauern: Seid Ihr das heute wirklich noch? Seid Ihr freie Bauern auf Eurer Scholle? Doch nicht mehr. Ihr hängt ab von einem Preis, den man Euch verschreibt, Ihr hängt ab von den Molkereibetrieben; z. B. höre ich aus der Presse, daß die Milchbauern gezwungen sind, Magermilchbutter zurückzunehmen und zwar mit einem Preis etwa um 7 Schilling pro Kilogramm. Ist das richtig? Ich sehe aber zur gleichen Zeit, daß an eine Fa. TAGGER, die der GOC nahesteht, 1000 t um 3 Schilling zurückgegeben worden sind. Ich frage die Molkereifachleute hier — Herrn Kollegen Pabst, Maunz und Hegenbarth — stimmt das und was sagt Ihr denn Euren Bauern, sie müssen sie um 7 Schilling zurücknehmen und Ihr gebt sie ihnen aber um nur 3 Schilling in Euren Molkereien? Das sind Fakten, bei denen sich der Bauer aufregen kann, das ist doch ein Teil dessen, daß er nicht mehr ein freier Bauer ist, sondern dem Diktat des Staates und dem Gängelband der Parteien unterworfen ist, insbesondere auch auf dem Gebiete der Vergabe von Subventionen jeder Art. Das meinen wir.

Kollege Koiner hat von einer Kuhfabrik gesprochen. Das sind doch alarmierende Zeichen! Vor einem Jahr hat Präsident Koller von den großen Fabriken für die Hühner gesprochen. Das alles zielt darauf hin, daß der einstmalige so freie, alleinstehende Bauer bald der Vergangenheit angehören wird — sehr zum Schaden von allen und wir wehren uns alle, Sie und ich und die sozialistische Partei vielleicht auch, daß dieser Zustand eintritt. Wir wollen den Bauernstand erhalten, wir wollen, daß der Bauer die Kultur pflegt, daß er sie erhält. Seid Ihr noch freie Bauern, wenn man Euch nicht echte Preise ge-

währt. Wir wissen, daß man die Preise nicht von heute auf morgen abbauen kann, wir wissen, daß dies stufenweise geschehen muß und wir können uns vorstellen, das dies einmal sein wird. Kein Bauer ist glücklich über die Situation: überhaupt, wenn man sie ihm immer wieder vorwirft. Stimmt das, Kollege Pabst? Ist das richtig, Sie kommen selbst später zum Wort und werden darüber sprechen. Daher meine ich, tun wir alles, um den schweren Übergang des freien Bauern in eine neue Welt, in die Welt des Atomzeitalters, möglichst schmerzlos zu gestalten und daß wir den Bauern möglichst so lange behalten, bis vielleicht der Zeitpunkt kommt, an den ich persönlich glaube, wo man nämlich den letzten Bauern herholen und bitten wird, um Gottes Willen, bau wieder etwas an, denn wir brauchen das! Ich glaube, diese Zeit ist gar nicht mehr fern und wenn der Kollege Lackner das mit der Landflucht gesagt hat, dann ist dies ein Beispiel dafür, daß es wirklich so ist, daß wir in dieser schnellebigen Zeit unsere Ansichten bald werden korrigieren müssen. Aber tun wir das in einer anständigen Art und stellen wir nicht den Bauern in den Mittelpunkt als wahlumkämpftes „Stimmvieh“, sondern stellen wir ihn in den Mittelpunkt als Mensch, dem in jeder Lage geholfen werden muß, weil er für die Erhaltung unseres Volkstums wohl der wichtigste Bestandteil überhaupt ist, den wir uns vorstellen können.

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Pabst, ich erteile ihm das Wort. Nach ihm kommt Abgeordneter Lafer zu Wort.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Es ist nur sehr schade, daß Kollege Zinkanell jetzt weggegangen ist. Ich hätte ihm auch noch etwas zu sagen. Verehrter Herr Kollege Zinkanell! Die Benachteiligungen, die wir Bauern — und ich kann mich auch als solcher zählen mit meinen rund 20 Stück Vieh, das momentan noch meine Existenz ist — erleiden, wir wissen davon und wir wissen auch, daß wir kaum Kinos, Theater usw. besuchen können, wie das z. B. für die Stadtbevölkerung eine Selbstverständlichkeit ist. Wir wissen und kennen auch die Arbeitszeit, die der Bauer zu verrichten hat, wir kennen im besonderen, wie die Bäuerin neben der Pflege der Familie wirklich echt schufteten muß, wie sie echt zu Leistungen herangezogen wird und diese vollbringen muß, wie sie von keiner Frau eines anderen Berufsstandes zur Zeit aber auch früher schon nicht verlangt werden. Das kennen wir, aber es ist sehr billig, Herr Kollege Zinkanell, hier so zu polemisieren; Sie wissen auch ganz genau, wie leicht hier eine Änderung herbeizuführen ist — bei dieser Streulage, bei dieser oft großen Abgeschiedenheit der Bauernhöfe und es haben uns gerade die letzten Jahrzehnte seit dem Jahre 1950 hier große Erleichterungen gebracht mit der Aufschließung der Bergbauernhöfe, mit der Enschließung der Bauerhöfe insgesamt, und nur auf diese Art kann und wird eine Verbesserung eintreten und sie ist auch schon auf verschiedensten Gebieten eingetreten. Das können wir schon sagen, das haben nicht

Sie im besonderen vertreten, sondern das haben wir Bauernvertreter uns lange und schwer erkämpfen müssen.

Zum zweiten Punkt: Die sozialen Maßnahmen, von denen Sie sprechen, daß sie heute so schlecht für die Landwirtschaft sind — meine Damen und Herren, hat sich nicht im besonderen seit dem Zweiten Weltkrieg sehr vieles auf dem sozialen Gebiet verändert? Schauen Sie sich nur einmal die Bundesbudgets an, die Beiträge, die nach 1945 bzw. nach 1950 hier gegeben wurden, und vergleichen Sie diese Zuschüsse des Bundes mit den heutigen, so werden Sie sehen, dies ist auch kein Geheimnis, daß große Veränderungen vor sich gegangen sind. (Abg. Brandl: „Bei den Bauern weniger!“). Es ist ein Unterschied, wie ich irgend eine soziale Maßnahme — ob nun Kinderbeihilfe, Zuschußrente, Bauernkrankenkasse oder Bauernpension — einführe. Wer zahlt? Uns sind noch ganz genau die Vorschläge Ihrer Partei bekannt, wo diese Belastungen für die Bauern seinerzeit mit einer sogenannten echten guten Pension 1200 % vom Steuermaßbetrag und noch mehr betragen haben. Das wissen wir noch sehr genau, unsere Bauernvertreter haben hier tragbare soziale Maßnahmen erkämpft und es ist sehr bezeichnend, Herr Kollege Zinkanell, daß gerade die Bauernpension in der Zeit der Alleinregierung der ÖVP geschaffen wurde. (Abg. Brandl: „Ihr habt es ja nicht mehr ausgehalten!“ — Abg. Zinkanell: „Das wäre auch in der Zeit der Koalition schon möglich gewesen!“) Zum weiteren, wenn Sie von den sogenannten kleinen bäuerlichen Betrieben sprechen, welche Ungerechtigkeiten und welche Vorenthaltungen diesen kleinen bäuerlichen Betrieben immer wieder angetan würden, Herr Kollege Zinkanell, auch Sie wissen es zu gut: In der Landwirtschaft haben wir bis dato und auch heute nicht irgend welche Konkurrenzkämpfe ausgetragen. Nie! Wir hatten es auch gar nicht notwendig. In der Landwirtschaftskammer haben wir aber auch den kleinen Bauern oder den Kleinstbetrieben mit einem halben bzw. einem Hektar Grundbesitz, der nur eine Kuh oder noch weniger gehabt hat, nur auf Grund der Tatsache, daß sie 1 Hektar Grund besessen haben, das Wahlrecht eingeräumt, gesetzlich eingeräumt. (Abg. Zinkanell: „Widerwillig!“ — Abg. Brandl: „Da haben wir lange gekämpft darum, wir Sozialisten!“) Zweitens, Herr Kollege Zinkanell, die Kammern haben auch diese kleinen Betriebe immer wieder in ihre Förderung und Beratung eingeschlossen. Und wenn früher schon die Maßnahmen vom verstorbenen Landesrat Pirisch im besonderen aufgezählt wurden, die sogenannten Kleinlandwirtehilfen, dann ist das ein ganz besonderes Zeichen dafür, daß von unserer Seite für die kleinen Betriebe immer ein echtes Verständnis gegeben war. Und zu Ihrem Schlußsatz, Herr Kollege Zinkanell. Sie haben appelliert, daß die österreichische Bauernschaft modern denken, sich umschulen müsse, aufgeschlossen sein müsse usw. usf. Es waren sehr schöne Worte, nur muß ich Ihnen auch sehr offen sagen, von diesen Ihren Worten halte ich gar nichts, und zwar aus dem Grund, weil gerade in Ihrer Partei immer wieder die führenden Köpfe in großen oder kleinen Reden von der Subventionierung des Bauernstandes in Österreich, von der

Rückständigkeit des Bauern sprechen usw. Deshalb halte ich davon überhaupt nichts. (Abg. Zinkanell: „Wir reden von einer vernünftigen Anwendung der Gelder!“) Das sind ganz leere Worte, die Sie heute hier verzapfen möchten, die Ihnen aber letztlich die Bauern nicht glauben! (Beifall bei der ÖVP! — Landesrat Bammer: „Was heißt hier verzapfen? Ist das ein parlamentarischer Ausdruck?“)

Und nun möchte ich auch auf den Herrn Kollegen Scheer zurückkommen. Vorgestern hat auch DDr. Götz davon gesprochen, und zwar von den sogenannten kostendeckenden Preisen der Landwirtschaft. Meine Verehrten! Sicher ist, daß wir gerne kostendeckende Preise hätten. Sagen Sie mir aber ein Land, ob nun in dieser oder jener Form, irgendwie wird die Landwirtschaft bzw. die landwirtschaftliche Produktion immer wieder gestützt. Warum? (Abg. Götz: „Herr Kollege, dann zitieren Sie richtig!“) Weil wir doch wie kein anderer Beruf den verschiedensten klimatischen und sonstigen Gegebenheiten der Natur einfach ausgeliefert sind. Es ist halt einmal so, daß die Kuh derzeit nur eine gewisse Menge Milch liefert und daß es im Jahr nur eine Getreideernte gibt oder einmal im Jahr ein Kalb gibt. Das ist leider Gottes eine gegebene Tatsache (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Warum leider?“), die wir nicht ändern können und wofür normalerweise ein gewisses Verständnis notwendig ist, das die gesamte Bevölkerung aufbringen muß. Wir erleben immer wieder in Notzeiten selbstverständlich bestes Verständnis. Wenn ich heute bei der Rede des Herrn Kollegen Zinkanell zugehört habe, muß man fragen, warum überhaupt die Landwirtschaft mit solchen Schwierigkeiten kämpfen muß? Das ist aber nur heute so, im Steirischen Landtag, in Wien wird immer wieder von der „privilegierten Landwirtschaft“ gesprochen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Sind Sie der Meinung, daß die jetzigen Preise richtig sind?“) Richtig oder nicht richtig, es ist kaum zu ändern. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das ist Ihre Meinung?“) Der Herr Kollege Scheer hat auch angefragt, was ich dazu sage, daß das Magermilchpulver mit 3, 4 Schilling an die Industrie verbilligt abgegeben wird, während der Bauer es zu erhöhten Preisen rückübernehmen muß. Das ist richtig. Ich halte das sicher nicht für ideal. Aber auch Sie wissen es, Herr Kollege Scheer, Überschüsse zu verwerten, ist nicht immer mit kostendeckenden Preisen möglich. (Abg. Scheer: „Aber doch nicht auf dem Rücken des einzelnen Bauern!“) Bei diesem Milchpulver handelt es sich um ein ausgesprochenes Überschußprodukt aus der vergangenen Zeit, zum Teil sogar noch von 1968, wo wir in der Landwirtschaft die besonderen Schwierigkeiten gehabt haben.

Und nun, meine verehrten Damen und Herren, zurück zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. In der Gruppe 7, U. A. 739, Beiträge an die Kammern, fallen zwei Posten besonders auf, nämlich einmal 10 Millionen Schilling als Förderungsbeiträge an die Kammer für Land- und Forstwirtschaft und zum anderen ein Förderungsbeitrag für die Personalforderungen dieser Landwirtschaftskammern. Den Damen und Herren des Hohen Hauses ist es ja

ohnehin bekannt, daß Landwirtschaftsförderung Aufgabe des Landes ist. Diese Aufgabe wurde nach dem 2. Weltkrieg richtigerweise den Landes-Landwirtschaftskammern übertragen. Durch den Auf- und Ausbau der Bezirkskammern in allen Bezirken unseres Landes werden nun die Bauern über die Bezirkskammern bestens beraten und kann sich sicher diese Kammer mit allen anderen Kammern messen, obwohl die Streulage, aber auch die Vielfältigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe diese Betreuung oft sehr schwierig machen. Bei der vorjährigen Budgetdebatte wurde im Hohen Haus kritisiert — ich glaube, es war auch Kollege Zinkanell — und die Personaleinsparungskommission von der Landes-Landwirtschaftskammer als lächerlich hingestellt. (Abg. Zinkanell: „Moment! Moment!“) Tatsächlich ist es so, daß in den letzten zwei Jahren insgesamt 40 Angestellte eingespart werden konnten. Der Personalstand beträgt zur Zeit 716, Sie wissen das auch aus dem Tätigkeitsbericht, daß davon in der Verwaltung 126 tätig sind, während die übrigen 590 Beratungs- und Förderungsmaßnahmen zu erfüllen haben. Beratung praktisch in allen Lebens- aber auch wirtschaftlichen Angelegenheiten. Ob es sich nun um eine Hofübergabe, Abschluß von Pachtverträgen, um Steuer- oder Rechtsfragenberatung, Beratung in der allgemeinen Wirtschaftsführung, Spezialisierung, Umstellung im Pflanzenbau, in der Forstwirtschaft handelt, überall erfüllt diese Kammer mit den 570 Beratungsorganen ihre Aufgabe. Wenn die Kammerarbeit vereinzelt, das geschieht von Ihnen aus auch immer wieder, kritisiert wird, so muß ich erstens fragen, wo gibt es keine Kritik, zweitens aber glaube ich, sagen zu können, daß manchem Kritiker die so gute Betreuung nicht paßt. Die Bauern sind jedenfalls damit zufrieden. Wesentlich geringer sind die Kosten der Betreuung für das Land über die Kammer, als wenn das Land selbst diese Förderung durchführen müßte.

Eine besondere Förderung erfährt die Landwirtschaft in der Tierzucht. Hier sind 71 Angestellte tätig. Die Förderung der Tierzucht hat sich bestens ausgewirkt. Österreich ist in den letzten Jahren zum ersten Zuchtviehexportland von Europa geworden. Das ist eine sehr erfreuliche, aber auch stolze Feststellung. Aus der Steiermark gehen derzeit rund 70 % des Zuchtviehs von den Versteigerungen in den Export. So z. B. 13.787 Stück Zuchtrinder mit einem Durchschnittspreis von 10.000 Schilling im vorigen Jahr, und auch heuer wird diese Ziffer ähnlich sein. Die Masse dieser Zuchtrinder geht nach Italien, aber auch nach Westdeutschland, Frankreich, in andere westliche, aber auch Oststaaten. Das Geheimnis dieses Erfolges liegt darin, daß wir seit Jahren seuchenfreies Zuchtvieh haben und daß wir entsprechende Qualität liefern können. Diese Qualität ist aber nur erreichbar gewesen durch härteste Anstrengung unserer Bauern in Zusammenarbeit mit den Kammern und Wissenschaftlern.

Erwähnt werden muß auch der Schlachtrinderexport, der sich auch nur durch Seuchenfreiheit entwickeln konnte. So haben wir 1968 aus Österreich insgesamt über 65.000 Stück Schlachtrinder mit einem Erlös von 1 Milliarde 85 Millionen Schilling

ausführen können. Aus der Steiermark wurden über 18.700 Stück Schlachtrinder exportiert. Davon wieder 95 % nach Italien. Auch hier liegen die heurigen Ziffern ähnlich. Nachdem der gesamte Fleischverbrauch in Italien derzeit noch mit durchschnittlich nur 20 kg gegeben ist und der Rinderstand in Italien auch ständig rückläufig ist, haben wir besonders für die Steiermark in Zukunft sehr gute Exportaussichten, besonders beim Rinderexport, wenn die EWG-Diskriminierung fallen würde. Im übrigen muß vermerkt werden, daß auch in Österreich die rinderhaltenden Betriebe in den letzten 15 Jahren um mehr als 85.000 Betriebe zurückgegangen sind. Wir haben derzeit 261.000 rinderhaltende Betriebe in Österreich und gerade im heurigen Jahr ist bei diesen Betrieben wieder ein besonderer Rückgang festzustellen. Trotzdem hat sich die Schlachtrinderproduktion seit dem Jahre 1950 auf fast das Doppelte gesteigert, und zwar auf 542.000 Stück. In Tonnen, und hier kommt die Qualität des Schlachtviehs besonders zum Ausdruck, ist die Erzeugung von 65.000 t auf 158.000 t angestiegen, also eine ganz gewaltige Leistung der österreichischen Bauern zur guten Versorgung unserer Konsumenten.

Ganz kurz auch zur vielkritisierten Preissituation: Die österreichischen Bauern haben in den letzten drei Jahren Schlachtviehpreisrückgänge zur Kenntnis nehmen müssen. Wir haben auch in diesem Hohen Haus darüber schon einige Male gesprochen. Dieser Rückgang betrug im Durchschnitt mehr als einen Schilling pro Kilogramm. Wenn sich nun im heurigen Jahr der Schlachtrinderpreis endlich nach drei Jahren über den Preis von 1966 erhöht hat, so meine ich, sollte man diese Erhöhung den Bauern gönnen, denn der Preis ist ja der Lohn für den Bauern. Ich glaube, ich brauche nicht zu sagen, was sich seither auf dem Lohn- und Preissektor geändert hat.

Tierzucht ohne Milchwirtschaft ist nicht möglich. So hat die Kammer auch auf diesem Gebiet wertvollste Unterstützung hinsichtlich Beratung und Förderung zu leisten. In dieser Sparte sind 35 Angestellte bei der Kammer beschäftigt und zwar in der Hauptsache Milchwarte. Sie wissen alle, daß sich die österreichische Milchwirtschaft vor allem in den letzten 10 Jahren sehr gut entwickelt hat — es wurde heute kritisiert, daß sie sich zu gut entwickelt hätte. Ich bin der Meinung, daß es wesentlich besser ist — dies habe ich in diesem Haus bereits öfters festgestellt —, daß eine gewisse Mehrproduktion nur ein gutes Ruhekissen ist, wodurch man eine gewisse Sicherheit hat. Von einem Butterberg in diesem Zusammenhang in Österreich zu reden, war nie angebracht. Die Situation hat sich so entwickelt, daß wir um die Mitte des vorigen Jahres größere Schwierigkeiten im Absatz und Export hatten. Die Bauernführung und die Präsidentenkonferenz haben mit der Einführung des 19-Groschen-Absatzförderungsbeitrages pro Liter Milch sicher schwer eingegriffen. Dies wurde von den Bauern auch zunächst vielfach sehr kritisiert, doch der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Innerhalb eines halben Jahres sind in Österreich die Kühe um 27.000 Stück weniger geworden, in der Steiermark allein um rund 8000 Stück. Das hat sich natürlich auf die Milchablieferung ausgewirkt. Es hat eine Umstellung gebracht und so haben wir über ein gutes Jahr

kaum Sorgen auf dem Milchsektor. Heuer ist die Milchablieferung weiter gesunken. In Österreich ist im Laufe des gesamten Jahres mit einem Rückgang von 1½ % bis 2 % zu rechnen. Die Steiermark ist an diesem Rückgang am stärksten beteiligt. Wir rechnen mit einem Rückgang von 5 % bis 6 % von der vorjährigen Milchlieferung. Dazu kommt noch, daß wir heuer im Käseabsatz in der Steiermark dank der erstklassigen Qualität und der „Desserta-Propaganda“ eine Absatzsteigerung von rund 16 % verzeichnen können.

Der Käseimport ist wieder, obwohl liberalisiert, um 25 % auf 2400 Tonnen gesunken. Und der Käseexport ist um weitere 10 % auf rund 16.000 Tonnen gestiegen. In die EWG allein haben wir heuer über 6000 Tonnen Emmentaler exportieren können. Auch hier wieder dank der guten Qualität.

Bei Butter hat sich der Absatz in Österreich heuer um 5,4 % gesteigert. Der Export war etwas rückläufig, aber nicht wegen der Anstände in England, wie böswillig behauptet wurde, sondern weil die Milchlieferung zurückging und die Verwertung der Milch über die Buttererzeugung zum Export am schlechtesten ist. Auch der Preis bei Butter ist immer wieder einer gewissen Kritik ausgesetzt. Er sei viel zu hoch. Meine verehrten Damen und Herren! Ich frage Sie: Finden Sie wirklich, daß der Butterpreis mit 40 bzw. jetzt 42 S hoch ist, wenn man, wie Sie ohnehin wissen, zur Erzeugung von 1 kg Butter 20 Liter Milch benötigt und diese 20 Liter Milch mit einem Produzentenpreis von S 2.30 allein 46 Schilling ausmachen? Billiger wird eine solche Qualitätsbutter in keinem anderen Land der Konsumentenschaft zur Verfügung gestellt. Jedenfalls konnten wir in der Steiermark und Österreich die schwierige Situation meistern, wie es anderen Ländern bei weitem nicht gelungen ist. Denken wir nur an die großen Agrarsorgen in der EWG. Wir wissen ganz genau, daß wir auf dem Sektor der Milchwirtschaft hier nichts zu erwarten haben, wohl auf dem Rindersektor. Die Bauern haben sich äußerst angestrengt, soweit es nur irgendwo möglich ist und war, marktgerecht zu erzeugen. Probleme und Schwierigkeiten wird es immer geben, besonders auch bei jenen landwirtschaftlichen Betrieben, die man nicht als existenzfähige Landwirtschaftsbetriebe bezeichnen kann, die nur im Neben- bzw. Zuerwerb die Existenz sichern können. Diese Betriebe nehmen durch die Rationalisierungsmaßnahmen usw. immer stärker zu. Das ist uns allen bekannt. Aber es wird uns gerade das neue Arbeitsmarktförderungsgesetz, das auch in dieser OVP-Alleinregierungszeit zum Gesetz geworden ist, wertvoll helfen. Zu diesem Zweck wurde vor kurzem bei der steirischen Landes-Landwirtschaftskammer ein eigener Beirat für Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbauern in Leben gerufen, um diesen Betrieben beratend und fördernd helfen zu können. Wir sind der Meinung, daß es wertvoll ist, Menschen, die Tiere, Grund und Boden lieben und bereit sind, diese zu betreuen und zu pflegen, auch auf eigenem Grund und Boden zu erhalten. Sie sind nicht nur Lebensmittelproduzenten schlechthin, auf die man momentan sicher verzichten könnte, sondern auch wertvollste Pfleger unserer schönen Heimat. Und daß diese

auch in der Zukunft erhalten bleibt, sollen die Beiträge des Landes zur Landwirtschaftsförderung auch dienen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Lafer, nach ihm 3. Präsident Dr. Heidinger.

Abg. Lafer: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Darf ich vielleicht zuerst eine kleine Frage an den Kollegen Zinkanell richten, ob es nicht doch möglich wäre, einmal einen Modellfall zu schaffen für eine Landwirtschaft, ganz gleichgültig, welche Größe, der dann die Gesteungskosten errechnet für alle erzeugten Produkte, meintwegen mit der 40-Stunden-Woche, auf die wir genauso Anspruch haben wie alle anderen Berufsstände, aber dann gleichzeitig auch die Frage aufstellen, ohne daß dadurch Preisaufläufe für die Lebensmittel für die Konsumenten erfolgen mögen. Diese Frage wäre sehr wichtig zu klären.

Aber, meine Damen und Herren, ich wollte mich heute einem besonderen Kapitel zuwenden, und zwar den Problemen der Meliorationen und der Flurbereinigung. In Zeiten eines gewissen Lebensmittelüberflusses denkt der Laie vielleicht, daß diese Sanierungsmaßnahmen der Bodenverbesserung nicht von Bedeutung und auch nicht notwendig sind. Aber ich darf darauf verweisen, daß in jedem Jahr große Flächen besten Landes — man spricht in Österreich von etwa 4000 bis 5000 ha — durch Inanspruchnahme für öffentliche Anlagen, wie zum Beispiel Verkehrsflächen, Bau von Betriebsanlagen, Wohnbauten usw. der Landwirtschaft verlorengehen. Die Meliorationstätigkeit und eine entsprechende finanzielle Förderung derselben durch Land und Bund erscheint daher unbedingt gerechtfertigt. Durch die Entwässerungen werden in erster Linie günstige ebene Flächen ertragsfähig gemacht. Diese Flächen sind jedenfalls nach der Entwässerung maschinell gut bearbeitet, so daß die Kosten der Meliorationen auch wirtschaftlich gerechtfertigt sind. Allerdings, meine Damen und Herren, wäre bei allen Kleinentwässerungen mit einem Kostenaufwand von über 100.000 S die Wirtschaftlichkeit in jedem einzelnen Fall zu überprüfen. Eine Ausnahme sollten nur jene Fälle bilden, wo es sich um Entwässerungsmaßnahmen zum Schutze bestehender Baulichkeiten handelt. Hier darf ich nun auf die sogenannten Kleinentwässerungen kommen. Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier um Drainagen im Hügelland. Diese Maßnahmen dienen nicht so sehr der Gewinnung von Kulturland, sondern sind vielfach die einzige Möglichkeit, erdrutschgefährdete Bauobjekte vor der Zerstörung zu bewahren. Die Schaffung neuer Kulturflächen erfolgt in erster Linie im Flachland. Diese neu gewonnenen traktorfähigen Flächen geben den Berg- und Hügellandwirten die Möglichkeit, auf die weitere da und dort unwirtschaftliche Bewirtschaftung der sogenannten Grenzertragsböden zu verzichten und auf das Flachland auszuweichen. Die ungünstig gelegenen Flächen bieten sich der Aufforstung in idealer Weise an. Die Erschließung von Odland und die Kultivierung von Mooren und dergleichen schafft auch einen gerechten Ausgleich für den ständigen Verlust von wert-

vollem Kulturboden. Die Erschließungsarbeiten bedeuten nicht eine Vermehrung bzw. Vergrößerung der Anbauflächen, sondern gleichen nur den alljährlich auftretenden Verlust durch die Bodeninanspruchnahme zum geringen Teil aus. Trotz der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel hat die zuständige Fachabteilung auf dem Sektor Entwässerungsanlagen viel geleistet und verdient deren Tätigkeit Dank und Anerkennung. Gestatten Sie mir, einige Zahlen anzuführen. In den Jahren 1958 bis 1969 wurden bei insgesamt 164 genossenschaftlichen Entwässerungsanlagen und 3490 Kleinanlagen solche Entwässerungen durchgeführt. Die meliorierte Fläche ergibt in diesem Zeitraum ein Ausmaß von rund 12.000 ha. Diese Fläche entspricht fast der Grundfläche des Gerichtsbezirkes Radkersburg. Die Baukosten sämtlicher Anlagen betragen in diesem Zeitraum über 230 Millionen Schilling, die durchschnittlichen Kosten pro Hektar meliorierter Grundfläche betragen daher etwa 12.200 S. Von diesen Baukosten wurden aus öffentlichen Mitteln fast 133 Millionen oder etwa 57 % und 97 Millionen, das sind rund 43 % von den Interessenten aufgebracht. Im Jahre 1969 bis Oktober wurden 450 ha Fläche in genossenschaftlichen Anlagen entwässert und 517 ha Kleindrainagen durchgeführt. Für das Bauprogramm 1970 lassen die von Bund und Land erwarteten Mittel zu, daß ungefähr die gleiche Fläche wie im Jahre 1969 entwässert werden kann. Allerdings darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß bei sinkendem Bauwert und gleichbleibenden Beträgen weniger Hektare entwässert werden können.

Mit der Frage der Melioration ist auch die Frage der Grundzusammenlegung eng verbunden. Es ist des öfteren vorgekommen, daß dringende Grundzusammenlegungen wegen nicht vorhandener Mittel für die vorher durchzuführenden Entwässerungen nicht erfolgen konnten und manche Vorhaben längere Zeit hinausgezögert werden mußten. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß gerade bei den vielen Kleinbetrieben der Ost- und Untersteiermark eine moderne maschinelle Wirtschaftsweise erst nach einer Zusammenlegung der vielen Streuflächen möglich ist. Eine entsprechende Dotierung der Grundzusammenlegungsmaßnahmen bildet daher auch eine gerechte Forderung der steirischen Bauernschaft. Beim Stand der derzeit für Kommassierungen und Meliorationen zur Verfügung stehenden Mittel muß damit gerechnet werden, daß etwa in 40 bis 50 Jahren alle in Frage kommenden Projekte erledigt werden können. Die Jahresleistung in der Zusammenlegung — Flurbereinigung Österreichs — im Durchschnitt der Jahre 1951—1960 gesehen, war 16.000 ha, 1961—1967 eine Steigerung auf 21.000 ha und erreichte im Jahre 1968 die Fläche von 30.000 ha. Zwischen 1961 und 1968 wurden in Österreich insgesamt 178.900 ha zusammengelegt. Noch sind allerdings rund 408.000 ha zu kommassieren. In Steiermark sind es nach vorsichtiger Schätzung rund 80.000 ha, die zum Teil nach vorheriger Entwässerung in den besten landwirtschaftlichen Kulturboden umgewandelt werden können.

Nun die Zahlen, steirisch gesehen, für die Zusammenlegung: Von 1960 bis 1969 wurden 79 Projekte mit insgesamt 15.892 ha zusammengelegt. Die

Kosten hierfür betragen in diesem Zeitraum 158 Millionen Schilling, wobei etwa 40 % von den Interessenten und 60 % aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wurden. Im Jahre 1969 wurden 7 Projekte durchgeführt mit 2443 ha und einem Aufwand von 18,5 Millionen Schilling. Die Interessentenleistung betrug hier 8,4 Millionen Schilling. Der Aufwand bei den Zusammenlegungen kann nach dieser Darstellung pro Hektar mit etwa 7000 Schilling angenommen werden. Vielleicht wäre es möglich, die Mittel im nächsten Haushaltsplan so abzustimmen, daß keine Verzögerung der Grundzusammenlegung wegen nicht durchgeführter Entwässerung eintritt.

Hohes Haus! Ich möchte abschließend die Hohe Landesregierung ersuchen, beim Bund vorstellig zu werden, daß auch von dort die entsprechenden Mittel zur Erschließung neuer landwirtschaftlicher maschineneinsatzfähiger Kulturböden zur Verfügung gestellt werden, denn die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Staates, meine Damen und Herren, erscheint nur so lange gewährleistet, als unsere Grundnahrungsmittel auf eigener Scholle erzeugt werden können. (Beifall.)

Präsident: Nächster Redner ist Präsident Dr. Heidinger.

3. Präsident Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist verständlich, daß in der Agrardebatte vor allem durch unseren Hauptredner Kollegen Koiner und durch den Abgeordneten Zinkanell die Fragen der Strukturänderung in den Vordergrund gestellt wurden. Abg. Koiner hat eine Vision 2000 gegeben, wie es etwa sein könnte. Kollege Zinkanell hat sich ein bißchen — ich will nicht sagen demagogisch, aber auf gut steirisch nach dem Motto „Klampfl anhängen“ betätigt und hat dabei vielleicht so getan, als ob alle guten Ideen nur im Schoße seiner Partei und im Schoße seines Hirnes entstanden wären und alles Böse vom OVP-Bauernbund käme. Ich glaube, so kann man die Dinge nicht sehen, schon deswegen nicht, Herr Kollege Zinkanell, weil Sie ja selbst zitiert haben Stimmen von jungen Bauern, und wenn wir die nicht in unseren Schulen ausgebildet hätten, insbesondere unsere Landjugend, so daß sie heute echt flexibel geworden sind, na, dann hätten Sie solche Äußerungen gar nicht gehört. Über diese Flexibilität darf ich doch aus den letzten drei Jahren Sie erinnern, daß etwa die Maisfläche um 112 % seit 1966 gestiegen ist, so schnell, daß Herr 1. Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schächner-Blazizek das noch gar nicht überzogen hat. (Abg. Zinkanell: „Das muß noch richtiggestellt werden, das ist ein Irrtum der Zeitung!“) Also bitte, dann hätte man es aber sogleich richtigstellen müssen, weil die Leser es gesehen und geglaubt haben, Herr Kollege. Ich habe es nicht geglaubt, weil ich es besser wußte.

Die Gerstenfläche ist um 32 % gestiegen, während in der gleichen Zeit die Weizenfläche um 55 % und die Kartoffelfläche um 20 % gesunken sind. Sie sehen also, mit welcher schneller Reaktionsgeschwindigkeit unsere Bauern auf die strukturellen Gegebenheiten reagieren. (Abg. Zinkanell: „Wie man die Produktion umstellen wollte vor Jahren hat es geheißt, der Zinkanell will die Produktion drosseln!“)

Ja, man wird auch gescheiter. Sie auch, Herr Kollege hoffentlich. Schließlich, Herr Kollege, haben Sie ja dann erklärt, Sie stimmen dem Budget zu. Wenn es so schlecht wäre, hätten Sie ja dagegen stimmen müssen.

Noch etwas möchte ich sagen, Herr Kollege: Wenn man zitiert, dann muß man schon den ganzen Sinn zitieren. Man darf nichts aus dem Grünen Bericht herausreißen, sondern man muß ihn ganz lesen, und ich lese es jetzt vor, damit die anderen es auch hören: Es heißt hier: „Obgleich für die Erzielung eines angemessenen Einkommens die unternehmerischen Fähigkeiten des Betriebsleiters“ — was wir immer betonen — „von entscheidender Bedeutung sind, erscheint in den Ackerbaubetrieben“ Herr Kollege, das ist eine ganz gewisse . . . (Abg. Zinkanell: „Weiterlesen, Herr Kollege!“) ja, ja, ich lese schon weiter — „in den Ackerbaubetrieben die für eine angemessene Einkommensbildung notwendige Fläche derzeit mindestens zwischen 10 und 20 ha“ und ich lese auch weiter, weil ich nicht so unfair bin wie Sie „eher aber zwischen 20 und 50 ha zu liegen.“ (Abg. Zinkanell: „Die waren ja auch sehr vorsichtig, die Herren Beamten, zuviel haben sie sich nicht zu sagen getraut!“) Ach geh, die Beamten getrauen sich allerhand!

Und nun darf ich zur Strukturveränderung noch etwas sagen: Schauen Sie, natürlich ändern sich die Probleme und damit auch die politischen Notwendigkeiten und Gegebenheiten. Die erste Phase nach 1945, das hat der Kollege Lackner mit Recht gesagt, war sozusagen Erzeugung um jeden Preis, um den Hunger zu stillen, und der Wiederaufbau unserer zerstörten oststeirischen Bauernhöfe. Die zweite Phase war das Modernisieren und Investieren und die dritte Phase etwa von 1958 an war die Einkommenssteigerung durch die Erhöhung der Produktivität. Ich glaube, auch das ist eine Leistung der Bauernschaft, die man anerkennen kann, auch daß die Produktivität in dieser Zeit um 72 % gestiegen ist. Die Zahl der Vollarbeitskräfte allerdings ist in dieser Zeit um ein Viertel, um 25 %, auf 600.000 zurückgegangen. Sehen Sie, nun wo wir den Erzeugungsspielraum voll ausgenutzt haben, Sie persönlich haben gemeint, er ist überzogen — etwa in der Milchwirtschaft, ist es doch so, daß wir hier im Extremfall zwei Lösungsmöglichkeiten haben: Die eine, die Mansholt zugegebenermaßen als Modell vertritt: weitere Abwanderung, größere Produktionseinheiten; was aber nicht bedacht wird dabei, ist, daß selbst wenn dies vom landwirtschaftlichen Standpunkt richtig wäre, die Verdünnung der Bevölkerung im ländlichen Raum eine weitere Folgewirkung hätte, ich würde sagen, einen negativen Multiplikator, und letztlich natürlich der Greißler, der Pfarrer, der Arzt, der Schuster, auch aus dem Dorf und aus den Märkten verschwinden müßte. Daher scheint uns dieser Weg nicht sinnvoll und nicht gangbar. Wir sind anderer Meinung. Wir sind der Meinung, daß die sinnvolle Verwebung von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben mit Zusatzeinkommen aus gewerblicher Tätigkeit, aus dem Fremdenverkehr — heute ist hier im Hohen Haus darüber schon sehr viel gesprochen worden — die Lösung ist. Es ist so, daß die Landwirtschaftskam-

mer in einer Strukturhebung, die jetzt gerade läuft, fachliche Unterlagen sich erarbeitet. Es ist interessant, daß die Auswertung von etwa einem Drittel der Betriebe des Bezirkes Feldbach folgendes Bild ergibt: Wir haben in diesem agrarischen Bezirk nur mehr 50 % Vollerwerbsbetriebe, wir haben 27 % Betriebe mit übergeordnetem Nebenerwerb, 13 % mit untergeordnetem Nebenerwerb und 10 % Betriebe, wo ein Nebenerwerb dringend empfehlenswert wäre aus verschiedenen Gründen, aber derzeit nicht durchgeführt wird. Daher haben wir eine besondere Freude über den Unterabschnitt 751 in unserem Voranschlag, das ist die sogenannten Grenzlandförderung, die schon viel länger läuft, als die Strukturdebatten in der Öffentlichkeit in Gang gekommen sind. Seit 1966, solange die Legislaturperiode dieses Hohen Landtages läuft, wurden im Rahmen dieser Voranschlagspost 42 Millionen Sausgegeben. Wir haben auch eine Freude, auch als Landwirte, über den außerordentlichen Voranschlagsposten 78,10 bis 12, wo wir seit 1947 292 Millionen — Stichtag 30. 11. — ausgegeben und damit 3600 gewerbliche Arbeitsplätze neu gefördert haben, also Faustregel 100.000 S Förderung pro Arbeitsplatz, nicht als Beihilfe, sondern meistens in Kreditform. Nun können Sie sagen, der Kollege Götz hat das gemeint, das sind nur Spritzen, um Kranke am Leben zu erhalten. Er war der Meinung mit Nietzsche, „was fallen muß, soll man noch stoßen“. So ist es nicht, Herr Abgeordneter DDr. Götz. Es ist echt ein Ergebnis erzielt worden damit, das läßt sich ablesen aus der Industriebeschäftigtenstatistik, die zum 30. September 1969 96.000 Beschäftigte, das ist um 3000 Beschäftigte mehr als 1968, aufweist. Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß viele gewerbliche Arbeitsplätze, die nicht in der Industriestatistik enthalten sind, gefördert wurden. Für den Bezirk Leibnitz können wir Ihnen an Hand der Regionalplanung Zahlen vorlegen, daß diese regionale Strukturförderung mit örtlichen Schwerpunktbildungen, die die Möglichkeit bieten, daß die Landwirte aus der Umgebung pendeln und dort ihre Nebenerwerbseinkommen oder Zuerwerbseinkommen beziehen und so auf ihren Höfen bleiben, gesamtwirtschaftlich positiv sind. Wir haben im Bezirk Leibnitz 1961 noch eine Agrarquote von 55 % gehabt, 1961 war das Inlandsprodukt, also die Wertschöpfung pro Beschäftigtem im Bezirk Leibnitz nur 47 % des österreichischen Durchschnitts, und im Jahre 1964, da waren die Grenzlandförderungsmaßnahmen schon wirksam, und natürlich auch die Eigendynamik des Raumes Leibnitz, ist es immerhin auf 57 % angestiegen. Ich glaube daher, daß das Ziel unserer regionalen Strukturpolitik auch im Interesse der Landwirtschaft die dezentrale Konzentration, regionale Schwerpunktbildung als Einpendlerzentren sein muß. Wir sind der Meinung, daß Hilfen und Möglichkeiten geschaffen werden müssen, den menschlichen Ablauf der unvermeidlichen Änderungen, die wir immer wieder erleben werden, zu gewährleisten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Brandl hat als nächster Redner das Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Trummer.

Abg. Brandl: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe Anfang Oktober die Möglichkeit gehabt, in Linz an einer Tagung der Agrarsozialen Gesellschaft aus Deutschland teilzunehmen, an der sehr namhafte Experten der Agrarpolitik, unter anderem auch unser Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer und Agrarexperten aus westeuropäischen Ländern, zu den aktuellen Problemen der Agrarpolitik Stellung genommen haben. Diese Agrarsoziale Gesellschaft steht unter der Führung von Sozialdemokraten. Ihr Präsident ist der derzeitige Staatsminister Dr. Tröscher, das ist der Landwirtschaftsminister von Hessen. Und es ist bestimmt sehr interessant für alle Teilnehmer gewesen, was hier allgemein ausgesagt wurde. Der Herr Abgeordnete Koerner — er ist, glaube ich, momentan nicht hier — hat einleitend in seiner Rede festgestellt, daß ich voriges Jahr gesagt habe, die österreichische Agrarpolitik müßte sich am Mansholt-Plan orientieren. Das stimmt nicht. Ich habe über Mansholt gesprochen, über die Beschlüsse in der EWG gesprochen, davon etwas ausgesagt, daß nicht Mansholt allein die Politik bestimmt, sondern zusammen mit den Landwirtschaftsministern in der EWG und dergleichen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Der Landwirtschaftsminister Schleinzer hat das gesagt, nicht Sie!“) Ich darf aber in Ergänzung zu dem, was Kollege Zinkanell bereits gesagt hat, aus dem Vortrag, den der Landwirtschaftsminister Doktor Tröscher gehalten hat, einiges vorlesen, weil meiner Meinung nach hier am besten das Verhältnis und die Stellung zum Ausdruck kommt. „Es ist das unleugbare Verdienst von Herrn Mansholt, daß er mit seinem Memorandum Maßstäbe gesetzt hat, mit denen man sich auseinandersetzen muß. Die Größenvorstellungen für die landwirtschaftlichen Unternehmen sind, was die Bestandsgrößen betrifft, für norddeutsche Verhältnisse durchaus realistisch. Es gibt dort genügend Betriebe, die beim Einsatz gezielter Förderungsmittel individuell oder durch überbetriebliche Zusammenarbeit derartige Kapazitäten erreichen werden. Diese Betriebe dürften wohl auch langfristig rentabel produzieren können. Anders sieht es im westlichen und südlichen Teil der Bundesrepublik aus, und daran können wir uns in Österreich auch anlehnen. So haben wir in Hessen, einem kleinbäuerlich strukturierten Land mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 8 ha, seit über einem Jahr, also 6 Monate vor Mansholt, folgendes getan: Nach Absprache mit allen unseren landwirtschaftlichen Organisationen und der Wissenschaft werden bei uns mit Mitteln des Landes Hessen nur noch Neubauten oder Umbauten gefördert, wenn die Betriebe damit bestimmte Mindestkapazitäten — und das ist auch heute schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden — oder sogenannte technisierungswürdige Einheiten erreichen. Für 1968/69 wurden als Mindestgrößen festgelegt: 20 Kühe oder 40 Masttiere oder 20 Zuchtsauen oder 100 Schweinemastplätze oder 1500 Legehennen oder 8000 Stück Mastgeflügel. Es soll uns dabei gleichgültig sein, sagt Staatsminister Dr. Tröscher, ob diese Einheiten im Einzelbetriebe oder im Gemeinschaftsstall erreicht werden. Wir sind also, wenn Sie wollen, Mini-Mansholt. Aber wir bleiben Realisten, wir sind viel-

leicht im Gegensatz zu Mansholt soziale Realisten, und wir sind sicher, daß wir mit dieser Limitierung bei den ständig spärlich fließenden Mitteln und den permanent steigenden Kosten eine zukunftsorientierte, vernünftige Agrarstrukturpolitik betreiben können. Gleichzeitig verhindern wir mit jenen Werten, daß sich Kleinbetriebe ohne Zukunftschancen in eine aussichtslose Lage stürzen, wenn sie hohe Kredite aufnehmen.“

Ich habe Ihnen das ganz bewußt vorgelesen, weil die Österreichische Volkspartei für sich immer in Anspruch nimmt, daß sie, nur sie allein sich mit agrarischen Problemen auseinandersetzen kann, und den Sozialisten die Fähigkeit von vornherein abspricht, sich auch mit diesen Dingen auseinanderzusetzen. Und wenn wir nach Hessen schauen, glaube ich, können wir gerade vom steirischen Raum aus sagen, daß wir gewisse Vergleichsmöglichkeiten hier anstreben können. Und nun zu einem anderen Problem: Es hat sich wie ein schwarzer Faden auf der Grundlage der absoluten Mehrheit in Steiermark so herauskristallisiert von Seiten der Österreichischen Volkspartei, daß Sie es für sich in Anspruch nehmen, daß alle Erfolge in der Landespolitik ihnen zuzuschreiben sind. Wo Sozialisten verwalten, ob das das Finanzreferat ist, das Gesundheits- oder Fürsorgewesen, dann ist das ein Verdienst der Steuerzahler, wie einige Abgeordnete von Ihnen das gesagt haben; wenn wir Sozialisten einzeln Kritik geübt haben, waren wir klein-kariert, haben die Dinge nicht ganz verstanden und die Zusammenhänge nicht erkannt und dergleichen mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme ja aus einer Berufsgruppe, wo auf allen Fronten, wenn ich das so nenne, sehr klare Mehrheitsverhältnisse der ÖVP bestehen. Das ist erstens auf der Ebene der Landesgesetzgebung: Für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft beschließt der Steiermärkische Landtag die Ausführungsgesetze, die gesetzliche Interessenvertretung der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer wird ebenfalls von einer Mehrheit der Österreichischen Volkspartei geführt. Die Arbeitgeber, mit denen wir zu verhandeln haben, auf allen Bereichen des Kollektivvertragswesens, sitzen in der Landwirtschaftskammer und dort kann man auch sagen, daß es eindeutige ÖVP-Mehrheit gibt. Ich glaube daher, daß es deshalb angezeigt ist, eine etwas nähere Betrachtung hier anzustellen, um vor allem eine Standortbestimmung vorzunehmen und ganz deutlich auszusprechen, was es bedeutet für den land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer, wenn er es mit einer absoluten ÖVP-Mehrheit zu tun hat. Ich darf damit beginnen, daß im Lande Steiermark durch mehr als 20 Jahre ein Landesgesetz mißachtet worden ist, daß wir heute in der Landarbeitsordnung noch immer feststellen müssen, daß keine Dienstnehmerschutzverordnung als zwingende Bestimmung aufgestellt wurde, daß ich diese Frage in jüngster Zeit wieder angeschnitten habe im Hohen Haus, und daß es rege Diskussion darüber gegeben hat, jedoch in der Zwischenzeit hat sich immer noch nichts gerührt.

Wir haben zweitens die Landarbeitsordnung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind

im Lande Steiermark das einzige Bundesland und wir sind als Land- und Forstarbeiter die einzige Berufsgruppe, für die der Nationalfeiertag nicht gesetzlich geregelt ist. Es war eine Forderung der Österreichischen Volkspartei seinerzeit bereits, bei der Erstellung des Nationalfeiertages. Sie können sich erinnern an den Kampf, der hier geführt wurde und wo sich letzten Endes die Kirche hat einschalten müssen und es dann doch dabei geblieben ist, daß kein kirchlicher Feiertag gestrichen wurde, man hat dann innerhalb der Österreichischen Volkspartei die Meinung vertreten, was beim Bund nicht gelingt, wird man auf die Landesebene verlegen und man hat sehr konsequent diese Forderung auch bis heute vertreten. Nach dem Willen der ÖVP soll der Peter-und-Paul-Tag, das ist ein gesetzlich geregelter Feiertag, für die land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer beseitigt werden. (Abg. Pözl: „Das stimmt nicht!“) Er soll beseitigt werden, Herr Abg. Pözl. Können Sie mir etwas anderes sagen? (Abg. Pözl: „Ich werde Dir dann die Wahrheit sagen!“) Es kann mir niemand etwas anderes sagen. Sie sind also der Meinung, der Peter-und-Paul-Tag soll beseitigt werden. (Zwischenruf von der ÖVP.) Ich hätte es aber vorher gerne gewußt. Wir haben bereits eine Regierungsvorlage im Landtag gehabt, wo das eindeutig drinnen war, wir haben aus ganz jüngster Zeit ein Schreiben der Landwirtschaftskammer vorliegen, wo ganz eindeutig geschrieben steht, daß die Landwirtschaftskammer, und damit glaube ich wiederum die ÖVP, nur dann bereit ist, einer Arbeitszeitverkürzung für die Landarbeiter zuzustimmen, wenn andererseits die Gewerkschaft bereit ist, daß sie auf den Peter-und-Paul-Tag verzichten. Ja, man geht zum Teil auch noch weiter, man verlangt auch noch, daß der zweite Landesfeiertag, und zwar der Josefitag, ebenfalls für die land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer beseitigt werden soll. (Abg. Loidl: „Sozialoffensive!“) Ja, das ist ein Stichwort. Meine Damen und Herren, die Abgeordneten der ÖVP reden immer sehr stark davon, was sie alles getan haben in der letzten Zeit, und wenn man dann in diese Bereiche hineinschaut, wo sie allein entscheiden können, wo sie echt die Möglichkeit hätten, zumindest gewisse soziale Rechte zu sichern und gewisse Dinge der Zeit entsprechend zu verbessern, sieht man sehr genau, wie das praktisch vor sich geht. (Abg. Koiner: „Warum tretet Ihr beim Konsum nicht für den Feiertag ein?“) Aber der Konsum hat damit nichts zu tun. Die Bauern feiern auch an diesem Tag, und es war sogar damals vor 20 Jahren eine einheitliche Auffassung des Gesetzgebers, daß man den land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmern gewisse Dinge zuordnet, die sie haben sollten. Wir kommen später noch darauf, welche Dinge nicht so geregelt wurden, wie in vielen anderen Bereichen. Dies ist eine absolute Schmälerung eines bestehenden Rechtes in der derzeitigen Situation. Wir können auch Vergleiche mit den anderen Bundesländern anstellen. Das Problem gilt ja genau so gut in Kärnten, in Salzburg und in anderen Ländern, dort versucht man das auch nicht. Aber in Steiermark bei der absolut klaren Mehrheit der Österreichischen Volkspartei versucht man hier, uns diesen Feiertag zu nehmen. (Abg. Pözl: „Das stimmt doch nicht! Landsrat Dr. Niederl wird dann

schon die Wahrheit sagen!“) Das stimmt ganz genau, ich habe das aufliegen, das schreibt die Landwirtschaftskammer als Bedingung. Ja, die absolute Mehrheit verfügt ja auch über die absolute Wahrheit, ich weiß das!

Wenn ich zu dem Problem Arbeitszeitverkürzung etwas sagen möchte, darf ich feststellen, daß es bei uns in der Land- und Forstwirtschaft auch wieder schwieriger ist wie in Industrie und Gewerbe. Ein neues, modernes, fortschrittliches Arbeitszeitgesetz ist ja bekanntlich am 11. Dezember im Parlament beschlossen worden. Es waren lange Bemühungen und harte Kämpfe vorangegangen, bis man einen gewissen Fortschritt und eine gewisse Angleichung an die Entwicklung anderer westeuropäischer Industriestaaten gefunden hat, aber in der Land- und Forstwirtschaft besteht wieder das Problem, daß wir eine Grundsatzgesetzgebung haben und daß zugleich mit dem Arbeitszeitgesetz für Industrie und Gewerbe auch das Arbeitszeitgrundsatzgesetz für die Land- und Forstwirtschaft beschlossen wurde und daß daraus die Ausführungsgesetzgebung den Ländern übertragen werden muß und daß wir daher ab 1. Jänner 1970 aller Voraussicht nach einen gesetzlosen Zustand haben, denn ich hätte fast, Herr Landesrat — ich war etwas zu optimistisch — gerechnet, daß wir einleitend zu dieser Landtags-sitzung schon eine Regierungsvorlage vor uns liegen haben, damit man zumindest dann im Jänner bei der nächsten Landtagssitzung das Problem hätte beraten können, zwischendurch im Ausschuß selbstverständlich. Eine Regierungsvorlage liegt jedoch nicht vor, sie wird später kommen, es ist die große Frage, bis wann sie dann überhaupt beschlossen werden kann. Hier wird es noch ausreichend Möglichkeiten geben, dazu Stellung zu nehmen.

Und nun ein drittes Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, welches ich Ihnen auch sehr kurz vor Augen führen möchte, und zwar betrifft es das Einkommen der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer: Gerade wir sind auch in erster Linie daran interessiert, daß wir eine funktionierende Landwirtschaft haben, weil selbstverständlich aus einer funktionierenden Landwirtschaft mit einer geänderten Agrarstruktur, mit besseren Verhältnissen, auch die Möglichkeit besteht, dann für die in der Land- und Forstwirtschaft unselbständig Beschäftigten bessere Einkommen zu erzielen. Wenn man sich den Grünen Bericht — und das nehme ich ja an, es ist bei Ihnen manches bestritten, vielleicht ist auch der Grüne Bericht bestritten, ich weiß es nicht, aber die Zahlen stehen drinnen, wir müssen sie als gegeben nehmen — anschaut, müssen wir feststellen, daß die Differenz des Einkommens zwischen dem der unselbständig Beschäftigten in Gewerbe und Industrie, also ausgewiesen in den Gebietskrankenkassen, und den in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten, ausgewiesen in den Landwirtschaftskrankenkassen, von Jahr zu Jahr größer wird. Wir haben in der Gebietskrankenkasse 1968 ein durchschnittliches monatliches Beitragsaufkommen von 3012 S gehabt, die Landwirtschafts-krankenkasse hat 2215 S ausgewiesen, das heißt also, eine Einkommensdifferenz von 800 S. 800 S haben die in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft

beschäftigten Arbeiter weniger als die in Industrie und Gewerbe. Das muß ganz deutlich hier ausgesprochen werden. (Abg. Pözl: „Das liegt in der Natur der Sache. Das ist ein Querschnitt aus der Statistik!“) Nein, nein. Der Querschnitt gilt ganz genauso auch für die Gebietskrankenkasse. Das ist kein Argument, das geht daneben. Wenn wir vom Einkommen sprechen, gerade vom Einkommen der Land- und Forstarbeiter, muß ich genauso wie der Kollege Loidl auf die gewaltigen Probleme der Winterarbeitslosigkeit hinweisen. Er hat für seinen Bereich in der Bauwirtschaft aufgezeigt, daß der Durchschnitt der Winterarbeitslosigkeit bei 45 % (Abg. Loidl: „Im Schnitt!“) liegt. In der Land- und Forstwirtschaft ist der Durchschnitt heute auch schon rund 40 %, wobei noch darauf hinzuweisen ist — und das bitte ich besonders zu beachten — daß wir die gewaltigen Unterschiede in den einzelnen Bezirken haben und daß die jüngste Entwicklung gerade bei den Forstarbeitern zu einer katastrophalen Winterarbeitslosigkeit führt. Wir haben beispielsweise im Bezirk Deutschlandsberg im heurigen Jahr im Winter eine 100 %ige Arbeitslosigkeit der Forstarbeiter gehabt. Diese Zahlen sind jederzeit zu überprüfen. (Abg. Prenner: „Wenn so ein Haufen Schnee ist, wer geht denn hinaus?“ — Abg. Loidl: „Es ist ja früher auch Schnee gewesen!“) Wir haben in Voitsberg 80 % der Forstarbeiter arbeitslos gehabt. Und wir haben in Leibnitz — das hat mit dem Schnee nichts mehr zu tun — bei den Landarbeitern eine Winterarbeitslosigkeit von 90 % gehabt. Wer sich mit diesen Dingen zu beschäftigen hat, der versucht das nicht zu verniedlichen, der weiß sehr genau, daß durch solche Winterarbeitslosigkeit das Einkommen, das ohnehin schon geringer ist, wesentlich gedrückt wird und im Endeffekt noch weniger herauskommt. (Abg. Loidl: „Hör Dir das an, Pözl!“) Vielleicht ist auch noch eines interessant, das möchte ich den Damen und Herren Abgeordneten ein bisserl versuchen vorzurechnen, weil das immer so leichtweg genommen wird. Wir haben gesprochen, wenn Winterarbeitslosigkeit besteht, ist auch ein geringeres Einkommen gegeben. Wir müssen sehr deutlich feststellen, daß es auch Auswirkungen auf die Pension gibt. Wir kennen die derzeitigen Bestimmungen und wir wissen sehr genau, daß in der letzten Zeit vergeblich im Parlament darum gerungen worden ist, daß wir hier zu einer Verbesserung der Bestimmungen kommen, daß diese Zeiten der Arbeitslosigkeit angerechnet werden können und damit diese Benachteiligung nicht besteht.

Ich darf Ihnen sagen, wenn ich eine Beitragsgrundlage von S 3000.— nehme — und jetzt bin ich für ein Land- und Forstarbeiterereinkommen verhältnismäßig sehr hoch angefahren —, und wenn ich nun annehme, daß der Betreffende in den letzten 5 Jahren in jedem Winter drei Monate arbeitslos war, dann bedeutet das, daß seine Pension um 450 S geringer ist als die Pension eines Dienstnehmers, der die Möglichkeit gehabt hat, durchzuarbeiten. Wenn man diese Beitragsgrundlage auf 4000 S erhöht, sind es bereits 600 S Differenz, und wenn wir jetzt noch dazurechnen die Pensionsdynamik, die ständigen Erhöhungen, die Anpassung an die gestiegenen Beitragseinkommen, so müssen wir feststellen, daß sich diese Beträge, die ich vorhin genannt habe, im Laufe

von 10 Jahren verdoppeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Probleme, die zu beachten sind, die nicht damit zu lösen sind, daß einzelne Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei ganz einfach sagen, die Leute gehen eh ganz gern stempeln, denen ist das eh lieber. (Abg. Pözl: „Ein Teil von den Winterarbeitslosen geht mit Absicht stempeln, Herr Abgeordneter!“) Es gibt überall Einzelfälle, aber im großen gesehen ist es genauso bei den Bauarbeitern wie bei den Land- und Forstarbeitern, daß sie lieber arbeiten gehen und daß es möglich ist, wenn man eine entsprechende Einteilung trifft, daß man das auch machen kann. Wir sehen daraus (Landesrat Peltzmann: „Das Arbeiten ist auch gesünder!“) Da sind wir uns einig. Ich kann ja auch mit gewissen Beispielen aufwarten, denn das, was in der Bauwirtschaft gilt, Schweden ist bestimmt klimatisch zu vergleichen mit Österreich, gilt auch für uns. In Schweden wendet man bessere Baumethoden an. Man hat ein Verfahren entwickelt, daß man auch im Winter leichter drüberkommt. In Schweden hat man auch bereits in der Forstwirtschaft die Erkenntnis, daß wir die Leute weitestgehend durchbeschäftigen müssen, gerade infolge der Mechanisierung, daß man die Spezialisten sicher hält. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich gerade Schweden nenne (Landesrat Peltzmann: „Haben Sie sich das schon einmal angeschaut in Schweden?“), das möchte ich Ihnen jetzt als Abschluß sagen, weil Sie immer auf solche Länder hinweisen, die von Sozialdemokraten regiert werden, daß dort nicht alles so in Ordnung wäre. Wir wären sehr froh für die Land- und Forstarbeiter, wenn wir diese Einkommen erzielen könnten, und für alle anderen Gruppen auch. Und wenn ich Ihnen sage, für die Landwirtschaft, dann können Sie feststellen, daß die Preise der schwedischen landwirtschaftlichen Produkte ungefähr gleich sind wie in Österreich. Das ist eine Tatsache. (Abg. Pabst: „Und die Steuern, reden Sie von dem auch! Wir kennen uns da genau aus!“) Bei dem Aufkommen, Herr Abgeordneter Pabst, aber schauen Sie. Ich kenne das sehr genau, ich habe mir das angeschaut. (Landesrat Peltzmann: „Bleiben Sie in Österreich, gehen Sie nicht nach Schweden!“) Ich bleibe sehr gerne in Österreich, aber ich habe das Recht, hier aufzuzeigen, daß das in anderen Ländern so ist. (Landesrat Peltzmann: „Das kann ja nicht stimmen. Wenn Sie die Krone mit S 26.— umrechnen, sind Sie drüben ein Millionär!“) Wenn es die schwedische Landwirtschaft, die unter klimatisch bestimmt nicht günstigeren Bedingungen arbeiten kann als die österreichische, zusammenbringt, bei ungefähr den gleichen Preisen, wie die österreichische Landwirtschaft ihre Produkte umzusetzen, Stundenlöhne von S 48.— für die Landarbeiter zu zahlen, dann müssen Sie mir doch bestätigen, daß die sozialistische Regierung in Schweden durch ihre konsequente Politik und durch lange, konsequente Arbeit die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. (Abg. Pözl: „Das sind nicht die Sozialisten, sondern das sind die zwei Kriege, Herr Kollege, die Schweden nicht gehabt hat!“)

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, in verhältnismäßig kurzer Zeit Ihnen einiges von dem zu sagen, was uns auch für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft sehr betrifft, weil

gerade diese Aufgaben hereinfallen in das Land, weil diese Aufgaben auch von uns zu beraten sind. Wir sollen die Sorgen und die Wünsche kennen und wir sollen sie alle zusammen so vertreten, daß es besser wird in unserem Lande auch für diese Gruppen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Trummer ist als nächster Redner am Wort.

Abg. Trummer: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich persönlich wollte mich heute nicht mehr zu Worte melden, nachdem ich aber selbst ein Kleinlandwirt bin und ich von diesem Mansholtplan höre, bekomme ich einen Pulsschlag, als wenn ich 20 Jahre alt sein würde. (Abg. Zinkanell: „Das wäre aber gut!“ — Landesrat Bammer: „Da wird Deine Frau eine Freud' haben!“ — Landesrat Sebastian: „Komm ins Krankenhaus, da bringen wir den Puls wieder herunter!“) Ich möchte Ihnen einen kleinen Überblick über meine Gemeinde und deren Struktur geben. Meine Gemeinde hat eine Fläche von 570 ha, davon sind 80 Bauern, davon 60 % mit 3 ha bis 10 ha, 40 % mit 10 ha bis 15 ha und 20 ha. 75 Traktoren und 4 Gemeinschaftsmährescher bewältigen diese Fläche. In unserer Gemeinde herrscht nicht nur eine Gemeinschaft, sondern auch ein großer Friede. (Abg. Pözl: „Und eine ÖVP-Mehrheit!“) Ich danke unserem Herrn Landesrat Dr. Niederl für die Hilfe an unsere Kleinlandwirte und ich bitte ihn, daß er diese Hilfe unseren Kleinlandwirten unseres Grenzbezirkes auch weiterhin gewährt. (Beifall bei der ÖVP.) Entscheidend ist bei mir, bei einem Bauern, nicht die Fläche, sondern der Geist und die Liebe zum Boden. (Beifall bei der ÖVP.) Mit einem holländischen Mansholt kann man meines Erachtens das Schicksal unserer Bauernschaft nicht lösen. Das Schicksal unserer Bauernschaft müssen wir steirischen Bauern, ob klein oder groß, selbst lösen. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Nigl am Wort. Ich erteile es ihm.

Abg. Nigl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Es gäbe sehr viel zu sagen zu teilweise demagogischen Ausführungen einiger Vorredner. Ich beschränke mich aber zufolge der immerhin schon vorgeschrittenen Zeit darauf, als verantwortungsbewußter Gewerkschafter und als verantwortungsbewußter ÖVP-Funktionär darauf hinzuweisen, daß wir unsere politische Aufgabe nicht darin betrachten, nur zu fordern, sondern im wirtschaftlichen Geschehen unsere soziale Leistungsgemeinschaft auch mitzuverantworten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Landesrat Dr. Niederl hat als nächster Redner das Wort.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Immer, wenn ich in der Gruppe 7 zum Schlußwort aufgefordert werde, dann sind die Diskussionsbeiträge im großen und ganzen eingebracht, dann

ist es bald soweit, daß der Hohe Landtag dieses Landesbudget endgültig beschließen kann und daß wir nach Hause gehen können. Als politischer Referent hat man es nicht leicht. Viel besser wäre es, wenn man sofort auf die Argumente antworten könnte. Wenn ich einen ganz bescheidenen Vorschlag machen dürfte, vielleicht wäre es auch einmal möglich, daß der politische Referent vorher redet und nicht am Schluß sich zusammensuchen muß, was man alles aussagen soll. (Landesrat Bammer: „Im Finanzausschuß kann man das auch machen!“) Wenn ich am Schluß der Diskussion zu den Abschnitten Land- und Forstwirtschaft und auch gleich vorweg zu den land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen in der Gruppe 8 Stellung nehme, so möchte ich die gestellten Fragen nachher beantworten und vorher doch auch etwas besonders hervorheben, was im Rahmen eines Budgets auf diesem Sektor zu den wichtigsten Dingen gehört und in Diskussionen auch immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, die Frage des Marktes in Verbindung mit der Land- und Forstwirtschaft, die Fragen der Verbesserung der Agrarstruktur und die Fragen der Bildung.

Gerade bei der Vollziehung auch dieses Budgets liegt unser Bemühen immer wieder darin, die Agrarwirtschaft dieses Landes im Rahmen der wirtschaftlichen und auch der gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen und außerdem soll gerade mit Hilfe der finanziellen Mittel auch aus diesem Budget unser Ziel und unsere Aussicht der Agrarpolitik auf die Erhaltung bzw. den Ausbau gutfundierter bäuerlicher Betriebe und die Schaffung eines freien bäuerlichen Unternehmertums auf Grundlage des größtmöglichen Schutzes des Privateigentums konsequent verfolgt werden. Keinesfalls soll durch diese Förderungsmaßnahmen bei allen Steuerungsmöglichkeiten, die vorhanden sind, die freie Entscheidung unserer Bauern in ihrem Besitztum oder in ihrer freien Verfügung eingeschränkt werden.

Mir ist vollkommen bewußt, daß bei diesen Überlegungen natürlich eine immerwährende Reform vorhanden sein muß, damit wir den Anschluß nicht verlieren. Die geänderten Verhältnisse müssen immer wieder erkannt werden und zu neuen Entscheidungen im Interesse einer verbesserten Agrarpolitik führen.

Gerade die Gesetzgebungsarbeit auf agrarischem Gebiet im heurigen Jahr hat uns Möglichkeiten einer weiteren Anpassung gegeben. Ein Schwerpunkt der legislativen Arbeit des Landes lag auf der Verbesserung der Agrarstruktur. Es waren die Landesausführungsgesetze zum Siedlungsgrundsatzgesetz, zum Güter- und Seilwegegrundsatzgesetz, das vom Landtag bereits beschlossen wurde, und es sind die Landesausführungsgesetze zum Flurverfassungsgrundsatzgesetz, diese werden in den Landtag eingebracht, und zwar ein eigenes Gesetz für Grundzusammenlegungen und eine Novelle des Flurverfassungsgesetzes. Alle diese Gesetze haben die Verbesserung der Agrarstruktur zum Ziel. Mich hat einmal einer gefragt: Ja, was ist denn Agrarstruktur überhaupt? Wir reden so oft davon und wie oft haben wir dies heute gehört. Unter Agrarstruktur ist der große Bogen gemeint, von der Ver-

größerung der Betriebe, vom Wegebau, von Meliorationen, von der inneren und äußeren Verkehrserschließung bis hinauf zum Kühlschranks und zum Elektroherd, ein sehr weitgespannter Bogen, der der Verbesserung der Agrarstruktur dient. Diese Gesetze sind es, um für aufstockungsbedürftige Betriebe die Bodenbeschaffung zu erleichtern und das Zusammenlegungsverfahren zu beschleunigen. Dies ist eine wichtige Sache und wenn wir hier in diesem Hause diese Gesetze beraten werden, dann wird es notwendig sein, daß wir nichts übersehen, das die Beschleunigung hemmen, die Wegerschließung modern machen und die Strukturverbesserung begünstigen würde. Diese Regelungen werden in der Praxis dann wirksam sein, wenn alle Ausführungsgesetze beschlossen sind.

Ein weiteres Gesetz ist sehr wesentlich gewesen, es war am 8. Juli das Tierzuchtförderungsgesetz. Es wurde der Praxis zur Vollziehung überantwortet und ich habe seinerzeit am 8. Juli beim Schlußwort genau aufgezeigt, welche Neuerungen und welche Vorteile dieses Gesetz hat.

Ein weiteres, für die Vertretung der Bauernschaft sehr wichtiges Gesetz hat der Landtag am 19. Oktober beschlossen. Es ist das Landwirtschaftskammergesetz, das nach langen und schwierigen Beratungen dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Gerade dieses Gesetz hat in der Vollziehung eine breite Wirkung für das ganze Land. Es wurde damit eine zeitgemäße Ordnung gefunden, die für unsere Bauern weiter das Wirken einer guten Interessenvertretung gewährleistet.

Die besondere Wichtigkeit unseres bäuerlichen Bildungswesens kommt dadurch zum Ausdruck, daß wir im heurigen Jahr zwei wichtige Gesetze finalisiert haben. Es sind dies das landwirtschaftliche Schulgesetz, das die Organisation der Berufs- und Fachschulen und die Berufsschulpflicht statuiert, und das Schulerhaltungsgesetz, welches die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der Berufs- und Fachschulen gesetzlich fundiert. Ich glaube, auch damit sind die Grundlagen für eine gute Weiterführung unserer Förderungs- und Agrarstrukturmaßnahmen gegeben.

Wenn man in der Agrarpolitik auch keine Wunderlösungen erwarten kann — das kann niemand, das muß man feststellen —, so können wir rückschauend doch feststellen, daß die Anstrengungen, die gemacht wurden, erfolgreich gewesen sind und daß manche Probleme entschärft wurden. Wenn man hingegen die Berichte des Hohen Hauses beispielsweise aus dem Jahre 1931 herausnimmt — ich habe sie gelesen — und mit den heutigen Ereignissen vergleicht, dann erkennen wir einen gewaltigen Umbruch der Land- und Forstwirtschaft. Wir erkennen aber auch die verbesserte Lage unserer Bauernschaft im heutigen Staatswesen. Aus der 17. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 21. Dezember 1931 erkennen wir, daß damals die Land- und Forstwirtschaft eine der schwersten Agrarkrisen durchzumachen hatte. Im Budget dieses Jahres wurden die größten Einsparungen getroffen. Die Budgetdiskussionen waren damals spiegelgleich verkehrt wie heute. Es waren nicht die Forderungen — das ist interessant zu lesen — sondern es waren die Ermahnungen einzusparen. Da-

mals war es eine Holzwirtschaftskrise, die viele Bauern untergehen ließ. Es waren empfindliche Abstriche beim Güterwegebau und bei den Besitzfestigungen, bei der Förderung der Almwirtschaft und Entwässerung gab es keine Landesbeiträge, für die Milchwirtschaft keine Landesbeiträge, Pflanzenbau, Obst- und Weinbau bekamen Mindestbeiträge, zu einer Zeit, als die gesamte Landwirtschaft in Gesetzgebung und Vollziehung noch vollkommen Landessache war.

Heute ist es ja anders. Heute sind die Angelegenheiten der Produktionslenkung und der Marktpolitik Bundessache und nur mehr das andere Landessache. Wenn wir die Leistungen unserer Bauernschaft und Agrarpolitik in der heutigen Zeit, die in dieser Debatte noch aufgezeigt wurden, gegenüberstellen, so erkennen wir eine Land- und Forstwirtschaft, deren Entwicklung wesentlich günstiger ist als in der Vergangenheit. Die Agrarstrukturpolitik und auch die Marktstrukturpolitik werden als wichtiges öffentliches Anliegen betrachtet. Damit sind die Bemühungen verbunden, natürlich die Einkommenslage der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern. Die Berichte aus dem Jahre 1969 zeigen uns — vom April und vom September 1969 — daß die Schwierigkeiten des Jahres 1967 und auch der ersten Monate 1968, die im Grünen Bericht aufgezeigt sind, doch überwunden werden konnten. Es zeigt sich auch, daß das Betriebs-einkommen wieder zu steigen beginnt. Gerade auf diesem Gebiet müßten unsere Bemühungen fortgesetzt werden. Hier haben wir alle Bemühungen anzustrengen, um eine Einkommensverbesserung zu erreichen. Natürlich ist es nicht leicht, da eine Einkommensverbesserung über eine vermehrte Produktion oder auch über die Preispolitik immer dann schwierig ist, wenn der Ernährungsbedarf, wie es bei uns der Fall ist, im großen und ganzen als gedeckt angesehen werden kann. Daher haben wir unsere laufenden Anstrengungen zur Verbesserung unserer Agrarstruktur zu vertiefen und mitzuhelfen, daß eine Kostensteigerung, die vorhanden ist, beseitigt oder zumindest herabgemindert werden kann. Wir haben auch zur Kenntnis zu nehmen, daß in der Agrarwirtschaft der Übergang in den volkswirtschaftlichen Arbeitsteilungsprozeß vorhanden ist und daß der Übergang zu einer wettbewerbsbestimmten Wirtschaftsordnung vorhanden ist, daß er voll im Gange ist. Wir sollen das bei allem Gezänk, das oft vorhanden ist, nicht übersehen. Wir haben unsere gestaltenden und beratenden Aufgaben gerade darauf auszurichten. Die im Landesvoranschlag 1970 in diesem Abschnitt angeführten finanzgesetzlichen Ansätze müssen auf diese Aufgaben ausgerichtet sein. Die Beträge für die Förderung und Unterstützung mit nicht ganz 236 Millionen Schilling werden für die vielen Dinge verwendet, sei es die Verkehrserschließung, die eine Notwendigkeit ist, ja, ich möchte sagen, für die ländlichen Bereiche Thema 1, seien es die Meliorationen, vom Abgeordneten Trummer für seine Gebiete immer sehr scharf vertreten. Wenn es auch Kreise gibt, die meinen, daß man bei einer Überproduktion nicht meliorieren braucht, dann müßte man einen Ausgleich mit weniger ertragreichen Grundstücken finden. Das gilt für die Grundzusammenlegung und die Stär-

kung der Familienbetriebe genauso wie für die Forstaufschließung, Grenzlandförderung — eine wichtige Sache — sowie die Tierzuchtförderung und die Pflanzenzucht. Unser Versuchswesen sei erwähnt, das bäuerliche Schulwesen und die Unterstützung unserer Kammern. Aber es sind nicht die Ansätze im Landesvoranschlag allein, die den Fortschritt der Landwirtschaft bestimmen können, sondern die sinnvolle Verwendung dieser Mittel durch eine überlegte Vollziehung muß dazu beitragen. Erst dadurch wird es sich zeigen, ob wir etwas erreicht haben. Ich meine die Vollziehung nicht nur in der Landesregierung, sondern weit darüber hinaus wird dieses Gebiet vollzogen, alle Kammern vollziehen es mit, und erst dadurch wird es sich zeigen, ob wir erreicht haben, daß eine moderne bäuerliche Landwirtschaft auf rationaler Basis unter Wahrung der Familienstruktur weiter ausgebaut werden kann. Die Ausnützung zeitgemäßer technischer und organisatorischer Möglichkeiten für die Landwirtschaft soll bestens unterstützt werden.

Aber eines sei — besinnlich gesagt — festgestellt: Diese Landesbeihilfe wäre auch zusammen mit der Bundeshilfe viel zu wenig, wenn nicht die selbständige Hilfe unserer Bauern in vorbildlicher Weise vorhanden wäre. Wir sollen doch in erster Linie das würdigen, wenn wir über Agrarpolitik und Agrarwirtschaft diskutieren und debattieren, daß es unsere Bauern sind, die sich noch immer am besten selbst geholfen haben (Beifall bei der OVP). Auf vollkommen freiwilliger Basis werden von unseren Bauern die empfohlenen Maßnahmen anerkannt und auch durchgeführt. Das marktrichtige Verhalten unserer Landwirtschaft hat manche Probleme bei der Produktionsanpassung erleichtert. Diese eigene Hilfe unserer Bauern war gerade in der letzten Zeit auf dem Gebiet der Produktion und des Marktes ganz vorbildlich.

Infolge der verbesserten Möglichkeiten der Aneignung und Ausweitung des Fachwissens, das jeder bäuerliche Betriebsführer dringend braucht, sind die Grundlagen und die Wurzeln zur Bewältigung der vielen Aufgaben vorhanden. Heute können wir feststellen, daß dieses gediegene Fachwissen vielfach wirklich in eindrucksvoller und vielseitiger Weise vorhanden ist.

Sowohl von den Bauern als von uns werden Entscheidungen verlangt. Nicht das Reden von Vorschlägen zur Anpassung, zur Gesundung, zur Umstrukturierung und was man sonst noch alles sagen kann, bringt uns den Erfolg, sondern die wohlüberlegte Entscheidung über den Einsatz der Mittel, die gute Ausbildung und gute Beratung der Menschen. Es ist uns gerade in diesem Jahr gelungen, in vielen Bereichen der landwirtschaftlichen Erzeugung durch gemeinsame Anstrengungen eine Verbesserung und Stabilisierung des Marktgeschehens zu erreichen. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, weil es ausgiebigst diskutiert worden ist. Aber wir haben eine Normalisierung des Milchmarktes durch eine Reihe von abgestimmten Maßnahmen erreicht und zugleich eine Verbesserung des Schlachtrindermarktes ermöglicht. Auch eine Ausweitung der Exportmöglichkeiten, eine gute Entwicklung der Zuchtrindermärkte sowie die Umschichtung im Getreide-

bau zeigt uns eine bewegliche Agrarpolitik. Es zeigt uns auch, daß sie immer beweglich sein muß, daß sie nie erstarrt sein kann. Man kann nicht etwas kritisieren, was 1949 vielleicht richtig gewesen ist und heute nicht mehr richtig ist. Eine Agrarpolitik, die mit der Natur zu tun hat, wird immer beweglich sein müssen. Wir haben die Maisfrage heuer gehabt, sie wurde gelöst. Auf einmal ein stoßweises Angebot, das ist ja in der Landwirtschaft, und die Tiere fressen es 12 Monate lang. Die Tiere sind noch nicht erfunden, die dieses stoßweise Angebot auf einmal fressen würden. Dann wäre die Marktsituation um vieles einfacher.

Die fortschrittliche Entwicklung der Marktlage auf dem Holzsektor ist für viele bäuerliche Unternehmer auch eine fühlbare Besserung der Einkommenslage. Ich glaube, gerade die Stabilisierung der Marktlage wurde nur durch den großen persönlichen Einsatz aller erreicht. Wir konnten mit den Problemen fertig werden, müssen allerdings erkennen, daß durch die nur begrenzte Verbrauchssteigerung einerseits und durch die Erreichung des Produktionsplafonds, der Produktionsobergrenze auf vielen Gebieten der Agrarwirtschaft andererseits immer wieder das Bemühen um Marktanpassung, um Produktionslenkung indirekt auch über unser Landesbudget notwendig sein wird. Ich bin als Referent sehr dankbar, wenn ich aufmerksam gemacht werde, daß da und dort eine Einschränkung beim Budgetgemacht werden soll.

Nun, neben den Marktaufgaben, die auch wir zu erfüllen haben, ist es die laufende Verbesserung der Agrarstruktur, die zu unserem Anliegen gehört und die Landwirtschaft in unserem Land hat auch heute noch mit strukturellen Nachteilen zu kämpfen. Das soll nicht bestritten werden. Die begonnenen Maßnahmen sind daher weiterzuführen. Es ist richtig, daß diese Mittel im Budget aufgenommen sind und neue Aufgaben kommen heran, wie z. B. die Anpassung der Betriebsgrößen durch erleichterte Grundankäufe, auch durch die Zupacht.

Ich freue mich persönlich, daß das Landpachtgesetz verabschiedet wurde und hoffe, daß gerade aus diesem Gesetz heraus die Möglichkeit besteht, wirklich aufzustocken. Durch Budgetmittel werden wir auch im Jahre 1970 durch Grundzusammenlegung Betriebsstrukturen verbessern, aber auch die Verkehrserschließungen, Entwässerung, Grundauffangfonds, Stromanschlüsse und der weitere Ausbau verschiedener Gemeinschaftsformen liegen auf diesem Weg, wobei gerade bei der Bildung solcher Gemeinschaftsformen in politischer Hinsicht natürlich Unterschiede bestehen. Für uns ist ein Kollektiv keine tragbare Gemeinschaftsform, vor allem lehnen wir jene Gemeinschaftsformen ab, welche von einem allmächtigen Staat diktiert werden sollen. (Beifall bei der OVP.)

Die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe spielen eine Rolle und dürfen bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nicht vergessen werden. Sie gehören zur Verbesserung der Agrarstruktur; infolge der schnellen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung werden diese Strukturmaßnahmen natürlich in ihrer Wirksamkeit fortwährend auch zu prüfen sein. In Zukunft werden wir zu überle-

gen haben, ob wir auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht noch mehr Anreize geben sollten, die auf vollkommen freiwilliger Basis zur Beschleunigung des Strukturprozesses führen. Dazu gehört aber auch, und ich zeige es auf, die Forcierung der regionalen Wirtschaftspolitik. Eine enge Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wird besonders dort notwendig sein, wo der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch 50 und mehr Prozent beträgt. Die außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze im ländlichen Raum müssen vorgesorgt werden und wir haben die Aufgabe, die strukturpolitischen Maßnahmen durch diese Dinge anzuregen und zu unterstützen. Wir haben sie nicht vorzuschreiben, denn die Ergebnisse werden sich dann selber einstellen. Das war in der Vergangenheit so, das wird in der Zukunft genau gleichbleiben. Auch die sinnvolle Raumordnung und regionale Entwicklungspolitik werden zur weiteren Lösung der Agrarfragen herangezogen, wobei ich eines sagen möchte, die Güte einer Raumordnung hängt nicht vom Gesetz allein ab, sondern wohl auch, ob man ein solches Gesetz vollziehen will.

Ein besonderer Schwerpunkt des Landes liegt nach wie vor in der Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens. Der Ausbau und Betrieb der Landwirtschaftsschulen ist gesichert und nachdem die im Voranschlag angeführten Schulen in Kobenz und im Raume Gleisdorf gebaut sind, wird dieser Akt abgeschlossen sein. Die neu erlassenen Lehrpläne und auch die praktischen Übungen nehmen auf die Erzeugungsrichtungen Rücksicht. Es wurde mehr Betriebswirtschaft und Marktwirtschaft aufgenommen und die künftigen Bauern unseres Landes haben genügend bestens ausgestattete Schulen mit einem hochqualifizierten Lehrkörper zur Verfügung. Mit dieser Ausbildung haben wir neben der Beratung durch die Kammer auch eine große Verantwortung, das sei festgestellt! Ja, ich möchte fast sagen, tagtäglich haben wir zu prüfen, ob die in den Lehrplänen vorgesehenen Unterrichtsgegenstände für diese Ausbildung noch zeitgemäß sind, denn die bäuerlichen Betriebsführer richten sich ja danach, was sie dort lernen und wie sie dort beraten werden. Daher ist für die fachliche Weiterbildung der Lehrkräfte durch ein Pädagogisches Seminar budgetmäßig vorgesorgt. Um auch für Mädchen eine zeitgemäße Ausbildung zu haben, haben wir auf Grundlage der Erfahrungen beim Volksbildungsheim St. Martin ein neues Bildungskonzept im Entwurf und in großen Zügen ausgearbeitet, aus der Erkenntnis, daß ein Mädchen mit 16 Jahren noch nicht wissen kann, ob sie eine bäuerliche Betriebsführerin oder bäuerliche Hausfrau wird. Aber alle diese Aufgaben können nicht durch die Agrarpolitik allein gemeistert werden. Diese Aufgaben wurden in den letzten Jahren gemeinsam in einem Land gelöst, in dem eine gute Ordnung herrscht und wir werden das auch im Jahre 1970 tun und die Bauernschaft dieses Landes ist in diese Wirtschaftspolitik eingebaut und gerade heuer, mehr als bisher, in eine sinnvolle Sozialpolitik.

Ich freue mich auch, daß die Frage des Ausgedingtes doch letzten Endes einmal zu Ende gehen wird. Die Bauernschaft wird in dieser Solidarität

auch immer ihre Leistungen für alle erbringen. Wir alle haben natürlich dazu beizutragen, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande weiter verbessert werden, nicht zuletzt auch durch eine entsprechende Mechanisierung. Aber in dieser Welt dürfen wir auf die Menschen nicht vergessen. Und gerade auf den bäuerlichen Menschen nicht.

Nun möchte ich, bevor ich zu Ende kommen, doch auf die einzelnen Beiträge eingehen, es ist der Herr Abgeordnete Brandl gewesen, der abermals, trotz der dringlichen Anfrage, die Dienstnehmerschutzverordnung, die durch mehr als 20 Jahre nicht erlassen wurde, urgiert hat.

Ich habe sofort darauf, das kann ich Ihnen sagen, ein Beamtenkomitee eingesetzt und die bestehenden Paragraphen aus der Landarbeitsordnung Buchstabe für Buchstabe gelesen und finden können, daß die Verordnung höchstens eine Richtlinie sein kann, aber daß das Gesetz natürlich voll ausreichend ist und den Dienstnehmerschutz in diesen 20 Jahren durchgeführt hat. Es wurde mir von den Fachbeamten auch bestätigt, daß dies voll und ganz der Fall ist. Natürlich wird die Dienstnehmerschutzverordnung kommen, aber ich habe bereits damals, als die dringliche Frage beantwortet wurde ausgesagt, daß es nicht von heute auf morgen geht. Ich wäre unredlich, wenn ich das jetzt sagen würde; sondern daß es sicher noch seine Zeit dauern wird. Nun zur Landarbeitsordnungs-Novelle selbst: Sie sagen, der 29. Juni ist nicht drinnen — na, Sie kennen sie ja noch gar nicht, muß ich Ihnen sofort sagen. Sie könnten sie höchstens unter der Hand wo gesehen haben. (Abg. Brandl: „Auf Ihren Antrag zurückverwiesen!“) Es ist so, der erste Entwurf wurde nicht zurückgezogen, sondern er wurde vom Ausschuß zurückverwiesen. Also nicht ich habe ihn zurückgezogen, sondern der Ausschuß hat ihn zurückverwiesen, vor allem mit der Begründung, daß man nicht eine Novelle nach der anderen machen sollte, es ist dies eine ganze Reihe, es ist der Nationalfeiertag, es sind die Mutterschutzbestimmungen, es sind die Teilbestimmungen bezüglich des Arbeitgebers beim Schulbesuch und es ist die Arbeitszeit. All das zusammenzuarbeiten ist unsere Aufgabe. Am 4. Dezember hat auf Beamtenebene eine Beratung stattgefunden; der Nationalrat hat am 12. Dezember das Landarbeitsgesetz als Grundsatzgesetz hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung novelliert. Es wird nun eingebaut und eine Regierungsvorlage wird vorgelegt. Ich möchte noch einmal sagen, in diesem Entwurf ist der 29. Juni enthalten. Wenn Sie ihn herausreklamieren, dann habe ich nichts dagegen oder auch nichts dafür, ich bin ja Vollzugsorgan, Sie sind die Bestimmenden und Beschließenden bezüglich dieses Gesetzes.

Der Herr Abg. Scheer hat zum Ausdruck gebracht, die OVP würde die Bauern nur als Wähler betrachten und deshalb will man die bisherige Struktur erhalten. Dazu möchte ich sagen. Wahlen sind ja geheim, niemand kann hineinschauen, wer was wählt. Man muß aber feststellen, daß das auch zu wenig wäre, wenn man nur eine Betreuung der Bauern über die Kammern usw. vornehmen würde, um sie als Wähler zu erhalten, das würden sie uns nicht abnehmen; sondern es sind schon die Leistun-

gen, die letzten Endes erbracht wurden. Wenn der Redner gegen die Molkereigenossenschaften polemisiert hat, weiß ich nicht, was er damit gemeint hat. Er müßte sagen, was wäre, wenn diese bewährten Einrichtungen nicht bestehen würden? Wie würde der Milchmarkt funktionieren? (Abg. DDr. Götz: „Das war nicht der Abgeordnete Scheer. Er hat nur gegen die 7 S protestiert!“) Herr Abgeordneter Zinkanell, Sie haben die Aufteilung der Förderung im Landesbudget bemängelt. Sie wissen, daß im Jahre 1967 eine Neuorientierung durchgeführt wurde, die besonders auf die Verbesserung der Betriebsweise ausgerichtet ist. Wenn man den Beitrag zur Förderung und Stärkung der Familienbetriebe mit etwa 6 Millionen Schilling annimmt, auch da muß ich sagen, daß gerade die neuen Richtlinien wirklich einen Fortschritt gebracht haben. Bezüglich der Maschinenanschaffung ist es wohl so — das wissen Sie ja auch — daß die Technisierung der Landwirtschaft fast ausschließlich über den Grünen Plan erfolgt. Es ist im Grünen Plan ein Kreditrahmen von 192 Millionen Schilling enthalten, für die Steiermark sind es 33 Millionen Schilling und nicht 350.000 S. Die sind ja aus einer Zeit (Abg. Zinkanell: „Die habe ich nicht angeführt!“), als es noch keine Grünen-Plan-Mittel in dem Ausmaß gegeben hat, und sie sind auch hauptsächlich dafür bestimmt, die bestehenden Einrichtungen aus dieser Zeit weiterzuführen, wie Sie ja wissen. Interessant ist wohl eines, daß sich die Milchmarktleistungen nach den Wahlvorbereitungen der ÖVP richten. Wir haben gute Milchkühe, denn sie richten sich genau danach, wann die Wahlen kommen werden. (Abg. Zinkanell: „Ich glaube, ihr habt bessere Politiker als Milchkühe!“) Sie wissen doch auch genau, daß im Jahre 1967 die angespannte Milchmarktleistung zum leichteren Export, zur besseren Inlandsvermarktung und zu den vielen Maßnahmen geführt hat. Welche Möglichkeiten hätte es gegeben? Einerseits die Kontingentierung, andererseits den Exportförderungsbeitrag. Heute können wir rückschauend doch feststellen, daß die Maßnahmen der österreichischen Agrarpolitik die Situation gemeistert haben und daß sie zielführend gewesen sind. (Abg. Zinkanell: „Davon bin ich nicht ganz überzeugt!“)

Natürlich, das darf ich dazusagen, sind die Probleme nicht vorbei, sondern wir werden uns anstrengen und schauen müssen, daß die eingeleiteten Maßnahmen der Fachleute des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zur Entspannung des Milchmarktes fortgesetzt werden. Nach den bundesfinanzgesetzlichen Ansätzen im Jahre 1970 erwartet man etwa die Milchlieferung aus dem Jahre 1968. (Abg. Zinkanell: „Jawohl!“) Es ist aber auch vorgesorgt, daß eine Vermarktung dieser Produktionsleistung im Jahre 1970 stattfinden kann. Wenn Sie bezüglich der EWG-Verhandlungen gesprochen haben, so muß man doch etwas sagen, sonst käme es zum Schluß zu einer Geschichtsfälschung. Ich glaube nicht, daß es Herr Bundeskanzler Brandt allein gewesen ist, der es zustande gebracht hat (Abg. Zinkanell: „Er war mit dabei. Er hat es ins Rollen gebracht!“) oder auch ins Rollen gebracht hat, daß nun die EWG-Verhandlungen mit Österreich wieder aufgenommen worden sind. Wir wissen doch alle sehr genau, daß diese EWG-Verhandlungen von

der Bundesrepublik immer wieder befürwortet wurden, aber daß ganz andere Gründe vorlagen, die letzten Endes die EWG-Verhandlungen zum Stokken gebracht haben, sei es die Frage Südtirol oder sei es De Gaulle. Nur eine Sorge habe ich wohl — ich habe die Zeitungen gelesen und festgestellt, daß man die Agrarfrage bei den EWG-Verhandlungen in Brüssel wieder ausklammern will. Vielleicht könnten Sie dem Herrn Bundeskanzler Brandt sagen, er soll schauen, daß diese Sachen eingeklammert werden. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Landwirtschaftminister ist er halt nicht!“) Zum Brandt hat er mehr Beziehungen.

Es ist schon sehr viel über den Mansholt-Plan gesprochen worden. Ein Wort möchte ich dazu sagen. Es ist sicher zu Mansholt nichts zu sagen. Es wäre falsch, wenn man diesen Mann angreifen würde. (Abg. Brandl: „Trummer, hast Du gehört?“) Aber eines muß man dazu feststellen. Alle Vorschläge aus diesem Mansholt-Plan wird man doch nicht anerkennen können und viele Dinge, die im Mansholt-Plan zum Ausdruck kommen, die der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, werden seit 20 Jahren bei uns durchgeführt, leider nur mit jenen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Mir hat einmal einer gesagt: Würden wir das weiter fortführen, würden wir 10 Milliarden Schilling mehr brauchen. Aber auch dieser Mansholt-Plan ist ein Memorandum und eine Denkschrift eines niederländischen Bauern für die Verhältnisse in Holland, ein Memorandum, das der Regierung der EWG vorgelegt wurde und nicht uns. Es gäbe hier auch vieles dagegen zu sagen, seien es nur die größeren Produktionseinheiten oder auch die Änderung der Produktionsfaktoren. Hier würde ich etwas empfindlich werden bei der Durchführung des Mansholt-Planes. Auch die Allmacht des Staates — das sind Dinge, die man sicher nicht anerkennen kann. Daher glaube ich, man soll nicht polemisieren über einen Mansholt-Plan. Er ist — ob gut oder schlecht — eine Denkschrift einer EWG-Kommission für die EWG-Regierung. Wenn man in einem Wort damit den Grünen Bericht 1968 zitiert — er ist ja vom Präsidenten Heidinger dankenswerterweise vorgelesen worden, ich kann es mir ersparen — da sind gewisse Betriebsgrößen festgestellt. Aber ich möchte eines sagen. Keinesfalls kann es eine zwingende Vorschrift für gewisse Betriebsgrößen geben. Niemals wird es dort, wo Leben dabei ist, eine Norm geben. Es haben manche versucht, um die Jahrhundertwende und in den vierziger Jahren, eine Definition über Familienbetriebe in Hektar aufzustellen. Das gelingt nicht. Denn es hängt wohl davon ab, was einer erzeugt, es hängt auch davon ab, ob er einen Neben- oder Zuerwerb hat. Eine Betriebsgröße kann man nicht definieren. Man kann eines: Man kann empfehlen, wann eine optimale Betriebsgröße für ein gewisses Produkt gegeben ist und dann kann jeder auf vollkommen freiwilliger Basis sich anschließen oder nicht anschließen.

Nun zum sozialistischen Wirtschaftsprogramm. Sie haben hier gesagt, wenn ich mich recht erinnere, hier haben wir uns angeschlossen. Ich muß sagen, umgekehrt, Herr Abgeordneter, denn als ich den agrarpolitischen Teil das erste Mal gesehen habe, habe ich gedacht, da kenne ich doch allerhand, ja

was ist denn da los, wo bin ich denn jetzt. Und dann habe ich erst festgestellt, daß es viele Aussagen unserer Agrarpolitiker waren, die drinnen sind. (Landesrat Peltzmann: „Genau!“) Der Zeitablauf ist etwas verschieden hier. (Abg. Zinkanell: „Ich glaube, Sie haben unsere Richtlinien aus dem 62er Jahr erwischt!“) Nein, nein. Viele Dinge können genau so in den Grünen Berichten vor dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm und in den Aussagen unserer österreichischen Landwirtschaftsminister nachgelesen werden, ganz gleich, wie sie sich nennen.

Wenn man vom Gut-Hernehmen der Nebenerwerbsbauern spricht, dann soll man ernster werden, weil natürlich auch dieser Bergbauer, der heute Eisenbahner oder Werksarbeiter ist — und ich kenne diese Verhältnisse sehr gut, das können Sie mir glauben —, dann seine Interessenvertretung bei seiner Berufsvertretung braucht, wenn es um landwirtschaftliche Belange geht. Daher ist das immer eine Selbstverständlichkeit. (Abg. Zinkanell: „Das haben wir in der Landwirtschaftskammer auch behauptet!“) Aber eines hätten Sie nicht sagen sollen, und zwar ohne Hoffnung, ohne Aussicht wirtschaftlich, sozial und kulturell. (Abg. Zinkanell: „Nur zum Teil, Herr Landesrat!“) Denn hier haben Sie eingeschwenkt auf eine Redeart, die gestern gang und gäbe war und heute im Wirtschaftsbereich eigentlich nicht so ganz Eingang gefunden hat. Denn eines müssen wir doch auch anerkennen, daß auch im ländlichen Bereich großartige Leistungen erbracht wurden. Die Bildungsmöglichkeiten, die dank der Initiative unseres Landeshauptmannes und des Landeshauptmannstellvertreters Koren geschaffen wurden, Volksschulen, Hauptschulen, Mittelschulen in allen Bezirken und landwirtschaftliche Fachschulen zeigen unsere Fortschritte. (Abg. Brandl: „Gemeinden nicht vergessen!“) Die Wohnbauförderung ist rasant gestiegen. Bei der Abwanderung ist ein Widerspruch in sich. Die Verbesserung der Agrarstruktur, der Güterwegebau und alles, was hier in den letzten 20 Jahren geleistet wurde muß entsprechend gewürdigt werden. Die riesigen Umstellungen sind verkraftet worden. (Abg. Zinkanell: „Nur zum Teil!“) Ich kenne die oststeirischen Gebiete genau und weiß wohl auch, daß noch vieles zu machen ist. Aber wir haben ja tausend Jahre Geschichte nachzuholen. Von Karl dem Großen bis 1945 haben wir nachzuholen, das kann man doch nicht in 25 Jahren machen. (Abg. Klobasa: „70 Jahre!“) Was wird verlangt? Ich bitte auch hier um Unterstützung. Niedrigste Preise für die Landwirtschaftsprodukte, Bewilligung aller Importe und Sperre aller Exporte. Auf Bundesebene wird von den Sozialisten immer wieder abgelehnt. Das Agrarbudget wird abgelehnt, die Marktordnung, die Modernisierung durch die bäuerliche Bildung wird abgelehnt.

Nun auch noch zur sozialen Frage. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß ich hier vom Arbeiterkammer tag eine Zeitung bekommen habe, wo ziemlich polemisiert wird, und zwar wegen des Zuschußbedarfes für die Pensionsversicherung der Bauern. Im Schlußsatz meint man, das wird wohl die Allgemeinheit alles tragen müssen, ja, was man nicht noch mehr will!

Nun, es ist so, die Gesetzgebungsperiode geht zu Ende und es kommen nun die Wahlzeiten, das sind

harte Zeiten, das sollen wir aber nicht bedauern, sondern wir sollen uns freuen, daß wir in einem Staat leben, der uns diese Freiheit möglich macht. Aber auch in einer Demokratie gibt es Maßstäbe, daß man nicht ganz von dem abrücken soll, was Tatsachen sind. Die Demokratie soll nicht so zum Ausdruck kommen, daß ein Vorschlag, und zwar zumindest hier in der Öffentlichkeit, auf alle Fälle kritisiert wird, weil er von einem Abgeordneten der Gegenpartei kommt. Wie schön wäre es, wenn die politischen Gegner beispielsweise sagen würden, daß dieses Land unter der verantwortlichen Führung unseres Landeshauptmannes gut bestellt ist, na wie schön wäre es, wenn das einmal zum Ausdruck käme! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) Zum Schluß freue ich mich mit allen jenen, die sich mit mir zusammen bemüht haben, die Vollziehung im Bereiche der Land- und Forstwirtschaft nach bestem Wissen und Gewissen durchzuführen und ich verabschiede mich von jenen Herren, die in den dauernden Ruhestand treten, dies ist Hofrat Doktor Sedlmayr, Vorstand der Rechtsabteilung 8, es ist der Vorstand der Fachabteilung für das Forstwesen, Herr Regierungs-Forstdirektor Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Arvay, es ist der Vorstand der Agrarbehörde, Herr Hofrat Dr. Uhl, und der Direktor des Landestierspitals, Herr Ober-Veterinär-Rat Max Kostner, und ich wünsche ihnen für ihr weiteres Leben alles Gute. (Lebhafter Beifall.)

Den vielen Bäuerinnen und Bauern in diesem Lande wünsche ich auch für die Zukunft viel Erfolg und Segen, in ihren Betrieben ein gutes Werk, vor allem, daß sie mit ihren Problemen fertig werden. Unsere Aufgabe wird es auch im Jahre 1970 sein, im Interesse unserer Bauern und damit im Interesse der gesamten Bevölkerung aussichtsreich zu helfen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann Krainer ist als nächster Redner am Wort.

Landeshauptmann Krainer: Meine Damen und Herren, ich möchte nur zu den Fragen, die diese Gruppe betroffen haben, noch ein paar Sätze und Bemerkungen machen, auch in Hinsicht auf die Wirtschaftsförderung des Landes, auf die Strukturförderungsmittel des Landes. Vielleicht ist doch eine Feststellung notwendig, die zwar ab und zu wieder einmal durchgeklungen ist, aber es hat auch nicht gefehlt an dem Glauben, es könnte dort wieder schiefgehen und es könnte da nicht gut weitergehen. Es war auch eine Philosophie mit der Hoffnung vermischt, daß es im Bergbau in der Zukunft Schwierigkeiten geben wird, oder daß es überhaupt mit den Strukturproblemen kein Fertigwerden gibt und das in der Industrie, im Gewerbe, im Handel oder in der Landwirtschaft. Wenn wir retrospektiv die Dinge betrachten, so dürfen wir bei allen Schwierigkeiten, die uns begegnet sind im Laufe der Jahre, sagen, sie sind bewältigt worden und sie sind nicht bewältigt worden, weil wir die ganze Zeit geraunzt haben, sondern sie wurden bewältigt, weil wir alle den Glauben hatten, auch die, die etwas anderes reden. Hier sind halt diese halben Wahrheiten leider ein Instrument der Verwirrung

und scheinbar ist es auch so, daß sie ganz gezielt Verwirrung stiften sollen. Ich glaube allerdings, daß mit der Entwicklung unserer Bildungsgesellschaft auf allen Ebenen diese Verwirrungen immer weniger ankommen und Erfolg haben werden. Aber ich glaube wirklich, und ich glaube das nicht nur für die eine oder andere Partei, wenn wir mit Recht glauben, daß die Zukunft in vielen Dingen schwieriger wird, wir vielfältig darauf bedacht sein müssen, umzustellen, flexibler sein müssen, daß wir diese Zukunft nur dann bewältigen, wenn wir wirklich auch den notwendigen Mut und Optimismus in uns tragen.

Zu den Strukturfragen, die wir versuchen, ich sage ausdrücklich versuchen, zu beeinflussen, darf — wie es auch hier im Landtag schon aufgeklungen ist — gesagt werden, natürlich sind durch eine Konjunktur, vor allem durch eine nicht erwartete Konjunktur, viele Dinge überdeckt. Vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie. Aber nicht nur in der Eisen- und Stahlindustrie. Ich glaube nur, daß wir uns davon, daß es uns gut geht, nicht beeinflussen lassen sollen in allen jenen Maßnahmen, die gerade in der Steiermark unausweichlich notwendig sind. Wenn der Abg. Schön mit Recht Sorge um den Erzberg hat, dann muß eben ein Zustand hergestellt werden und das muß mit aller Konsequenz angestrebt werden, daß dieser Erzberg nicht ein Streitobjekt zwischen zwei dem Staate gehörende Unternehmungen ist, VOEST und Alpine. Diese beiden Unternehmungen, noch sind wir nicht so weit, daß etwa eine Fusion denkbar wäre, eine Kooperation ist aus stolzen Überlegungen nur schwierig und geht nur langsam vor sich, aber den Erzberg kann der Eigentümer sofort beiden überantworten und das würde das Problem des Erzvertrages lösen, weil wir dann nicht immer wieder, was auch mit Recht gesagt wurde, zittern müssen, wie wird es ausschauen, sollen wir mehr, sollen wir weniger fördern, dann wird es eine gemeinsame Verantwortung sein und, wenn beide auch an Gewinn und Verlust beteiligt sind, wird selbstverständlich nicht mehr um die Verzerrungen herumgestritten, die außer Zweifel auch durch Staatsinterventionen eingetreten sind, zu Ungunsten des Erzberges werden alle diese Dinge keine Rolle mehr spielen und wir werden auf dem Sektor Ruhe haben. So schwierig an sich das Problem Erzberg auch sein mag in der laufenden und ständigen Rationalisierung, die bisher reichlich Menschen freigestellt hat. Natürlich, es geht zwar gut beispielsweise in Müzzuschlag bei Schöller & Bleckmann und es geht auch wieder besser im Gußstahlwerk in Judenburg, aber gelöst ist das Problem weder dort noch da. Kollege Gruber ist nicht anwesend, er wird sauer reagieren, wenn ich sage, es muß Böhler mit Schöller eine Bereinigung finden, das ist unausweichlich. Ein Betrieb wie Böhler, der nicht nur modernst eingerichtet ist und eine ausgezeichnete Entwicklung hat sondern auch eine wirkliche und aner kennenswerte Forschung hat, kann doch nicht wiederaufgebaut oder ausgebaut werden, sondern das muß für diese Betriebe zur praktischen Anwendung kommen und daher muß man bei diesen beiden Betrieben ganz klar und deutlich sagen: Fusion, Fusion und noch einmal Fusion! Alle anderen Ideen, die hier herumschwim-

men und wo man die Böhler hindrängen will, muß ich nicht nur für dieses Haus, sondern hinaus nach Wien besonders sagen, soll man lieber stehenlassen und soll das, was bei uns zu bereinigen ist, bereinigen und erst dann die Interessen, die mit Wien zusammen eine Rolle spielen, einer Lösung zuführen. Letzten Endes, das Gußstahlwerk, das wird auch eine Integration in die Edelmetallindustrie hineinfinden müssen. Ansonsten wird das immer eine Crux bleiben. Noch dazu, wenn wir die gute und glückliche Entwicklung in Zeltweg ins Auge fassen, läßt sich sicher das eine oder andere bereinigen. Aber es fehlt hier, einfach für die Zukunft gesehen, eine Produktion, die ein bißchen allein sozusagen auf sich gestellt, ich will nicht sagen konkurrenzlos ist, aber doch in Donawitz nicht vieles billiger gemacht werden kann, daß man hier entweder eine neue Produktionsentwicklung sicherstellt, oder daß man eben auch hier notwendigerweise eine Kooperation eingeht, die auch diesen Sektor absichert.

Sicher haben wir im weststeirischen Kohlenrevier auch kleine Sorgen. Das ist gar keine Frage. Ich glaube nur, daß uns die Zeit außerordentlich entgegenkommt, sowohl die Trockenheit als auch andere Aspekte. Gerade früher war ich zusammen mit dem Kollegen DDr. Schachner in der Steweag. Es ist mit dem, was der Kollege Lackner so sehr befürchtet hat, dem Atomkraftwerk, noch lange nicht so weit, wenn sich der Preis nicht ändert. Wenn nämlich beim Ausbau des Ölkraftwerkes in Wernsdorf der Strom um zwei Groschen pro Kilowatt billiger ist als ein Strombezug aus dem Kohlenkraftwerk, dann ist für die Steiermark, aber nicht nur für die Steiermark, das Atomkraftwerk noch lange nicht interessant. Das kann für andere Bereiche interessant sein, für uns nicht. Daher wird man hier wirklich einsetzen müssen. Wenn beispielsweise in den nächsten Tagen und Wochen über die Aufstockung unseres Aktienanteiles bei den Draukraftwerken gesprochen wird, müssen wir versuchen, den Ausbau des Kraftwerkes in Bärnbach bzw. in Voitsberg hineinzubringen, zumindest die Maschinensätze, damit wir mit der Feinkohle keine weiteren Schwierigkeiten haben. Es ist sicher das große Problem Fohnsdorf. Es wird nicht eintreten, wie das immer wieder einmal gemeint worden ist: 1969 muß es geschlossen werden, 1972 oder 1975 muß es geschlossen werden, so liegen die Dinge nicht. Aber wir wissen ja nicht, ob uns nicht morgen etwas passiert. Das dürfen wir nie bei dieser Grube außer acht lassen, genauso wie eine Rutschung in Köflach natürlich Schwierigkeiten mit sich bringt und Arbeitsaussetzungen notwendig macht. Wir werden dort zielbewußt alles tun müssen, um wirklich eine neue Struktur aufzubauen, selbst wenn diese Kohlengrube noch 10 oder 15 Jahre besteht. Wir wissen sehr genau und sollen — wie das in der Agrarpolitik auch heute sehr intensiv gesagt wurde — die Augen nicht verbinden vor der Wirklichkeit, daß es dort und da Auskohlungen geben wird, unausweichlich geben wird. Hier einzusetzen, scheint mir eine entscheidende Frage zu sein für unsere weitere Existenz in unserem steirischen Industrie-land. Was heißt Einsatz? Das, was wir tun, sind Versuche; was wir tun, sind kleine Tröpfchen. Zu

einer umfassenden Welle einer neuen Industrialisierung und einer Umstruktuiierung braucht man viele, viele Milliarden und viele Förderungsmaßnahmen, die der Staat in der steuerlichen Berücksichtigung neuer Betriebe — vor allem neuer Strukturen — beachten muß. Hier haben wir ja Beispiele der Förderungsmaßnahmen in anderen europäischen Ländern, mit denen wir uns gar nicht vergleichen können. Es ist dort so, daß man auf dem Standpunkt steht, wenn man einen guten Betrieb, einen neuen Betrieb, eine neue Struktur aufzubauen imstande ist, dann gibt es kein Kleckern, sondern man muß tief in die Tasche greifen. Wir sind auch dieser Konkurrenz vom Ausland her unterlegen. Es war erst vor kurzem eine sehr bedeutende Firma, die zwischen Irland und Österreich eine neue Produktion aufzuziehen sucht, eine sehr interessante Produktion. Die Frage des Vergleiches ist: Was bieten sie? Ich kann Ihnen gleich sagen, was Irland bietet. Es war keine Plauscherei, daß Irland natürlich weit mehr zu bieten imstande ist als wir, sowohl an Arbeitskräften, unbeschränkt ist auch Frauenarbeit, die bei uns gar nicht mehr so unbeschränkt ist, als auch Geldmittel, und zwar vor allem Geschenke. Wir haben immer die Auffassung vertreten, Darlehen, Darlehen und noch einmal Darlehen, und wenn irgendwo — Mitwirkung und Mithilfe bei der Aufschließung von Betrieben über die Gemeinden oder direkt über das Land. Aber Geschenke — davon haben wir uns immer herausgehalten. Nicht nur in Irland, sondern auch in Kanada ist das anders. Wenn in Kanada beispielsweise eine interessante Produktion sich ansiedeln will, gibt es sofort Millionen Dollar Geschenke. Ich rede nicht dem das Wort. Ich will damit nur sagen, wir sind in allen Bereichen in der Umwelt einer materiellen Konkurrenz ausgesetzt, der wir nur sehr, sehr schwer folgen können.

Wir sind aber natürlich auch einer Konkurrenz unserer lieben Freunde in den übrigen Bundesländern ausgesetzt. Jedes Bundesland bemüht sich, wenn es irgendwo etwas aufspürt, selbstverständlich sofort, mit dem betreffenden Betrieb in Verbindung zu kommen. Das führt auch zu Dissonanzen, die dazu führen, daß der Betreffende dann gar nicht kommt. Als Beispiel möchte ich nur die Volkswagenwerke anführen. Das ist zwar noch nicht abgeschlossen. Dort, wo sie gerne hingehen, finden sie nicht jene Arbeitskraft, die sie brauchen, und dort, wo wir sie gerne hätten, gibt es andere Hindernisse, die auch leider bei einem größeren Betrieb eine beachtliche Bedeutung haben. Es ist überhaupt so, daß eine Standortbedingung vom Geldgeber her oder von der Förderungsseite her nicht denkbar ist. Den Standort wählt sich das Unternehmen nach genauesten Analysen, nach genau wissenschaftlich erforschten Grundlagen, über die man nicht hinwegkommt. Und wenn jemand sich von uns im Standort beeinflussen läßt, dann ist er von vornherein nichts wert. Wenn er sich irgendwohin verpflichten läßt, dann ist er schwach, dann ist das immer wieder der Versuch einer letzten Rettung. Wir haben das x-mal festgestellt und bisher das Glück gehabt, keine großen Fehlgriffe getan zu haben, obwohl sich solche immer wieder einmal ereignen, das muß man auch redlich dazu sagen,

und uns ehrliche Sorgen bereiten. Aber, wie gesagt, hier werden wir weitaus großzügiger — nicht nur das Land sondern auch der Bund — eine neue Welle der Strukturen einleiten müssen, wenn wir die Schwächen beachten, die in unserem Lande außer Zweifel — jetzt nicht sichtbar — in Wirklichkeit vorhanden sind.

Ich möchte auch zu den Strukturfragen der Landwirtschaft etwas sagen. Wir versuchen auch, sie ein bißchen mitzubetreuen, ebenso wie den Fremdenverkehr. Es ist gar nicht der Rede wert, aber wir versuchen es. Es wäre natürlich interessant, wenn wir bestimmen könnten, jene Unternehmen und jene Produktionen aufzubauen, die tief in die Struktur eingreifen, wie etwa eine Gemüse-, Fleisch- und Konservenfabrik. Wir haben so etwas in Aussicht und auch einen Antrag dafür liegen. Aber Sie machen sich gar keine Vorstellungen, welche Schwierigkeiten bis hinauf zum Handelsministerium bestehen, welche Hindernisse gelegt werden und wie Sand gestreut wird und was den Leuten vorgebracht wird. (Landesrat Sebastian: „Was uns gesagt worden ist!“) Das ist das Unbegreifliche. Es ist klar, daß die Konkurrenz nicht angenehm ist. Aber wenn die Konkurrenz so kleinkariert ist und wenn die anderen ein Ausmaß annehmen würden, das wirklich tief in die Struktur eingreift, dann gibt es für uns überhaupt keine Frage einer positiven Entscheidung. Da können uns Ohrenbläser sagen, was sie wollen, wir werden in einem solchen Falle selbstverständlich und verantwortungsbewußt eine Förderung vornehmen, auch wenn Sie, was ich jetzt zeigt, gar nicht sehr billig ist. Aber es ist eben eine Sache, die tief in die Struktur eingreift. Verhindern ist auch ein Zustand, mit dem wir uns ständig auseinanderzusetzen haben, abwehren selbstverständlich. Aber das sind auch — das muß ehrlich gesagt werden — Probleme, die uns völlig neu herangestanden sind. Wir hätten es uns sehr leicht machen und sagen können, das ist nicht unsere Sache, das soll der Bund machen. Aber wenn wir Schwierigkeiten und echte Struktursorgen sehen, wäre es verantwortungslos, wenn wir nicht — wenn auch nur im geringen Maße, eingegriffen hätten. Das ist doch auch nicht ohne Erfolg geblieben. Wir haben also erstens an die 2000 neue Arbeitsplätze auch im vergangenen Jahre wieder schaffen können, wir haben Arbeitsplätze erhalten können, die auch nicht unbeachtlich sind, obwohl die Frage neu schaffen und erhalten das echte Problem ist. Erhalten ja, wenn sie lebensfähig und zukunfts-trächtig sind, über den Berg helfen, was immer wieder auch an uns herangetragen wird, hier muß man schon sehr vorsichtig sein. Mit dem sogenannten Über-den-Berg-helfen sind meistens Investitionen verbunden und notwendig, die nicht einen zusätzlichen Arbeitsplatz, sondern nur eine Sicherung von weniger Arbeitsplätzen ergibt. Es ist so, bestehende Betriebe oder Betriebe, die aus dem Auslande kommen oder aus Wien selbstverständlich, wenn sie für Steiermark echt etwas tun und auch zukunfts-trächtig sind, wir müssen aber zupacken, wo immer wir einen Betrieb bekommen, von dem wir die Überzeugung haben, daß seine Produktion in Ordnung ist, daß er auch das notwendige technische und kaufmännische Verständnis und Kenntnisse be-

sitzt und seine Produktion absetzbar und zukunfts-trächtig ist. Dann müssen wir die Türen öffnen. Es kann uns da gesagt werden was immer, wir lassen uns unterwandern, was heißt unterwandern, die steirische Wirtschaftsstatistik ist der beste Beweis dafür, obwohl wir immer wieder aus dem Ausland Industrielle in das Land hereingebracht haben und an der Wurzel der Industrialisierung dieses Landes mehr Ausländer beteiligt waren als Inländer, sie haben sich alle assimiliert in Österreich, sind gute Steirer geworden. Wir haben hier in keiner Weise Sorgen wegen der Unterwanderung. Wir sind ein unterwandertes Land von eh und je gewesen, nicht nur vom Westen her, auch vom Südosten und wir haben alles assimiliert und alle fühlen sich wohl und die, welche vom Westen hergekommen sind, suchen alle rasch nach einem Jahr um die Staatsbürgerschaft an, damit sie bei uns vollberechtigte Staatsbürger werden. Eine Unterwanderung wäre vielleicht dann gefährlich, wenn es ein Unternehmen gäbe, das vielleicht mit Milliarden bei uns herumwerfen würde. Davor brauchen Sie gar keine Angst zu haben, man versucht immer wieder und noch, weitgehend mit unserem Geld das Risiko zu übernehmen und nicht mit dem Geld, das von außen hereinkommt. Wir sind schon sehr froh, wenn wir wissen, daß die Betriebsmittel eindeutig gesichert sind und auch die technische Einrichtung. Wir müssen in solchen Fällen auch immer mit dabei sein als Kapitalspender; mit dem vielen, vielen Kapital, das da mit dem Willen, hier einen Betrieb zu gründen, verbunden ist und hereingebracht wird, ist es eine irriige Auffassung, die uns die Südtiroler genauso bestätigten, wie uns auch in Frankreich oder in der Bundesrepublik bestätigt wird. Mit dem Geldmitbringen, auch bei den Amerikanern ist es so, daß sie zwar ganz große Dinge angehen, doch mit dem Mitbringen der echten amerikanischen Dollars schaut es etwas anders aus.

Alles in allem zu dem Problem: Wir haben etwa 2200 neue Arbeitsplätze geschaffen, wir haben ungefähr 1100 erhalten, das ist auch etwas! Das ist nicht viel, mir wäre lieber, wenn es 5000 wären, aber wir haben nicht umsonst gearbeitet.

Abschließend noch: Glauben Sie mir, wenn wir die Problematik unserer Wirtschaft in der Steiermark betrachten, es geht überall gut, z. B. beim Papier, beim Holz, bei der Zellulose, wo wir vor einem Jahr noch echte Schwierigkeiten gehabt haben. Wir sind heute gefragt und übergefragt, die Landwirtschaft funktioniert, es geht und läuft, es waren wirklich die Maßnahmen, die nicht auf eine Wahl abgezielt waren, die eben gesetzt werden mußten, richtig und haben Erfolg gezeigt.

Bezüglich des Arbeitsmarktes: Gott sei Dank haben wir noch nie so viel Beschäftigte in der Steiermark gehabt wie heute. Die Bauwirtschaft ist im Ansteigen, im kommenden Jahr werden noch um beträchtliche Hundertmillionen mehr verbaut als in den vergangenen Jahren. Es wird wieder neue echte Auftriebskräfte in diesem Lande geben. Wenn wir versuchen, die Wirtschaft dort und da zu pflegen — das ist alles nur sehr bescheiden — sie zu fördern, neue Maßnahmen zu setzen, wird das nur dann Erfolg haben, wenn wir überhaupt in unserer

geistigen Auffassung weiterkommen, wenn wir die notwendigen Kräfte zur Verfügung stellen können. Es gibt ein sehr bedeutendes und sehr anerkanntes Institut, das uns vorrechnet, was wir im Jahre 1980 brauchen werden. Ich könnte Ihnen aus dieser Meinung einiges vorlesen. Ich bin überzeugt, es wird gehen, aber bis 1980 sind nur mehr drei Landtagswahlen, die dritte ist schon im Jahre 1980. Wenn wir hinter uns schauen, so sind die fünfundzwanzig Jahre sehr rasch vorübergegangen. Aber ich bin überzeugt, wenn der Gesamtwille — vielleicht müssen wir aber die Wahlen wirklich ausklammern —, sonst fehlt es am Gesamtwillen ja nicht, vorhanden ist und wir zügig dem zustreben, was es an Vorschauen, an Modellen gibt, die auch hier im Hause heute, gestern und vorgestern besprochen wurden, wenn wir diesen Zielen versuchen nachzueifern und wenn wir nicht nur der Kritik wegen Kritik üben, wie es auch schon hier im Landtag gesagt wurde, wenn wir aber dort kritisieren, wo es notwendig ist, wo es notwendig ist anzuheizen, wird es auch mit ein Teil der geistigen Auftriebskräfte sein, die wir außer Zweifel brauchen. Ich bin fest überzeugt, daß bei allen Dissonanzen, die es gibt, die wird es immer geben, sie sind unausweichlich, wenn wir den festen Willen und den festen Glauben haben, daß wir ebenso eifrig und mutig sein werden auch in der Zukunft, wie es unsere Väter und Vorahren in der Vergangenheit waren, dann wird unsere Steiermark, unser Steirerland, auch von der politischen Seite her, von dieser Landhausstube aus, immer wieder neue Auftriebskräfte finden. (Starker allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor, ich erteile dem Herrn Bericht-erstatte das Schlußwort.

Berichterstatter: Ich kann abschließend zusammenfassen, daß 37 Redner in einer Zeit von etwa zehn Stunden die Gruppe 7 behandelt haben. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieser Budgetgruppe.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschicht.)

Die Gruppe 7 ist somit angenommen.

Von der freiheitlichen Fraktion wurde zur Gruppe 7 ein bereits im Finanz-Ausschuß vorgetragener Resolutionsantrag wiederholt und mir überreicht, der aber nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften aufweist. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage und bitte die Abgeordneten, die diesen Resolutionsantrag unterstützen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschicht.)

Der Resolutionsantrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Bevor wir zur Gruppe 8 kommen, schalte ich eine Lüftungspause von zehn Minuten ein.

Unterbrechung der Sitzung: 18.45 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 18.55 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 8, „Wirt-

schaftliche Unternehmen und Beteiligungen.“ Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Koch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gruppe 8 beinhaltet die Ansätze für die wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen. Im Abschnitt 83 sind es die Landesbahnen mit Einnahmen von 1,884.000 S und Ausgaben von 24,780.000 S. Im Abschnitt 85 „Unternehmen der Verkehrsförderung“ Einnahmen von 60.000 S und Ausgaben von 1,5 Millionen, Abschnitt 86 land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Unterabschnitt 861/862 landwirtschaftliche Betriebe 13,304.000 S Einnahmen und 18,931.000 S Ausgaben, Unterabschnitt 864 forstwirtschaftliche Unternehmen Einnahmen von 1,720.000 S und Ausgaben von 1,100.000 S, Abschnitt 87 industrielle und gewerbliche Unternehmen Einnahmen von 36.000 S und Ausgaben von 3,160.000 S, Abschnitt Nr. 89 sonstige Unternehmen Einnahmen keine, Ausgaben 200.000 S. Es sind somit in der Gruppe 8 Gesamteinnahmen von 18,504.000 S und Ausgaben in der Höhe von 50,391.000 S. Der Finanz-Ausschuß hat sich eingehend mit den Ansätzen der Gruppe 8 beschäftigt. Im Namen dieses Ausschusses empfehle ich dem Hohen Hause die Annahme der Gruppe 8.

3. Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hoher Landtag!

Ich darf Sie noch kurz auf einen nicht unbedeutenden Wirtschaftsfaktor unseres Landes aufmerksam machen, nämlich unsere Steiermärkischen Landesbahnen. Wenn wir uns mit der gegenwärtigen Situation oder mit Gedanken der Zukunft über diese so wichtige wirtschaftliche Einrichtung unterhalten wollen, so müssen wir auch kurz einen Rückblick in die vergangenen Jahrzehnte tun. Um die Jahrhundertwende hat auf Grund der Industrialisierung unserer Gebiete, der verstärkten Anforderungen des Verkehrs sich die Notwendigkeit ergeben, speziell für entlegene Seitentäler die Verkehrsverhältnisse zu verbessern. Zur damaligen Zeit haben sich private Firmen und auch das Land selbst bereit erklärt, eine Bahn in diese Gebiete hinein zu errichten. Es ist in dem Zusammenhang nennenswert, daß das erste Landesbahnstück Gleisdorf—Weiz im Jahre 1888 gebaut wurde. Erst im Jahre 1941, also während der letzten Kriegsjahre, wurden mit Ausnahme einiger Strecken die seinerzeitigen Privatlinien vom Land Steiermark übernommen. Gerade zur damaligen Zeit bis vor einigen Jahren mußte festgestellt werden, daß die Einrichtungen, der Fahrzeugpark und die Werkstätten in keiner Weise als neuzeitlich zu bezeichnen waren. Es war notwendig, ein entsprechendes Programm zu entwerfen, um die veralteten Zustände einer neuzeitlichen Verbesserung zuzuführen. Ich darf in diesem Zusammenhang auf ein Programm, erstellt vom Herrn Landesrat Peltzmann, das Investitionsprogramm, das mit 30 Millionen Schilling dotiert wurde, verweisen, welches es ermöglicht hat, die Werkstätten

neu zu errichten, vor allem in Murau, Weiz und Ubelbach, und auch den Fahrzeugpark zeitgemäß auszustatten. Sie wissen ja auch, daß wir nicht nur Eisenbahnlinien führen, sondern auch Omnibus-, Kraftfahrzeuglinien, und auch dort war es notwendig, die Omnibusse entsprechend im Stand zu erneuern. Auf Grund des genannten Investitionsprogrammes war es möglich, 15 neue Omnibusse in den Dienst zu stellen. Entscheidend für die Entwicklung unserer Landesbahn war die Notwendigkeit, vom Dampf auf Diesel umzustellen. Gerade diese Investitionen und diese Umgestaltung haben es mit sich gebracht, daß unsere Landesbahnen weitestgehend rationalisiert werden konnten. Dies findet auch seinen Niederschlag darin, daß der Personalstand entsprechend vermindert werden konnte. Man war nicht gezwungen, zu entlassen, sondern die Verringerung ist auf den natürlichen Abgang zurückzuführen. Wenn ich darauf verweisen darf, daß am 30. Juni 1966 noch 485 Beschäftigte waren, so waren es mit Stand 31. Jänner 1969 431, also um 54 Bedienstete weniger als im Jahre 1966. Immer wieder ist es selbstverständlich notwendig — es gibt ja keine staatliche, ob Landes- oder Bundeseinrichtung, die sich aus eigenem heraus entsprechend in ihrem Wirtschaftsgebiet halten konnte, im Budget findet das ja seinen Niederschlag —, daß Mittel vom Land her der Landesbahn zur Verfügung gestellt werden. Im Budget 1970 finden wir einen Betrag von 24,579.000 S. Das ist im Vergleich zum Jahre 1969 ein Mehr von 1,220.000 S, also um 5,2% mehr als im vorigen Jahr. In dem Zusammenhang muß aber gesagt werden, daß dieses Mehr von 1,146.000 S rein auf die Erhöhung der Personalkosten und der Ruhe- und Versorgungsgenüsse zurückzuführen ist. Es ist daraus ersichtlich, daß es möglich war auf Grund der Rationalisierungsmaßnahmen, eine entsprechende Gebarung auf den Tisch zu legen. Wir haben mit Freude festgestellt, daß man sehr bemüht ist — wie schon einleitend ausgeführt — zu rationalisieren und auch den gesamten Verkehr entsprechend attraktiv zu gestalten. Das brachte mit sich, daß im Jahre 1968 im Vergleich zum Jahre 1966 der Personenverkehr um 64.595 zugenommen hat. Allerdings sind echte Schwierigkeiten auf dem Sektor des Güterverkehrs festzustellen, nicht zu übersehen die harte Konkurrenz, aber hier war man echt bemüht, entsprechende Einrichtungen zu schaffen, um auch der Straße gegenüber konkurrenzfähig zu sein. Es wurden Verladeeinrichtungen gebaut in Kapfenberg, in Ratten, und man kann auch hier wiederum berechtigt für die Zukunft hoffen, daß der Konkurrenz der Straße entsprechend entgegengetreten werden kann. Alles in allem muß die Feststellung gemacht werden, daß die Führung unserer Landesbahnen nach wie vor notwendig ist, weil sie eine echte Entlastung unseres Straßenverkehrs darstellen. Es wird auch in Zukunft notwendig sein, den gesamten Verkehr auf unseren Bahnen entsprechend attraktiv zu gestalten. Wir haben hier schon echte Beispiele, wenn ich an die Murtalbahndenke, die Amateurlokfahrten, die Bummelzüge. Wir wissen, daß diese vor allem von Fremden, die auf Urlaub bei uns weilen, sehr stark benützt werden. Ich möchte noch abschließend sagen, daß vor allem der Arbeitsgeist und das Milieu unserer An-

gestellten und Arbeiter bei den Landesbahnen als ausgezeichnet zu betrachten ist, man könnte fast sagen, dort herrscht noch ein richtiger Korps- und Gemeinschaftsgeist, wo wirklich jeder, vom Oberbauarbeiter bis zum Direktor der Bahnen, begeistert an der Sache mitarbeitet, so als ob es sein eigener Betrieb wäre. Von dieser Stelle aus müssen wir allen Arbeitern und Angestellten recht herzlichen Dank für ihre oft sehr schwierige Arbeit aussprechen. Danken wollen wir aber auch unserem Referenten für die Steiermärkischen Landesbahnen, Herrn Landesrat Peltzmann, der mit echter Initiative dabei ist, unsere Landesbahnen auf einen positiven wirtschaftlichen Weg in die Zukunft zu führen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Peltzmann.

Landesrat Peltzmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe Ihnen anlässlich der Voranschlagsverhandlung 1969 versprochen, über das Investitionsvorhaben und über die Durchführung des Vorhabens einen Bericht vorzulegen. Ich haben Ihnen diesen Bericht zu Beginn der Voranschlagsverhandlungen 1970 vorlegen lassen und er befindet sich in Ihren Händen. Ich möchte eines noch dazu sagen: Wenn Sie die Zahlen aus dem Voranschlag echt betrachten, dann sehen Sie, daß wir unser Versprechen, das wir anlässlich unseres Investitionsvorhabens hier gegeben haben, einhalten konnten. In diesem Abgang ist auch bereits eine Summe von 3.570.000 S für Verzinsung und Amortisation der Investitionen enthalten. Ich möchte auch jedem einzelnen unserer Landeseisenbahner herzlichst danken und hier insbesondere der Personalvertretung, ferner allen, ob Sie jetzt der linken oder rechten Seite angehören, daß Sie mit uns gemeinsam diesen Weg gegangen sind und das wird sich für das Land und die Landeseisenbahnen als fruchtbar erweisen. Ich danke schön. (Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Ing. Koch: Ich wiederhole meinen Antrag und ersuche, der Gruppe 8 Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört, ich bitte um ein Händezucken, wer der Gruppe 8 zustimmt. (Geschicht.)

Dieser Antrag und damit die Ansätze der Gruppe 8 sind angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Berichterstatter ist Abg. Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 9 sind im wesentlichen jene Gruppen zusammengefaßt, die Sie durch die Annahme der Gruppen 0 bis 8 praktisch schon wieder ausgegeben haben. Es sind Gesamteinnahmen von 2.376.363.000 Schilling, die Gesamtausgaben sind 351.393.000 Schilling. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Gruppe beschäftigt und ich empfehle in seinem Namen, dieser Gruppe zuzustimmen.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek. Ich erteile ihm das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 des Haushaltsplanes wird immer etwas stiefmütterlich behandelt. Ich kenne das von langer Hand her, sozusagen aus Erfahrung. Ich habe nicht die Absicht, mich darüber zu beschweren — aber ich glaube, wenigstens anmerken zu müssen, daß es eigentlich gerade diese Gruppe nicht verdient, einfach übersehen oder in den Schatten gestellt zu werden. Sie enthält an sich die schönsten Brocken unseres Budgets. Von ihr kommen 60 % aller ordentlichen Einnahmen, wie der Herr Berichterstatter eben ausgeführt hat, also das, wovon wir eigentlich leben. Denn die anderen großen Einnahmen, wie etwa die Benützergebühren unserer Anstalten, reichen in keinem Fall auch nur annähernd aus, den Aufwand dieser Anstalten zu decken. Zu den Wohnbauförderungsmitteln müssen gewaltige Landesgelder zugeschossen werden und nicht viel anderes verhält es sich mit den sonstigen nach Gruppen verstreuten und im übrigen auch nicht besonders großen Einnahmen des Haushaltes. Von den einzelnen Abschnitten der Gruppe 9, von der Finanzverwaltung, dem Kapitalvermögen, den Liegenschaften, den Beiträgen zu den Fonds usw. will ich gar nicht reden. Aber die Gruppe 9 enthält ja auch z. B. die Bedarfszuweisungen für die Gemeinden und damit einen sehr wichtigen und sozusagen realistischen Teil der von landeswegen betriebenen Kommunalpolitik. Sie enthält, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, die Förderung der entwicklungsbedürftigen Gebiete und sie enthält einiges an sonstigem, was sicher nicht von vornherein ohne Interesse ist. Ich glaube nicht, daß das Haus schon müde ist, das gibt es doch gar nicht! Meine Damen und Herren, wenn der Wahlkampf erst beginnt und einer dem anderen nachsagt, daß er jetzt schon brennt. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß das geringe Interesse für die Gruppe 9 etwa der Grippe zuzuschreiben ist, mit der die meisten von uns kämpfen. Was mancher aus der Zurückhaltung schließen würde, kann ich mir zwar vorstellen, aber ich weise es ganz energisch von mir. Meine Damen und Herren, daß die Abgeordneten vielleicht nur ausgeben wollten, ist sicherlich nicht wahr. Ich habe nicht die Absicht, Ihnen nachzurühmen, daß Sie sehr zum Unterschied von anderen Leuten für Einnahmen überhaupt nichts übrig hätten. Das möchte ich Ihnen auch nicht nachsagen. Der wahre Grund dieser Erscheinung liegt zweifellos auf einer anderen Ebene, liegt dort, daß nämlich in der Generaldebatte und indirekt bei jeder Gruppe, deren Ausgaben mit den Einnahmen der Gruppe 9 bedeckt werden müssen, über die Gruppe 9 indirekt gesprochen wird. Daher, meine Damen und Herren, hätte ich jetzt die schönste Möglichkeit, auf all das zu antworten, was in der Gesamtdebatte überhaupt gesagt oder in einer Weise ausgedrückt worden ist, die ich nicht zu billigen vermag. Was würde es allerdings nützen, wenn ich mit Ziffern und Zahlen bis ins Detail be-

weise, daß die hier vorgeworfene Verständnislosigkeit für die Projektierungs- und Bauleitungskosten nicht zutrifft, weil es sich dabei ja um Bundesmittel handelt (Landeshauptmann Krainer: „Die Sie vereinnahmen wollten!“), die bis 1967 direkt mit dem Bund verrechnet wurden und damals außerordentlich karg bemessen waren, daß es uns im Finanzausgleich gelungen ist, diese Mittel einschließlich der Personalkosten und des Sachaufwandes mit 4 % zu pauschalieren und wir seither, meine Damen und Herren, stets mehr dafür aufgewendet haben, als der Bund dafür bezahlte — sehr zum Unterschied von anderen Ländern (Landeshauptmann Krainer: „... bisher bezahlte!“), und zwar, Herr Landeshauptmann, sehr zum Unterschied auch von solchen Ländern, in denen das Finanzreferat von der ÖVP geführt wurde. (Landeshauptmann Krainer: „Ich weiß, ich weiß, die Finanzreferenten sind sich alle einig!“) Eben, Herr Landeshauptmann, aber wir sind nicht einig, weil bei uns wird mehr dafür ausgegeben, als vom Bund bezahlt wird. (Landeshauptmann Krainer: „Ich erinnere Sie an die Diskussion in der Regierung!“) Auch, Herr Landeshauptmann, von der Parteilichkeit bei der Veranschlagung des ao. Haushaltes kann, glaube ich, keine Rede sein. Ich bin einfach von den Ziffern des Bauamtes ausgegangen und habe einem grundsätzlichen Regierungsbeschluß zufolge in erster Linie jene Vorhaben bedeckt, die schon im Bau sind und nur solche Vorhaben aufgenommen in das Budget oder in den Budgetentwurf, deren Projektierung bereits vorlag. Eine Projektierung für die Landwirtschaftsschulen in Wetzwinkel und in Kobenz und eine solche für das Gästehaus in Retzhof, meine Damen und Herren, lag nicht vor und das meiste von dem . . . (Landesrat Dr. Niederl: „Ein Jahr vorher ist es in der Regierung genehmigt worden!“) Aber Herr Kollege, in einem viel späteren Zeitpunkt, wie der Voranschlag schon gedruckt war, oder haben Sie es im Juni beantragt, Herr Kollege? Keine Rede von einem Regierungsbeschluß aus der Zeit! Keine Rede von einem Regierungsbeschluß über Wetzwinkel, wir werden uns das anschauen! (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Gleisdorf!“) Ja, aber Herr Landeshauptmann, knapp davor habe ich erfahren, daß in Gleisdorf nicht gebaut wird, ich habe es herausnehmen müssen weil es geheißen hat, es wird eine andere Schule, es wird Wetzwinkel genommen — und meine Damen und Herren, das was aufgestockt wurde, war zum Teil bis zu den Regierungsverhandlungen über den Budgetentwurf von den zuständigen Referenten überhaupt noch nicht beantragt worden, obwohl jeder Referent verpflichtet wäre, im Juni seine Anträge zu stellen. Die sogenannten Transplantationen, die vorgestern auch aus Pressemeldungen von der medizinischen Wissenschaft als sehr bedenklich angesehen worden sind, waren in unserem Budget recht gering. Sie sind angesichts der hier vorgetragenen Begehren eigentlich gar nicht recht verständlich und bei den schon laufenden Bauvorhaben wird es sich erst im Laufe des kommenden Jahres herausstellen, ob es überhaupt dabei bleiben kann. Aufgestockt, meine Damen und Herren, wurde in den Referaten beider Regierungsparteien und die gesamte Ausweitung des ao. Haushaltes muß durch zusätzliche Darlehensaufnahmen

bedeckt werden, ist also ein echter Vorgriff in die Zukunft. Im Vergleich zu meinem Entwurf betragen sowohl die Ausweitung des ordentlichen als auch die des außerordentlichen Budgets weniger als 1 % der Gesamtausgaben unseres Budgets. Der Rest, meine Damen und Herren, ist gegenüber meinem Entwurf unverändert geblieben. Die behauptete Philosophie ist also ein nicht erfüllter Traum.

Mit einem Vorhalt wegen des Baues von Amtsgebäuden soll man mir lieber nicht kommen. Wir haben einiges auf diesem Gebiet getan und geleistet und werden auch in Zukunft einiges tun. Ich möchte es Ihnen nicht aufzählen, aber die Bezirkshauptmannschaft Mürrzusschlag ist im Bau, in Bruck wird mit einem Amtsgebäude im kommenden Jahr begonnen, für die Bezirkshauptmannschaft Judenburg und für ein zentrales Amtsgebäude in Graz sind alle Vorbereitungen bereits im Gange, weil nämlich die Verwaltung schließlich die ureigenste Aufgabe des Landes ist. Ich freue mich, daß ich als der für den größten Teil des Sachaufwandes der Behörden verantwortliche Referent immerhin darauf verweisen kann, daß es möglich war, die dafür notwendigen Ausgaben verhältnismäßig sehr stabil zu halten. Einer Steigerung der Gesamtausgaben unseres Haushaltes in den letzten zehn Jahren von 242 % steht trotz durchgreifender Erneuerung und Modernisierung beim Sachaufwand aller Behörden nur eine Erhöhung von 160 %, also weit weniger, gegenüber. Es ist, um auf andere Bemerkungen zurückzukommen, sicher nicht notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Mittel für die Naturschutzmaßnahmen in Wirklichkeit nicht verkürzt worden sind, sondern sogar erheblich vermehrt wurden. Die bisher aus diesen Mitteln getragenen Förderungen der Bergwacht sind nämlich jetzt gesondert mit 115.000 Schilling veranschlagt und außerdem ist im ao. Budget des heurigen und des kommenden Jahres ein Betrag von je 200.000 Schilling, also zusammen von 400.000 Schilling, für das Naturschutzjahr 1970 veranschlagt. Das dürfte als Beweisstück von Mißverständnissen hinreichend sein. Einem Debattenbeitrag, der auf der Auslegung eines Druckfehlers in einer Zeitung beruht, muß ich wohl nicht ernst entgegentreten. Ich habe nirgends gesagt, daß 80 % der Futtermittel eingeführt werden müssen, ich habe gesagt, daß sie eingeführt werden mußten. (Abg. Pözl: „Was sagt die Neue Zeit?“) Und, wenn Sie schon dazwischenrufen, Herr Kollege, muß ich Ihnen gleich sagen, vor zwei Jahren haben wir noch um eine Milliarde Futtermittel aus dem Ausland eingeführt. Jawohl, Herr Landeshauptmann. Und so könnte ich aber jetzt, meine Damen und Herren, ohne daß mich der Herr Präsident zur Ordnung rufen könnte, auf alles eingehen, was im Laufe der Debatte gesagt wurde, was aufzuklären wäre oder eines Widerspruches auf meiner Seite bedürfte. Ich könnte, wenn ich wollte, aber Sie haben nichts zu befürchten, meine Damen und Herren, ich will nämlich gar nicht! (Beifall.) Der Finanzreferent ist ohnehin des Teufels, schlecht und verständnislos — also bin ich einmal wenigstens, wenn schon nicht selbstverständlich göttlich . . . (Landeshauptmann Krainer: „Bitte nicht hochspielen, es hat niemand gesagt, daß Sie ein Teufel sind, es hat auch niemand gesagt, daß Sie verständnislos sind!“) Herr Landeshauptmann, bin

ich einmal wenigstens, wenn schon selbstverständlich nicht göttlich, Herr Landeshauptmann, doch gut oder wenigstens verständig und will schweigen, meine Damen und Herren. Ich maße mir nicht an, die Verhandlungen über das Budget zu beurteilen oder gar zu kritisieren. Die Beratungen des Finanzausschusses waren sicher dürr, aber zweifellos korrekt. Man hatte diesmal wahrscheinlich allen Grund, das Pulver nicht zu früh zu opfern. Auch der Hausdebatte ... (Landeshauptmann Krainer: „Das scheint bei Ihrer Fraktion besonders der Fall gewesen zu sein!“) meine Damen und Herren, ist ja nichts nachzusagen. Sie hat sich dem Tempo unserer Zeit allerdings weniger angepaßt als der Finanzausschuß es getan hat und das gesparte Pulver hat teilweise nicht so gezunden, wie man es erwartet hatte — ich glaube aber doch, man wäre nicht gut beraten, wenn man das, was in der Luft zu liegen scheint, einfach mit einer streckenweise mangelnden Begeisterung oder einer überhandnehmenden Routine oder mit einem in Wirklichkeit sicher doch nicht bestehenden Gegensatz zwischen Regierung auf der einen und den Abgeordneten des Hauses auf der anderen Seite erklären wollte. Ich bin weit davon entfernt, die Notwendigkeit des Überdenkens von Form und Inhalt des Geschehens auszuschließen. Ich glaube, es gibt vieles, was dafür spricht, es rasch zu tun. Ich bin durchaus davon überzeugt, daß die Zeit, in die wir gehen, uns in nächster Zukunft sogar dazu zwingen wird, das zu überdenken und durchzubesprechen. Wir werden alle Hände voll zu tun haben, um der Versachlichung des Lebens, um der Verfachlichung der Politik und um der Verwirtschaftlichung der Verwaltung zu begegnen, um dem, was dazu notwendig und erforderlich ist, unbedingt erforderlich ist, gerecht zu werden, und das hergebrachte Denken in den hergebrachten Formen wird vielleicht nicht überall genügen, einen zukunftsweisenden Weg wirklich beschreiten zu können. Es wird aber bestimmt nicht allein darum gehen. Wichtiger als das wird zweifellos die Frage sein, ob wir den Mut zur Wahrheit haben und ob wir zu den Formen stehen, die die besten sind, oder ob wir versuchen, mit dem Schein zu spielen in der Hoffnung, zu gewinnen und die Form nicht wahren, weil sie uns nichts sagt.

Man kann die zu Ende gehende Periode des Landtages und der gegenwärtigen Regierung unseres Landes sicher so und so beurteilen. Das ist jedem freigestellt. Entscheiden, meine Damen und Herren, wird freilich aller Kritik zum Trotz einzig und allein die Leistung. Man kann so tun, als wäre es die Leistung nur der einen oder auch der anderen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Verfassung unseres Landes jene berufen hat, die Legislative auszuüben, die hier in der Landstube sitzen und daß Sie, meine Damen und Herren, die Vollziehung jenen übertragen haben, die die Regierung bilden. Tatsache ist, daß die Verfassung unseres Landes zur Begegnung zwingt, daß sie zur Verhandlung drängt und daß sie auch den Vergleich zwischen den Geistern begünstigt. Wir bekennen uns genau aus diesen Gründen zu dieser Form und zu der in ihr verankerten Gesinnung, zu der demokratischen Gesinnung. Wir leugnen nicht den Zwang des Handelns, auch nicht den Druck der Mehrheit (Landeshauptmann Krainer:

„Druck der Mehrheit!“), auch nicht die Schwierigkeiten, denen wir begegnen. Man wird uns aber auch nicht verargen, daß wir manches anders haben möchten, und wir stehen zur Verfassung, und wir bekennen uns zu dem von dieser Verfassung gewählten Weg. (Landeshauptmann Krainer: „Die armen Bedrückten und Gedrückten zur linken Seite!“) Ja, Herr Landeshauptmann, Sie haben es noch nicht gespürt, wie das ist. (Gelächter. — Landeshauptmann Krainer: „Ich war auch Landeshauptmann, als ich keine Mehrheit gehabt habe!“ — Landesrat Sebastian: „Der Nigl hat behauptet, ihr habt sie gehabt!“) Damals war kein Druck der Mehrheit. Wir sind jedenfalls sicher, meine Damen und Herren, daß auch wir von der linken Seite das geleistet und zum Ganzen beigetragen haben, was uns überhaupt möglich war, und wir gehen ruhigen Gewissens jenem Jahr entgegen, welches nunmehr vor uns liegt. Die Härte, mit der diesmal — zumindestens teilweise — über das Budget geredet wurde, ist kein Unglück. Sie ist weit besser als das Schweigen, das in der Welt der Diktaturen herrscht. Wir haben niemandem etwas vorzumachen. Jeder Mensch in unserem Lande weiß, daß die nächsten Monate große politische Entscheidungen bringen werden und daß uns Auseinandersetzungen ins Haus stehen, die wahrscheinlich nicht leicht sein werden. Wir sollten uns nur vornehmen, daß wir sie in den Formen der Demokratie, der Fairness, der menschlichen Begegnung und der Sachlichkeit bestehen wollen. Wir sollen nichts verbauen, meine Damen und Herren, was offen bleiben muß, und wir sollen uns darauf besinnen, daß es die erste unserer beschworenen Pflichten ist, dem Lande zu dienen und die Interessen der Menschen dieses Landes zu wahren. Es kommt, ob wir es wollen oder nicht, eine Zeit auf uns zu, in der wir alle Kräfte brauchen werden, um die aus uns selber und von der Welt her gestellten großen Aufgaben von Politik und Wirtschaft, von Gesellschaft und menschlichem Leben lösen zu können. Wir werden alle miteinander sehr glücklich sein, wenn wir von uns sagen können, daß wir einen Beitrag dazu wenigstens in jenem Maß und so zu leisten imstande waren, wie es uns beschieden war und aufgetragen ist. Wir hoffen, so zu handeln, wenn wir das Budget 1970 beschließen. Wir wünschen, daß das Jahr, für das es gilt, trotz aller Schwierigkeiten, die es bringen wird, dennoch ein gutes Jahr zu werden vermag und daß es ein gutes Jahrzehnt einleitet, in dem wir alles das bewältigen, was die Zeiten von uns fordern werden.

Mögen gute Entscheidungen für Österreich, gute Entscheidungen für unser Land, für die Gemeinden und für die Leute fallen, die mit uns arbeiten und wirtschaften, die alles das geschaffen haben, was vollzogen werden konnte und die alles tragen werden, was zu tun ist und denen daher auch alles das zugute kommen muß, was eine schöne Zukunft überhaupt bringen kann.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, ich wünsche allen Bürgern unseres Landes ohne Rücksicht auf den Unterschied des Denkens und die Gegensätze unseres Handelns gute Feiertage, frohe Weihnachten und viel Erfolg in dem Jahrzehnt, das

zunehmend für uns alle anfängt, in dem Jahrzehnt, das vor uns liegt. Glück auf! (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

3. Präsident: Nächster Redner ist Herr Landeshauptmann Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren

Mein verehrter Kollege, Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, hat eine wohlgesetzte, wohl vorbereitete Rede hier gehalten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner: „Natürlich, ein pflichtbewußter Mensch, Herr Landeshauptmann!“) Ist ja gar keine Frage. Ich muß nun aus dem Stegreif doch eine Antwort geben, die, wenn ich die Bedeutung der kommenden Zeit in Betracht ziehe, erforderlich ist. Meine Damen und Herren! Das Um und Auf unserer Entwicklung liegt sicher in der Freiheit dieses Landes, in der Gesinnungsfreiheit, in der Religionsfreiheit. Es liegt darin, daß wir unseren ganzen Einsatz tätigen und dienen und noch einmal dienen, ob wir davon reden oder ob wir es tun. Wir müssen es tun, damit die Menschen dieses Landes geistig die Zeit zu bewältigen vermögen, weil sie sicher eine bewegte und harte Zeit sein wird voller Spannungen und voll notwendiger Einsätze, um nicht einmal zu den Hintersassen zu zählen. Immer und alles bewegt zuerst der Geist. Was wir alles erlebt haben an technischen Entwicklungen, an der Fortsetzung und Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse, hat uns ja das Leben von heute erst ermöglicht; ob es der Sektor Energie ist, ob die Chemie und was immer an wissenschaftlichen Kenntnissen, das hat uns letzten Endes den sozialen Zustand von heute angefeuert. Das waren die Antriebskräfte. Wir wissen heute, daß die Zukunft von uns viel mehr fordert, und wenn wir als Menschen leben wollen, vor allem viel mehr abfordert. Es wird das Leben der Menschen nur sinnvoll sein, wenn es sich einigermaßen in der Verwirrung und in dem Wirrwarr der kommenden Zeit zurechtfindet. Erst dann wird es das Menschsein sicherstellen. Abgeleitet von dem Einsatz und von dem Opfer, das müssen wir auch sagen, das kommt auf uns zu, damit wir die geistige Entwicklung sichern, damit wir zu einer Bildungsgesellschaft werden können, das wird Opfer von uns abverlangen. Aber das wird das Entscheidende sein. Dann werden wir, wenn wir die geistigen Kräfte besitzen, selbstverständlich die auf uns zukommenden technischen Entwicklungen nützen können und sie auch zum Segen und zum Erfolg der Menschen und der Menschheit verwerten können. Das ist meiner Auffassung nach der entscheidende Einsatz, den wir zu leisten haben. Der spielt auch herein in die Politik. Ich stimme überein in der Frage der Verfachlichung, der Versachlichung. Dazu zwingt uns einfach die Zeit. Die Zeit der Ideologien wird nicht von heute auf morgen im Weltbild nicht mehr sichtbar sein, das wird noch seine Zeit brauchen. Aber es ist gar keine Frage, daß wir in der Entwicklung zu den Realitäten — nicht nur bei uns, sondern in der Welt und vor allem in der östlichen Welt sind. Wenn diese Entwicklung eine glückliche sein soll und wenn sie das Menschsein noch übrig läßt, dür-

fen wir gerade das Geistige nicht übersehen, Kultur, das Schöne, und wenn es noch so einfach sein mag, und wenn es auch nur einfache bäuerliche Kultur ist. Die Dinge dürfen wir nicht übersehen, weil sonst die Sache ausschließlich Sache des Menschen wird und damit das Menschsein verloren geht. Es wird sicher sehr, sehr nützlich sein, wenn wir die Dinge versachlichen. Ich habe gestern schon gesagt, daß wir jetzt eine Erkenntnis durchzusetzen haben in Wien, haben wir einer profunden Sacharbeit von großen geistigen Köpfen, von Professoren der Technik und der Universität zu verdanken. Das weist und drängt uns dorthin, das ist gar keine Frage. Wir sind uns in der Richtung absolut einig. Aber auch die Politik ist ein entscheidender Faktor, der nicht übersehen werden darf. Pompidou hat ja bekanntlich in guter Laune einmal gesagt, wie man als Politiker versagen und zugrunde gehen kann. Er hat drei Fakten angeführt. Ich möchte zwei davon nicht näher erläutern, weil sie nicht in das Repertoire dieses Hauses gehören, das ist das Kartenspiel, und das sind die Frauen. Ich will nur die dritte Version nennen, die er gesagt hat, und sicher mit den Fachleuten. Was hat er damit gemeint? Außer Zweifel, daß der Politiker die letzte Verantwortung, die letzte Entscheidung zu tragen hat. Und wenn er das nur vom Sach- und Fachgebiet her beurteilt, dann kommt der Mensch und auch die Politik zu kurz. Hier wird die Politik des anbrechenden Jahrzehnts sicher auf all diese Entwicklungen entscheidend Rücksicht nehmen müssen, auch dieses Haus. Es hat schon mein Vorredner gesagt, es war zeitweilig langweilig. So offen haben Sie es nicht ausgesprochen, aber angedeutet. Es war langweilig, Journalisten und andere Zuhörer haben mir gesagt, saulangweilig. Das möchte ich nicht als richtig hinstellen, es war zeitweilig auch sehr lebhaft und nicht langweilig, aber auch die Langeweile muß die Demokratie ertragen und vertragen. Ich kann das für meinen Klub sagen, wir haben diskutiert darüber, wie diese Landtagsdebatte ablaufen soll. Ich habe gesagt, sprechen wir kurz, sagen wir etwas und reden wir nicht nur. Reden ist ja keine Kunst, etwas sagen ist eine Kunst. Und die Kunst haben wir noch nicht ganz im Griff, ich auch nicht, obwohl ich ein langes politisches Leben hinter mir habe. Aussagen — und dazu werden wir uns schon irgendwo finden. Es wird keine großen Veränderungen in diesem Hause geben, ein paar unserer Getreuen, die schon lange hier sitzen — die Dame ist nicht mehr hier, die mit mir die gleiche Lebensdauer in diesem Hause miterlebt hat, die Hella Lendl — dann kommen die nächsten um fünf Jahre später. Es wird keine großen Veränderungen geben. Sicher wird das Kunststück der Zukunft sein, doch nicht nur die Journalistenbänke, sondern auch die jungen Leute zu faszinieren, was hier geredet wird, nicht nur geredet, sondern was hier gesagt wird. Wenn man versucht hineinzuhören in die jungen Leute, die da hereingeschickt werden — sonst sind ja nicht sehr viele Zuhörer — müssen wir darauf schon Rücksicht nehmen. Ich kann mir vorstellen, daß so wie heute der Kollege Zinkanell geradezu in eine Ekstase geraten ist, daß das diese jungen Menschen fasziniert. Er ist ja so eine Faszination selber auch. Ich sage das ja gar nicht, was ich mir

denke wegen der Faszination (Gelächter), weil ich nicht jetzt zum Abschluß harte Worte gebrauchen will. Aber sicher ist hier ein Umdenken notwendig. Die Pflege der Demokratie, die ein heiliges Gut ist — das muß außer Streit sein — besteht auch darin, daß wir immer wieder attraktiv vor allem den jungen Leuten gegenüber in Erscheinung treten und nicht fad und langweilig. Wenn wir unter uns beisammen sind im kleineren Kreis, dann können wir uns auch ein bißchen fadisieren, das spielt gar keine Rolle, weil wir verpflichtet sind, auf den anderen zu hören. Das ist ja auch die große Kunst in der Demokratie, hören können, wenn es auch fad ist, vor allem, wenn es um die Auseinandersetzung, um das Bessere geht, hören können, wenn ich hundertmal wüßte, es ist falsch, trotzdem hören können. Vielleicht ist doch ein Klang in diesem Hören zu finden, der miteingebaut einen besseren Extrakt in der Politik ergibt. Ja, aber nehmen wir uns das vor — bitte meine Herren auf der Journalistenbank, schreiben Sie nichts darüber, lassen Sie uns in uns gehen und tun Sie uns nicht sozusagen „herunterreißen“, wir bemühen uns, in uns zu gehen und einen neuen Weg zu finden. Das benötigt aber wiederum Sitzungen, das Anhören von Meinungen usw., das wird die Obmännerkonferenz, so hoffe ich, in der nächsten Legislaturperiode richten.

Der Herr Finanzreferent tut so, als ob er immer unzufrieden wäre — das stimmt ja nicht! Wenn ich also seine Einleitungsrede zum Budget richtig gehört habe wo er gesagt hat, es geht uns gut und es wurde ohnehin nichts geändert, und er am Ende so tut, als ob er beleidigt wäre, weil etwas geändert wurde, er redet also von Bedrücktsein oder Gedrücktsein! (Landesrat Sebastian: „Das bezieht sich auf die ganze Tätigkeit, nicht nur auf das Budget!“) Ich weiß, ich weiß. Schauen Sie, was wollen Sie auch, letzten Endes stehen wir ja vor einer Wahl. Irgendwas müssen Sie ja sagen, sie können ja nicht sagen, es war alles gut — dann würden die Leute sagen, wir brauchen ja gar nicht zur Wahl gehen — oder es wählen zum Schluß mehr als notwendig die ÖVP! Das wäre ja auch nicht zweckmäßig. Bitte, ich bin schon sehr dafür, aber alles mit Maß. Wenn Ihr also nichts finden würdet, vor allem beim Landeshauptmann nichts finden würdet, dann wäre es ja fad und einen faden Wahlkampf hat es ja noch nie gegeben. Eines möchte ich feststellen. Einen Druck der Mehrheit muß ich doch ganz ernstlich zurückweisen. (Abg. Pözl: „Sie haben nicht allein bestimmen können!“) Bitte, vielleicht finden wir uns, vielleicht wäre das ein fauler Kompromiß, wenn ich sage, unter dem Gesichtspunkt gesehen, man habe deshalb nichts anderes verlangt, weil eine Mehrheit da ist. Das hat aber viel für sich und ich möchte das sehr klarstellen und ich bin so ehrlich: Mehrheit, von mir aus Ihre Mehrheit, aber Mehrheit, denn Mehrheit ist Ordnungsfaktor! Wo immer Mehrheit ist, ist Ordnung in der Politik. Das ist gar keine Frage, wenn sie sittlich und mit allem Ernst und mit aller Bereitschaft zu dienen, gemacht wird. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist die Voraussetzung!“) Das ist selbstverständlich die Voraussetzung, aber Mehrheit ist Ordnungsfaktor! Das wird niemand aus der Welt schaffen, auch

nicht der Keil, der begreiflicherweise auch seine Lebensberechtigung hat. Ich bestreite das nicht. Was sehr schlimm ist, das kann ich Ihnen sagen, sind jene faulen Kompromisse, jene faulen Dinge, die einem Land und einem Staat nicht guttun. Ich möchte jetzt darauf reagieren: Nichts verbauen trotz Wahlkampf. Herr Kollege, zu allem bereit! Aber bitte, dann müssen Sie schon bei den Schriften für Ihre Vertrauensleute anfangen! (Abg. Dr. Klauser: „Bei Ihrem letzten Artikel!“) Dann müssen Sie dort anfangen und dann sage ich Ihnen etwas, meine verehrten Freunde: Von uns zu verlangen, ein Wahlübereinkommen über einen sauberen Wahlkampf — wir werden, das erkläre ich hier feierlich, einen sehr fairen Wahlkampf führen, wir werden weder eine Diskriminierung der Religion, Rasse usw. zulassen, wir werden uns bei unseren Leuten dafür stark machen, obwohl man nie ganz weiß, was sich unten abspielt. Wir werden keine Anweisung geben zu einem unsauberen Wahlkampf, auch nicht zu einem Wahlkampf der Gerüchte, ich erkläre Ihnen das feierlich.

Aber meine Damen und Herren, mit zwei Gesichtern und mit zwei Zungen ist mit uns nicht zu reden! Das muß ich sehr deutlich machen.

Wenn also schon seit Monaten Wahlkampf geführt wird und wir jetzt langsam versuchen, auch ein bißchen nachzuholen, muß ich schon sagen . . . (Heiterkeit) Ja, entschuldigen Sie, Sie lachen! Auf jedem Baum, auf jeder Telegrafensäule hängt doch Ihr Kopf! Und andere Köpfe auch noch. Ich sage noch einmal, mit zwei Gesichtern und zwei Zungen geht es nicht. Aber wir sind zu jeder anständigen und sauberen Erklärung bereit. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe Ihnen ja auch in diesem Hause gesagt, was wir denken!“) Nichts verbauen, da sind wir uns völlig einig, weil das eine feststeht, wir müssen nach dem 16. März wieder schauen, daß das Land so weiter . . . (Landesrat Sebastian: „Außer Sie scheiden mit der Frau Abg. Lendl aus aus diesem Haus!“) Sie werden kein Glück haben! Ich weiß, daß er mich gerne weghätte, aber ich kann ihm nicht helfen. Meine Leute lassen mich nicht fort. (Starker Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Klauser: „Herr Landeshauptmann, weg sind Sie ja nicht, nur einen Sitz weiter rechts!“) . . Die kommen erst, da habt Ihr Gelegenheit, mich zu streichen. Das ist Eure Chance, die wir Euch geben, tut fleißig mit! Ich lade auch Sie ein, tun Sie brav mit. (Landesrat Bammer: „Ich habe gehört, das Parteipräsidium programmiert das Ergebnis!“) . . Was heißt programmiert? Entschuldigen Sie, der Computer wird das Ergebnis bringen. Das ist ganz klar, das ist unausbleiblich. (Zwischenrufe.) Na, entschuldigen Sie, wir machen ja nicht das Programm, das machen ja die Haushaltsvorstände. Natürlich! Wenn er die Karte locht, das kommt heraus, da gibt es gar nichts anderes. (Zwischenrufe.) Ja, selbstverständlich wenn Sie wollen. Zahlen Sie etwas mit, das ist nämlich sehr kostspielig. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Ich glaube zu wissen, was dabei herauskommt!“) Leider nicht, ich möchte es auch schon gerne wissen. Ich bitte also, nichts verbauen, keinen unsau-

berer Wahlkampf, sondern immer auch beim Wahlkampf an die Steiermark denken, an unser schönes, wunderbares Land denken, in dem wir ja alle mit-sammen, besonders wir, die Établierten, recht glücklich sein können. Ich glaube, es gibt hier gar keinen Unglücklichen, höchstens einer, der ausscheidet, wird es sein. Ich sage dies redlich und nicht etwa mit einem Seitenhieb, denn ich kann mir vorstellen, daß die unser Haus sehr schwer verlassen. Es war ein gutes Haus, das möchte ich auch sagen, ohne dabei überheblich zu sein. Wir brauchen uns was das Dienen anlangt, gegenseitig nicht zuzure-den. Schon die Tatsache, daß die Referate viele Sorgen zum Inhalte haben, ich weiß das auch von Ihrem Referat, bedingt einfach Arbeit, aber es ist einfach zu wenig, wenn es nur das wäre, selbstver-ständlich haben wir den Menschen jederzeit zur Verfügung zu stehen. Ich wünsche nur, daß wir mit viel, viel Mut und auch mit Hoffnung und Optimis-mus in das kommende Jahrzehnt eintreten können.

Ich möchte zum Schlusse einmal danken dem Prof. Ihle, der sitzt genauso 25 Jahre hier wie die Frau Lendl und ich (Allgemeiner Beifall) auf der Journalistenbank. Ich hoffe nicht, daß er uns zu viele Sorgen gemacht hat. Ich wünsche ihm jeden-falls, daß er weitere 25 Jahre hier ist. Unser Ing. Girstmaier — er ist nicht hier, er ist krank, er geht in Pension und scheidet aus — ist genauso 25 Jahre hier. Er hat sozusagen mit uns hier im Hohen Hause begonnen und hat wirklich treue Dienste geleistet. Auch ihm sei aufrichtiger Dank gesagt. (Allgemeiner Beifall.) Danken möchte ich unseren leitenden Beamten, aber nicht nur denen, an der Spitze Herrn Landesamtsvizepräsident Dok-tor Guggenthall-Wittek, den Abteilungsleitern, den Bezirkshauptleuten, die ausscheiden, ich möchte auch allen denen, von denen wir selten reden, aber jetzt in den vergangenen Wochen wieder gemerkt ha-ben, wie treu sie zu uns stehen Tag und Nacht mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen, ob sie nun Stra-ßenwärter, Straßenmeister, Bezirksbauleiter sind oder ob sie wo immer bereit sind, unsere Abtei-lungsvorstände, die Landesamtsdirektion und alle Mitarbeiter, bereit sind, da zu sein, auch wenn die Arbeitszeit schon längst vorüber ist — allen möchte ich danken. Was täten wir, wenn wir sie nicht hätten. Ich danke meinen engeren Mitarbeitern — das gilt für uns alle — im Büro, die immer wieder jederzeit bereit sind, ihre Dienste zu leisten ohne Rücksicht, daß sie auch einmal zu Hause Schwie-rigkeiten haben, wenn sie zu spät nach Hause kommen. Der öffentlichen Meinung möchte ich auch im besonderen danken. Ihr macht uns das Leben manchmal ein bißchen sauer, aber das ist halt ir-gendwo auch ein Lebenselixier, wenn ihr spitz schreibt und wenn ihr recht habt. Immer müßt ihr ja nicht recht haben. Aber das brauchen wir, und wenn wir überhaupt das Gefühl haben, daß ihr uns deutlich eine Meinung vermittelt, die das eine oder andere wenden soll, sind wir besonders dankbar dafür. Aber wir vertragen auch eine Kritik, auch wenn sie manchmal beinhart ist, das macht gar nichts, das möchte ich ausdrücklich sagen, wenn sie auch manchmal hahnebüchig ist, auch das kommt vor. Und so, meine Damen und Herren, mit einem aufrichtigen Wunsch für alle unsere Mitarbeiter,

unsere Bediensteten, wo immer sie stehen, mit einem aufrichtigen Wunsch, ich darf dies auch für meine Freunde — nicht immer ganz, ein bisserl schon — von der Linken und meine lieben Freunde von der Rechten (Beifall bei der ÖVP. — Geläch-ter. — Landesrat Sebastian: „Jetzt haben wir die Benachteiligung!“ — Landeshauptmannstellvertre-ter DDr. Schachner: „Druck der Mehrheit, Herr Landeshauptmann!“) Ich bin ja mit allen per du, Ihnen allen, meine Damen und Herren und ganz besonders denen, die im nächsten Jahr oder nach der Wahl nicht mehr hier sein werden, wünsche ich alles Schöne und Gute und auch weiter gutes Ge-lingen für unsere schöne steirische Heimat! (Allge-meiner starker Beifall!)

3. Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Loidl: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 9.

3. Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte die Abgeordneten, die der Gruppe 9 zustim-men, um ein Händezeichen (Geschieht).

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvor-anschlag. Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Sehr geehrte Damen und Herren!

Im außerordentlichen Landesvoranschlag sind Ge-samteinnahmen von der Gruppe 0 bis zur Gruppe 9 im Betrage von 380,287.000 S vorgesehen. Dem stehen Gesamtausgaben von 596,299.000 S gegen-über. Es ergibt sich daher ein Abgang von 211,032.000 S. Ich darf im Namen des Finanz-Aus-schusses um Annahme des außerordentlichen Vor-anschlages bitten.

3. Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Hän-dezeichen wenn Sie zustimmen (Geschieht). Der außerordentliche Voranschlag ist angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlüßanträgen zum Landesvoranschlag 1970. Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl.

Es handelt sich um insgesamt 14 Anträge. 3 sind gemeinsame Anträge der ÖVP, SPÖ und FPÖ. Ein-em weiteren Antrag der ÖVP und FPÖ hat die SPÖ zugestimmt.

Wir können über alle Beschlüßanträge, wie sie im Mündlichen Bericht Nr. 102 enthalten sind, ge-meinsam abstimmen.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über diese Beschlüßanträge abzustim-men.

Abg. Hans Brandl: Ich stelle diesen Antrag.

3. Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich er-suche daher die Abgeordneten, die diesen Beschlüß-anträgen zustimmen, eine Hand zu erheben (Ge-schieht).

Die Beschlüßanträge sind angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan für 1970 wurde Ihnen aufgelegt und liegt Ihnen in gebundener Form vor. Ich nehme an, daß Sie ihn sehr eingehend studiert haben und darf daher nur die Gesamtzahlen des Dienstpostenplanes bekanntgeben. Der Dienstpostenplan für das Haushaltsjahr 1970 umfaßt insgesamt 13.590 Dienstposten. Davon entfallen auf den Personalaufwand des Landes 12.244 Dienstposten, Wirtschaftsbetriebe 690, Fach- und Berufsschulwesen 226, Personalaufwand der Gemeindeverbände 430. Bei der Hoheitsverwaltung sind daher um 11 mehr, bei der Bauverwaltung um 48, bei den Sanitätsanstalten um 181, sonstige Dienststellen 40, eine Verminderung erfolgt bei den Wirtschaftsbetrieben um 21 Dienstposten.

Der Finanz-Ausschuß hat den Dienstpostenplan eingehend beraten, und ich bitte um die Annahme.

Präsident Koller: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren Abgeordneten, die dem Dienstpostenplan zustimmen, eine Hand zu erheben (Geschieht).

Der Dienstpostenplan ist damit angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Sehr geehrte Damen und Herren. Die Anzahl der Kraftfahrzeuge des Landes hat sich geringfügig erhöht. Die Anzahl ist im Systemisierungsplan festgelegt. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 870 und erteile ich dazu dem Herrn Hauptberichterstatter das Schlußwort.

Abg. Brandl: Ich verzichte auf das Schlußwort.

Präsident: Sie haben den seinerzeitigen Antrag des Hauptberichterstatters gehört. Wer mit den Anträgen zur Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 870, einverstanden ist, möge eine Hand erheben (Geschieht). Damit ist der Landesvoranschlag 1970 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

3. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 164, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 1. Dezember 1960, LGBl. Nr. 92, mit dem der Bundes-Polizeidirektion Graz und dem Bundes-Polizeikommissariat Leoben straßenpolizeiliche Vollziehungsaufgaben übertragen werden, neuerlich abgeändert und ergänzt wird.

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag!

Bei der vorliegenden Novellierung handelt es sich um eine Novellierung eines paktierten Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben in Vollziehungssachen an die Bundes-Polizeidirektion Graz und das Bundespolizeikommissariat Leoben. Im Sinne der Paktierung müssen Bundes- und Landesgesetze gleichlautend novelliert werden, das Bundesgesetz ist novelliert, und zwar die Straßenverkehrsordnung. Ich darf daher im Sinne der Beschlußfassung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses vom 12. Dezember den Antrag stellen, dieser Novellierung zuzustimmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen (Geschieht).

Das Gesetz ist angenommen.

4. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 165, Gesetz, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1957 neuerlich abgeändert und ergänzt wird (2. Gemeindebedienstetengesetznovelle 1969).

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Im Sinne der durch Landesgesetz auch für die Gemeindebediensteten in der Steiermark eingeführten Automatik in dienstrechtlichen Angelegenheiten liegt uns eine Novelle vor, die der Gemeinde- und Verfassungsausschuß ebenfalls am 12. Dezember beraten hat. Durch die vorliegende Novelle werden die Bestimmungen der 19. Gehaltsgesetz-Novelle des Bundes im Landesgesetz für die Gemeindebediensteten übernommen.

Ich darf im Sinne der Beschlußfassung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses den Landtag bitten, diese Novelle anzunehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, möge eine Hand erheben (Geschieht).

Das Gesetz ist angenommen.

5. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 863, betreffend den Gnadenantrag des Technischen Oberinspektors Ing. Franz Freytag um Nachsicht der Rechtsfolgen der Disziplinarstrafe.

Berichterstatter ist Abg. Simon Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koiner: Hohes Haus!

Die Vorlage betrifft den Gnadenantrag des Oberinspektors Ing. Franz Freytag um Nachsicht von einer Disziplinarstrafe. Ich stelle namens der Gemeinde- und Verfassungsausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Aus Anlaß des 50jährigen Bestandes der Republik Österreich wer-

den die Rechtsfolgen (Hemmung der Vorrückung in höhere Bezüge) der gegen Techn. Oberinspektor Ing. Franz Freytag mit Erkenntnis der Disziplarkommission beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. Februar 1966, LAD-Disz. F 21/5-1966, verhängten Disziplinarstrafe der Minderung des Dienstinkommens um 5% auf die Dauer von 2 Jahren nachgesehen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 739, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Burger, Prof. Dr. Eichinger und Koiner, betreffend die Erklärung der Gerichtsbezirke Murau und Neumarkt zu Förderungsgebieten.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus!

Die Vorlage liegt allen Abgeordneten des Hohen Hauses vor. Ich stelle namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Burger, Prof. Dr. Eichinger und Koiner, betreffend die Erklärung der Gerichtsbezirke Murau und Neumarkt zu Förderungsgebieten, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 743, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Laurich, Fellinger, Brandl, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend Ausbaumaßnahmen der Landesstraße Nr. 277 beim Bahnübergang in Weißenbach an der Enns.

Berichterstatter ist Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Hohes Haus!

Die Vorlage liegt den Mitgliedern des Hohen Hauses vor. Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich mit der Vorlage befaßt und empfiehlt die Annahme. Ich ersuche um die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händenzeichen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

8. Berichte des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 744, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Laurich, Fellinger, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend die Lawinerverbauung im Gsäuse.

Berichterstatter ist Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und empfiehlt die Annahme. Ich ersuche um Annahme der Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 783, zum Antrag der Abgeordneten Heidinger, Fellinger, Pichler Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend die zweckmäßige Aufstellung von Hinweischildern (Wegweisertafeln) auf Bundes- und Landesstraßen.

Berichterstatter ist Abg. Josef Meisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Meisl: Die Regierungsvorlage ist den Abgeordneten bekannt. Ich stelle namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses den Antrag um Annahme der Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 800, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Gruber, Fellinger, Schön und Genossen, betreffend die Beseitigung der Diskriminierung inländischen Erzlieferungen gegenüber ausländischen.

Berichterstatter ist Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Hohes Haus! Die Vorlage liegt den Abgeordneten des Hohen Hauses vor. Ich wiederhole den Antrag der Vorlage: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Gruber, Fellinger, Schön und Genossen, betreffend die Beseitigung der Diskriminierung inländischer Erzlieferungen gegenüber ausländischen, wird zur Kenntnis genommen.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich mit der Vorlage beschäftigt und stellt dazu noch folgenden Antrag: Dieser Bericht wird als Information der Abgeordneten über die Rechtslage und die derzeitigen Voraussetzungen der Erzlieferungen zur Kenntnis genommen. Die Mitglieder des

Ausschusses bringen darüber hinaus zum Ausdruck, daß unbeschadet der derzeitigen Rechtslage Mittel und Wege gefunden werden müssen, die inländischen Erzlieferungen und damit die Beschäftigung auf dem Erzberg zu sichern. Ich bitte, auch diesen Zusatz mit der Vorlage anzunehmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, möge ein Händezichen geben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 836, zum Antrag der Abgeordneten Vinzenz Lackner, Pichler, Brandl, Fellingner und Genossen, betreffend die Förderung von Industrie Gründungen im Bezirk Murau.

Berichterstatter ist Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Hohes Haus!

Die Vorlage liegt den Mitgliedern des Hohen Hauses vor. Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag, die Vorlage anzunehmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezichen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 641, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Burger, Jamnegg und Nigl, betreffend die Erhöhung des Gehaltsvorschlusses für Wohnbauzwecke der Landesbediensteten.

Berichterstatter ist Abg. Siegmund Burger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Burger: Mit Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Oktober 1969 bezahlt das Land seinen Angestellten nicht mehr S 30.000.— wie bisher, sondern ab 1. Jänner 1970 S 50.000.—, mit einer Rückzahlungszeit von 125 Monaten zu à S 400.—. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Antrages.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich schreite zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge die Hand erheben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 680, zum Antrag der Abgeordneten Karl Lackner, Koiner, Ritzinger und Maunz über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Dr. Ilse Kammerlander.

Stellvertretende Berichterstatterin ist Frau Abg. Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Ich stelle den Antrag, an Frau Dr. Ilse Kammerlander die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses, und zwar so, wie er in der Vorlage beantragt ist, zu genehmigen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 861, betreffend den Ankauf eines rund 6800 m² großen Teiles des Grundstückes Nr. 1069, EZ. 771, KG. Stifting, zur Errichtung eines Wohnheimes für geistliche Schwestern.

Berichterstatter ist Abg. Prof. Traute Hartwig. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Prof. Hartwig: Für die unzulänglich untergebrachten geistlichen Schwestern soll ein neues Wohnheim gebaut werden. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit den näheren Bedingungen beschäftigt. Der Antrag des Finanz-Ausschusses lautet: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Zur Errichtung eines Wohnheimes für die im Landeskrankenhaus Graz beschäftigten geistlichen Schwestern wird der Ankauf eines ungefähr 6800 m² großen Teiles des Grundstückes Nr. 1069, EZ. 771, KG. Stifting, von den Eigentümern Margit Tax-Szilvay, Sofie Krampl und Attila Tax-Szilvay für einen m²-Preis von 290 S, somit 1.972.000 S, zuzüglich allfälliger Steuern und Gebühren, genehmigt. Ich stelle den Antrag, diese Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Mangels einer Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 864, betreffend den Verkauf von Grundflächen aus dem Gutsbestand der Landesrealität EZ. 1111, KG. Wenisbuch, an Franz und Maria Stoiser in Graz.

Sellvertretender Berichterstatter ist Herr Abg. Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus!

Vorlage und Antrag sind dem Hohen Hause bekannt. Ich bitte um Zustimmung.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezichen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 865, betreffend Änderung der Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark über Gewährung von Personalkrediten und Überziehung von Gehalts- bzw. Girokonten.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: In dieser Regierungsvorlage wird die Landes-Hypothekenanstalt ermächtigt, die Satzungen insoweit abzuändern, als Personalkredite unter gewissen Sicherungen gegeben werden. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Händedezeichen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 866, betreffend Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 24/69 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße Nr. 250 Neumarkt-Seetal.

Berichterstatter ist Herr Abg. Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pözl: Es handelt sich bei der Vorlage um eine Entschädigung für Enteignungen im Zusammenhang mit der Umfahrung Murau. Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag auf Genehmigung.

Präsident: Keine Wortmeldung. Falls Sie zustimmen, bitte ich um ein Händedezeichen (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 867, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekteinlösung von Buder Peter und Johanna für das Bauvorhaben Nr. 35/69 „Döllach“ der Landesstraße Nr. 276, Lassingerstraße.

Berichterstatter ist Abg. Johann Pabst, dem ich das Wort erteile.

Abg. Papst: Die Regierungsvorlage liegt vor. Sie wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag, sie zu beschließen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, möge ein Händedezeichen geben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 872, betreffend Objekteinlösung von Schwingesbauer Rupert und Christine für das Bauvorhaben Nr. 19/69 „Waldbach — Bruck/L.“ der Landesstraße Nr. 25, Alplstraße.

Abg. Buchberger ist Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Die Vorlage betrifft die Objekteinlösung auf der Alplstraße. Der Finanz-Ausschuß hat mich gebeten zu ersuchen, daß das Hohe Haus diese Vorlage zur Kenntnis nimmt.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 873, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekteinlösung von Ertl Johann und Irma für das Bauvorhaben Nr. 19/69 „Waldbach—Bruck/L.“ der Landesstraße 25, Alplstraße.

Berichterstatter ist Abg. Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Die Vorlage betrifft ebenfalls eine Grundflächeninanspruchnahme auf der Alplstraße. Der Finanz-Ausschuß hat ersucht, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händedezeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 874, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekteinlösung von Pfeiffer Josefa für das Bauvorhaben Nr. 33/68 „Waldbach—Bruck/L.“ der Landesstraße Nr. 25, Alplstraße.

Abg. Burger ist Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Burger: Die Grund- und Objektsablöse von Frau Pfeiffer Josefa in Waldbach—Bruck kostet 340.000 S. Für diesen Betrag ist die Genehmigung des Landtages einzuholen, weil er 100.000 S übersteigt. Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, daß die Vorlage genehmigt wird.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer einverstanden ist, möge ein Händedezeichen geben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 875, betreffend Grundflächeninanspruchnahme von der Republik Österreich für das Bauvorhaben Nr. 37/69 „Weiberlauf“ der Landesstraße Nr. 280, Palfau—Groß Reifling—St. Gallen.

Berichterstatter ist Abg. Siegmund Burger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Burger: Die Grundflächeninanspruchnahme „Weiberlauf“ der Landesstraße Nr. 280 in Palfau kostet 156.860 S. Auch hierfür ist die Genehmigung vom Landtag einzuholen. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, die Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldung liegt keine vor. Wer damit einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben (Geschieht).

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren!

Mit der Erledigung der heutigen umfangreichen Tagesordnung nach einer Dauer von 42 Stunden haben wir ein arbeitsreiches Jahr zu Ende gebracht.

Wenn ich in wenigen Worten unsere Tätigkeit im Jahr 1969 zusammenfasse, so wäre festzuhalten, daß das Hohe Haus in insgesamt 10 Arbeitssitzungen 200 Beschlüsse gefaßt hat, davon 55 Gesetzesvorlagen. Diese Fülle von Gesetzen war die Ursache dafür, daß in diesem Jahr allein die verschiedenen Landtags-Ausschüsse zu 53 Sitzungen zusammentreten mußten, um diese Vorlagen zu beraten und zu beschließen. Diese Gesetzesflut kam jedoch nicht von ungefähr und überraschend.

Der am 15. Jänner 1969 verunglückte Landtagspräsident Dr. Kaa hat uns schon im Vorjahr in seiner Schlußbetrachtung zum Budget und Jahresausklang darauf aufmerksam gemacht, als er ausführte, daß die Anpassungsbestimmungen der Gemeindeverfassungs-Novelle 1962 die Gesetzgebung wie die Vollziehung der Bundesländer vor Aufgaben stellen, die nur schwer zu bewältigen sein werden. Seit Monaten und Jahren bemühen sich Expertenkonferenzen von Beamten aller Bundesländer, um zu einer möglichst einheitlichen Regelung des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde zu gelangen, die trotzdem nur Ratschläge an die einzelnen Landesgesetzgeber beinhalten können, da sie uns weder die Entscheidung weg- noch die Verantwortung abnehmen können, damit das Föderalistische Prinzip unseres Staates nicht noch weiter ausgehöhlt wird.

Er hat in diesem Zusammenhang noch auf die länderweise verschiedenen Gegebenheiten hingewiesen, nach der eine Angelegenheit im Interesse der Gemeinde durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt werden kann und die Frage zur Diskussion gestellt, ob eine solche nicht auch überörtliche Auswirkungen hat.

Dieser kurze Rückblick auf die Vorausschau des verstorbenen Landtagspräsidenten hat uns gezeigt, daß sehr viel von dem tatsächlich eingetroffen ist. So hatten mehr als die Hälfte aller Gesetzesbeschlüsse dieses Jahres, nämlich 28 von 55, die Anpassung zur Grundlage. Von den nicht zu den Anpassungsgesetzen zählenden Gesetzesbeschlüssen möchte ich einige besonders hervorheben:

die Abänderung und Ergänzung der Landesverfassung und der Landtags-Wahlordnung,
das Gesetz über die Schaffung des Landesfonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung,
das Schischulgesetz 1969,
das Pflichtschülerhaltungsgesetz,
das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz,
das Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes,
das Landes- und Verwaltungsabgabengesetz,
weitere 6 Gesetze, die eine enorme Bedeutung für die Land- und Forstwirtschaft in Zukunft aufweisen werden und zwar:
das Steiermärkische Landwirtschaftliche Schulerhaltungsgesetz,
das Land- und forstwirtschaftliche Landes-Lehrerdiensthoheitsgesetz,
das Steiermärkische Landwirtschaftliche Siedlungs-Landesgesetz,

das Güter- und Seilwegegesetz,
das Steiermärkische Tierzuchtgesetz und vielleicht als wichtigstes das Landwirtschaftskammergesetz.

Aus der Vielzahl der sonstigen 145 Landtagsbeschlüsse möchte ich nur den Beschluß über die Erklärung von 125 km Gemeindestraßen zu Landesstraßen besonders in Erinnerung rufen.

Noch eine kurze Rückschau auf die viertägige Dauer der Debatte zum Landesvoranschlag 1970, in deren Verlauf sich alle Regierungsmitglieder und 47 Abgeordnete zu Wort gemeldet und insgesamt 163 Reden gehalten haben. Für diese rege Beteiligung an der Wechselrede und für den gegenseitigen zum Teil sehr nutzbringenden Gedankenaustausch sei allen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten dieses Hauses der Dank des Präsidiums ausgesprochen.

Von den Regierungsmitgliedern und einzelnen Abgeordneten wurden die Arbeiten der Referate und einzelner Bedienstetengruppen bereits gewürdigt. Mir obliegt daher die Aufgabe, namens des Steiermärkischen Landtages der Beamtenschaft des Landes, den Bediensteten in den Anstalten und Betrieben sowie den Frauen und Männern, die mit ihrer Hände Arbeit dem Land dienen und den jungen Menschen, die erst im Laufe dieses Jahres zum Land gekommen sind, für ihren Einsatz und Fleiß die besondere Anerkennung des Landtages auszusprechen.

Wir haben vom Herrn Landeshauptmann und einigen Regierungsmitgliedern bereits gehört, daß zu den mit Jahresende ausscheidenden Bediensteten zahlreiche leitende Beamte zählen.

Als Präsident des Hohen Hauses sehe ich es als Verpflichtung an, allen aus dem aktiven Dienst Scheidenden einen herzlichen Dank zu sagen, im besonderen den Abteilungsvorständen, an der Spitze Herrn Landesamtsvizepräsidenten Dr. Guggenthall-Wittek, vor allem für die ausgezeichnete und wertvolle Mitarbeit in den Ausschüssen des Landtages.

Anerkennung und besonderen herzlichen Dank möchte ich aber auch der Presse und dem Rundfunk für ihr Interesse um die öffentlichen Aufgaben unseres Landes und die Bemühungen aussprechen, das hier Gesagte weiterzugeben an die Menschen unseres Landes bis in das letzte Dorf unserer Heimat sowie dafür, daß sie bereit sind, die aufgezeigten Probleme auch für die Zukunft weiterzuverarbeiten.

Meine Damen und Herren! Wenn auch die heutigen technischen Hilfsmittel unseren Landtagsstenographen ihre Arbeiten teilweise etwas erleichtern, so bleibt doch ihre Handarbeit noch immer das sicherste und verlässlichste Mittel, die Reden der Abgeordneten zu verewigen. Deshalb sei den Damen und Herren des Landtagsstenographenteams wie auch den Mitarbeitern in der Präsidialkanzlei — im besonderen Frau Ropas, die auch 25 Jahre in dieser Landstube dient, besonders gedankt für ihre Arbeitsleistung und für ihre Ausdauer. (Allgemeiner Beifall).

Da wir uns in diesem Kalenderjahr aller Voraussicht nach nicht mehr treffen werden, wünsche ich

allen Regierungsmitgliedern, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Krainer, allen Abgeordneten, allen Bediensteten des Landes und der ganzen steirischen Bevölkerung ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest sowie Frieden und Zuversicht für das kommende Jahr. (Allgemeiner Beifall.)

Die nächste Landtagssitzung ist voraussichtlich in der Woche ab dem 19. Jänner 1970 vorgesehen und ergehen hiezu noch schriftliche Einladungen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 20.20 Uhr.